

Das UFO-Tabu ist öffentlich, nicht politisch. Ein Kommentar zu Wendt / Duvall, »Sovereignty and the UFO« Von Ingbert Jüdt

© 2008 by Ingbert Jüdt

1	Einleitung.....	1
2	Begriffliche Klärungen	2
2.1	Zum Begriff der Souveränität	2
2.2	Zum Begriff der Gouvernamentalität	5
2.3	Zum Begriff der Macht.....	8
2.4	Erweiterung um den Begriff der Öffentlichkeit.....	10
3	Das UFO-Tabu	13
3.1	Das UFO als Bedrohung der anthropozentrischen Souveränität	14
3.2	Exkurs: Politische Symmetriebrüche in der Science Fiction-Literatur	20
3.3	Zur Kritik von Wendt und Duvall: ist das UFO-Tabu politisch?.....	22
3.4	Zum Diskurs des ideologischen Skeptizismus	25
3.5	Die Exopolitik-Bewegung als Gegenöffentlichkeit?.....	32
3.5.1	Steven M. Greer	32
3.5.2	Michael Salla	36
3.5.3	Die deutsche Exopolitik-Bewegung.....	38
4	Ausblick: Von der Diskursanalyse zur Diskursethik	41
5	Literaturliste	43

1 Einleitung

In den folgenden Ausführungen setze ich mich mit zentralen Inhalten des von Alexander Wendt und Raymond Duvall im Juni 2008 publizierten Aufsatzes »Sovereignty and the UFO« auseinander. Wendt und Duvalls These ist eine zweifache: sie wollen zeigen, dass es ein UFO-*Tabu* gibt, und sie wollen zeigen, dass dieses UFO-Tabu *politisch* ist. Der ersten Aussage stimme ich dabei zu: meines Erachtens kann man die Existenz eines entsprechenden Tabus plausibel machen. Der zweiten Aussage stimme ich dagegen nicht zu, denn meines Erachtens ist die von den Autoren eingeschlagene Argumentationsstrategie nicht tragfähig. Der von Wendt und Duvall verwendete Begriff des Politischen ist, so meine These, zu allgemein und unspezifisch auf einen anthropologischen Begriff der Macht bezogen, um den Charakter des konstatierten Tabus in einer analytisch zufrieden stellenden Weise beschreiben zu können. Stattdessen plädiere ich dafür, das UFO-Tabu in den Strukturen der modernen, massenmedialen Öffentlichkeit zu verorten. Für meine Argumentation untersuche ich zunächst die für Wendt und Duvall so zentralen Begriffe der Souveränität, der Gouvernamentalität und der Macht in der Lesart von Michel Foucault. Anschließend schlage ich vor, die Stelle, die der Begriff des Politischen in der Argumentation der beiden Autoren einnimmt, mit dem Begriff der Öffentlichkeit zu besetzen. Auf diese Weise läßt sich meines Erachtens die Diagnose des Bestehens eines UFO-Tabus empirisch gehaltvoller belegen als durch einen nur schwer operationalisierbaren Begriff des Politischen im Foucaultschen Sinne.

In einem weiteren Schritt ergänze ich Wendt und Duvalls Argument einer strukturellen Bedrohung der modernen Souveränität durch das UFO-Phänomen um das Argument einer normativen Bedrohung. Diese normative Bedrohung liegt, so meine These, in der abstrakten Möglichkeit, dass eine manifeste Präsenz von Außerirdischen als nicht nur »maximal Fremden«, sondern »maximal

Übermächtigen« die aus der okzidentalen Emanzipationsgeschichte herstammenden modernen Postulate von Freiheit, Gleichheit und Unabhängigkeit mit einem fundamentalen politischen Symmetriebruch konfrontieren könnte, in dem die uneingeschränkte Geltung dieser Werte in Frage gestellt sein würde. Wendt und Duvalls Argument von der bedrohten anthropozentrischen Souveränität lässt sich meines Erachtens durch diese historische Vertiefung und normative Aufladung schärfer konturieren.

Im Anschluß an diese theoretische Erörterung skizziere ich zwei antagonistische »Lager« der aktuellen UFO-thematischen Öffentlichkeit: das des ideologischen Skeptizismus und das der amerikanischen und deutschen Exopolitik-Bewegung. Deren Gegensatz scheint derzeit den Punkt der größten Unvereinbarkeit unterschiedlicher Standpunkte zum Themenfeld zu markieren. Der ideologisch-skeptische Diskurs ist meines Erachtens dasjenige öffentliche Diskursphänomen, an dem sich das von Wendt und Duvall behauptete UFO-Tabu am besten aufzeigen lässt. Schließlich plädiere ich in einem Ausblick für den systematischen Gebrauch diskursanalytischer Mittel und für die systematische Orientierung diskursethischer Maximen, denen ich die relativ größten Chancen beimesse, aktuelle Diskussionsblockaden durch die Einführung einer Reflexivität auf die öffentlichen Sprechakte der beteiligten Akteure zu überwinden. Wer will, kann in diesem abschließenden Plädoyer auch einen Vorschlag für die methodische Fundierung eines für kontroverse Debatten tragfähigen »Middle Ground« der UFO-Forschung sehen, dessen Etablierung durch die Kooperation der Gruppen GEP, Mufon und Degufo programmatisch angestrebt wird.

2 Begriffliche Klärungen

2.1 Zum Begriff der Souveränität

Der Begriff der politischen Souveränität ist historisch ursprünglich mit der Legitimation der absoluten Herrschaft verbunden. Er wird im Hauptwerk von Jean Bodin (1529/30-1596), dem 1576 veröffentlichten »Les six Livres de la République«, erstmals zu einem Zentralbegriff der politischen Theorie. »Souveränität ... bezeichnet bezeichnet politisch den Ort, an dem letztverbindliche Entscheidungen getroffen werden, juristisch eine Rechtskonstruktion, deren autonome Formalität sie zur Quelle aller innerstaatlichen Gesetze macht. Mittel hierzu ist eine uneingeschränkte Gesetzgebungskompetenz, die als instrumenteller Kern des Souveränitätsgedankens verstanden werden kann.«¹ Der Ursprung dieses Souveränitätsgedankens war vor dem Hintergrund der Hugenottenkriege das Bestreben, eine absolute Position oberhalb der religiösen Bürgerkriegsparteien zu schaffen. Bodin modelliert den souveränen Staat nach dem Vorbild der Familie.

„Souveränität und höchste Gesetzgebungskompetenz sind eingebunden in eine *Gesamtordnung des Staates*, deren normative Grundlagen nicht zur freien Verfügung stehen. Basis dieses Staates ist die *Familie* als ‚natürliche‘ Einheit, besser: das ‚Haus‘, verstanden als eine ‚rechtmäßige Herrschaft über mehrere in einem Familienoberhaupt zum Gehorsam verpflichtete Untertanen und das, was ihnen gehört‘ ... Die gut regierte Familie ist das wahre Abbild des Staates, die häusliche Gewalt (*puissance domestique*) ähnelt der Souveränität, die gerechte Herrschaft im Haus ist Vorbild für die Regierung im Staat.“²

Der vermutlich bekannteste Theoretiker der Souveränität, Thomas Hobbes (1588-1679), ergänzt in seinem Werk „Leviathan“ (1651) das Modell um eine Fiktion des menschlichen Naturzustandes und ursprünglichen Gesellschaftsvertrags, der von den Menschen eingegangen wird, um sich aus einem ursprünglichen Kampf aller gegen alle zu retten. Im Gesellschaftsvertrag legen die Einzelnen ihre natürliche Selbstregierungsmacht nieder und übertragen sie im Sinne eines Gewaltmonopols an einen Dritten, den Souverän, der fortan als einziger zur Machtausübung befugt ist. Um den Kampf aller gegen alle wirksam unterdrücken zu können, bedarf der staatliche Souverän absoluter Machtvollkommenheit. Das bedeutet, dass der Souverän bestimmte Kompetenzen niemals delegieren kann. Diese Kernkompetenzen umfassen die Steuererhebung, die Entscheidung über den inneren Feind (Bürgerkrieg) und folglich das Recht auf Zensur von Meinungen und Schriften, die Gesetzgebung, die Entscheidung über den äußeren Feind (Krieg und Frieden), die Auswahl der Staatsdiener und die Zuweisung von gesellschaftlichen Rängen. Auch bei Hobbes steht eine Bürgerkriegserfahrung Pate für die Entstehung

¹ Bermbach 1985, S. 137

² Bermbach 1985, S. 138

seiner Ideen, nämlich der englische Bürgerkrieg von 1642-1649.³

Im Zeitalter der Aufklärung und der Amerikanischen und Französischen Revolution wird das Modell der absolutistischen Souveränität mit dem Konzept der Volkssouveränität konfrontiert. Die geistigen Väter der amerikanischen Revolution entlehnen bei John Locke (1632-1704) unter anderem das Recht auf Revolution gegen eine ungerechte Regierung und entwickeln die politische Theorie in Richtung auf eine konsequente Gewaltenteilung sowie einen konsequenten (Besitz-) Individualismus weiter. Der eigentliche Theoretiker der Volkssouveränität ist jedoch Jean-Jacques Rousseau (1712-1778). Im Unterschied zur Vertragstheorie von Hobbes ist Rousseaus »Contrat Social« kein Vertrag aller Einzelnen mit dem Souverän, sondern ein Vertrag eines jeden mit jedem anderen zugunsten aller. Auf diese Weise entsteht eine »sittliche Gesamtkörperschaft«, die das Subjekt der Souveränität ist. Diese Konstruktion verändert aber auch in entscheidender Weise die Rolle des Einzelnen und die Art seines Beitrags zu dieser Gemeinschaft:

»Wer sich daran wagt, ein Volk zu errichten [instituiert], muß sich instande fühlen, sozusagen die menschliche Natur zu ändern; jedes Individuum, das von sich aus ein vollendetes und für sich bestehendes Ganzes ist, in den Teil eines größeren Ganzen zu verwandeln, von dem dieses Individuum in gewissem Sinn sein Leben und Dasein empfängt; die Verfaßtheit [constitution] des Menschen zu ändern, um sie zu stärken; an die Stelle eines physischen und unabhängigen Daseins, das wir alle von der Natur erhalten haben, ein Dasein als Teil und ein moralisches Dasein zu setzen.«⁴

An die Stelle des natürlichen Menschen tritt der vergesellschaftete Mensch, der einem moralischen Gesetz unterliegt, der *Citoyen* – aber dieses moralische Gesetz wird dem Einzelnen nicht von einem absoluten Herrscher, sondern von der Gemeinschaft aller gegeben. Der moderne Staat des Volkssouveräns entsteht also gleichursprünglich mit dem modernen, sich moralisch selbst regierenden Subjekt. Die Änderungen in den Formen gesellschaftlicher Machtausübung, die in diesem Übergang vom Untertan zum (idealer) souveränen Einzelnen impliziert sind, spielen, wie wir noch sehen werden, eine zentrale Rolle in der von Wendt und Duvall in Anspruch genommenen Gesellschaftskonzeption von Michel Foucault. Zuvor müssen wir uns aber noch die durch Carl Schmitt (1888-1985) geprägte Version des Souveränitätsbegriffs vergegenwärtigen, auf die Wendt und Duvall ebenfalls zurückgreifen.

Die in unserem Zusammenhang wesentliche These Schmitts ist seine Verbindung des Souveränitätskonzepts mit dem *Ausnahmezustand*: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.«⁵ Nach aktueller deutscher Rechtsauffassung entsteht ein Ausnahmezustand (auch *Staatsnotstand* genannt)

»bei allen ernsthaften Gefahren für den Bestand des Staates oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die nicht auf den normalen von der Verfassung vorgesehenen Wegen beseitigt werden können, sondern deren Abwehr oder Beseitigung nur mit *exceptionellen Mitteln* möglich ist. Dieser Begriffsbestimmung entsprechend können einen Ausnahmezustand im eigentlichen Sinne nur solche Gefahren begründen, die dem Bestand des Staates oder der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aus der äußeren Lebenssphäre drohen, im besonderen die traditionellen Fälle Krieg und Aufruhr, darüber hinaus aber auch solche Ausnahmelagen, die im Zeichen wachsender Abhängigkeit von der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der heutigen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verflechtungen ebenfalls zu einer ernsthaften Gefahr führen können, namentlich schwere Versorgungskrisen.«⁶

Der inhärent paradoxe Kern des Ausnahmezustandes besteht darin, dass zur Wahrung einer verfassungsmäßigen Ordnung bestimmte Inhalte dieser Verfassung suspendiert werden können, um die Verfassung als Ganzes wiederherzustellen:

»(E)ine exzeptionelle Maßnahme ist nur insoweit zulässig, als sie jener Wiederherstellung dient und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht. Soweit dies zur Wiederherstellung der Normallage unerlässlich ist – und nur insoweit – müssen daher im Ausnahmezustand die der Normallage eigentümlichen Bindungen der öffentlichen Gewalt entfallen, insbesondere die einzelner Grundrechte, der Gewaltenteilung und des bundesstaatlichen Prinzips. Im Blick auf das Ziel der Notmaßnahmen liegt darin keine Verletzung der normalen Verfassung, sondern eine notwendige Ergänzung und Verstärkung: die Verfassung wird in Teilen suspendiert, um ihre uneingeschränkte

³ Vgl. Euchner 1985

⁴ Rousseau 1983, S. 43 f.

⁵ Schmitt 1993, S. 11

⁶ Hesse 1999, S. 301

Geltung wiederherstellen zu können.«⁷

Schmitt definiert den staatlichen Souverän nicht vom Regelfall der staatlichen Machtausübung her, sondern vom Ausnahmefall. Nur diejenige politische Instanz ist souverän, die diese Souveränität nicht nur im Regelfall, sondern auch im Ausnahmefall unter Beweis stellt, und zwar dadurch, dass sie vermag, über das Vorliegen dieses Ausnahmezustandes zu *entscheiden* und sich im Ausnahmezustand zu *behaupten*. Dies impliziert eine Unterscheidung von *Staat* und *Verfassung*. Eine Verfassung ist eine selbst nicht juristisch geformte Entscheidung über eine Art der politischen Existenz (z. B. Republik, Monarchie, Demokratie), deren rechtsförmige Konkretion ein bestimmter Staat ist. Über die Verfassung wird Schmitt zufolge nicht anhand universeller Prinzipien (wie z. B. einem Naturrecht oder den Menschenrechten) entschieden, sondern in einem Akt der *Dezision*, einer Entscheidung aus dem normativen Nichts. Der Souverän steht nun dafür ein, eine Bedrohung der staatlichen Existenz dadurch abzuwehren, dass er sich in Berufung auf den Werthorizont der Verfassung außerhalb der juristischen Ordnung des Staates stellt. Die Entscheidung über das Vorliegen dieses Falls ist selbst eine Dezision, d.h. sie transzendiert die Sphäre des durch staatliches Recht geregelten Regierungshandelns.

Wendt und Duvall rezipieren Schmitts Konzept des Ausnahmezustandes⁸ in der Interpretation von Giorgio Agamben.⁹ Agamben verallgemeinert die Beschreibung des politischen Ausnahmezustands zur formalen Beschreibung einer paradoxen Struktur, die dadurch, dass sie einen Gegenstand vollständig umfasst, für ihre eigene Grenzbestimmung zuständig ist. Anstatt ihre Grenze als gegeben vorzufinden, weil sie sich in einer Umgebung befindet, die sie nicht kontrolliert, verfügt sie über die Machtvollkommenheit, die Grenze ihrer selbst nach Maßgabe ihrer eigenen Identitätskriterien unangefochten zu setzen. Souveränität bezeichnet somit das Vermögen, die Grenzen eines Gegenstandes zu bestimmen und diesem eingegrenzten Gegenstand Regeln aufzuerlegen. Eine Struktur, die nicht gewährleisten kann, dass sie Einflüsse von außerhalb ihrer selbst zurückzuweisen vermag, ist nicht souverän.

Der Begriff der Souveränität impliziert, dass einem solchermaßen strukturierten System eine externe Überschreitung seiner Grenze nicht als Regelfall, sondern nur als Ausnahme widerfährt. Wäre die Grenzüberschreitung der Regelfall, so wäre die Qualität der Souveränität aufgehoben. Das System reagiert auf eine temporäre Grenzüberschreitung mit einer temporären Aufhebung der es regierenden Norm, und verleiht sich dadurch die Fähigkeit, die Überschreitung zu kontrollieren und zu neutralisieren. Über den Einzelfall hinaus aber bildet der Ausnahmezustand eine »Zone der Ununterschiedenheit zwischen Innen und Außen, Chaos und normaler Situation«¹⁰. Diese Zone besteht, weil in ihr die temporäre Grenzüberschreitung dauerhaft erwartet werden und ihr aus dieser Zone heraus begegnet werden kann. Diese formale Struktur wurde ursprünglich von Carl Schmitt für die Anwendung auf staatsrechtliche Fälle beschrieben – es handelt sich um die Lehre vom Ausnahmezustand:

»In seiner absoluten Reinheit ist der Ausnahmefall dann eingetreten, wenn erst die Situation geschaffen werden muß, in der Rechtssätze gelten können. Jede generelle Norm verlangt eine normale Gestaltung der Lebensverhältnisse, auf welche sie tatbestandsmäßig Anwendung finden soll und die sie ihrer normativen Regelung unterwirft. Die Norm braucht ein homogenes Medium. (...) Es gibt keine Norm, die auf ein Chaos anwendbar wäre. Die Ordnung muß hergestellt sein, damit die Rechtsordnung einen Sinn hat. (...) Der Souverän schafft und garantiert die Situation als Ganzes in ihrer Totalität. Er hat das Monopol dieser letzten Entscheidung. Darin liegt das Wesen der staatlichen Souveränität, die also richtigerweise nicht als Zwangs- oder Herrschaftsmonopol, sondern als Entscheidungsmonopol juristisch zu definieren ist (...). Der Ausnahmefall offenbart das Wesen der staatlichen Autorität am klarsten. Hier sondert sich die Entscheidung von der Rechtsnorm, und (um es paradox zu formulieren) die Autorität beweist, dass sie, um Recht zu schaffen, nicht Recht zu haben braucht.«¹¹

Wendt und Duvall stellen diese formale Beschreibung der »Logik der Souveränität« in einen erweiterten historischen Kontext. Über die formale Eigenschaftsbeschreibung hinaus charakterisiert diese Logik ein Merkmal jener historisch entstandenen Situation, in der die Geschichte des Okzidents, verstanden als Emanzipations- und Befreiungsgeschichte aus der Dominanz der Naturgewalten und transzendentaler Mächte, in ein (gelegentlich als »Ende der Geschichte« gedeutetes) Stadium eingetreten

⁷ Hesse 1999, S. 303

⁸ Schmitt 1993

⁹ Agamben 2002, S. 25-78

¹⁰ Agamben 2002, S. 29

¹¹ Schmitt 2004, S. 19

ist, in welchem der Mensch als ebenbürtiger Macht nur noch sich selbst begegnet und – zumindest theoretisch und idealiter – die Machtpotentiale innerhalb der menschlichen Gesellschaft durch Selbstsetzung von Regeln so auszubalancieren vermag, dass das Gespenst der Überwältigung des Menschen gleichermaßen durch äußere Gewalten wie durch übermächtige Einzelne aus der Geschichte verbannt und das Reich der Freiheit unter Gleichen begründet werden kann.

»(H)istorically sovereignty was less anthropocentric. For millennia Nature and the gods were thought to have causal powers and subjectivities that enabled them to share sovereignty with humans, if not exercise dominion outright. Authoritative belief in non-human sovereignties was given up only after long and bitter struggle about the „borders of the social world“ In modernity God and Nature are excluded, although in this exclusion they are also reincluded as the domesticated Other. (...) In this light anthropocentric sovereignty ... is a metaphysical achievement, since it is in anthropocentric terms that humans today understand their place in the physical world.«¹²

In dieser historischen Situation wird der Charakter der Souveränität menschlicher Gesellschaften in radikaler Weise *anthropozentrisch*. Die regierende Norm dieser historischen Lage ist, dass der Mensch sich selbst das alleinige Maß aller Dinge sein und diesen Zustand in einem Akt der Selbstermächtigung herbeiführen soll – es rettet ihn kein höh'eres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Ebenso gibt es kein Außerhalb der menschlichen Gesellschaft, keinen die menschliche Souveränität transzendierenden Bereich, der nicht den Status des Imaginären oder Irrationalen hätte. Es gehört konstitutiv zum *Ethos* moderner Souveränität, die Anerkennung solcher Transendenzen zu verweigern, welche den Menschen heteronomisieren und in seiner Freiheit einschränken würden. Die vollständige Herrschaft des rationalen Menschen über die Erde realisiert die später unter den Begriff der Emanzipation gebrachte Norm, dass der Mensch durch Aufklärung, also durch den Gebrauch der Vernunft, den Zustand der selbstverschuldeten Unmündigkeit verlassen soll. Dieses Ethos der Selbstbefreiung stellt den Wertehorizont und die Verfassung dar, die von der anthropozentrischen Souveränität per Dezision postuliert wird und innerhalb derer sich konkrete Staaten und Gesellschaften ihre moderne juristische Form geben.

Die moderne Gesellschaft hat diesen Zustand noch nicht abschließend erreicht, aber »Modernität« lebt aus der Selbstkritik und Selbstkorrektur der gesellschaftlichen Verhältnisse gemäß des am Anfang der Moderne errichteten normativen Regimes der Menschen- und Bürgerrechte. Was mit der bürgerlichen Emanzipation aus der absolutistischen Verfassung des Ancien Régime beginnt, wird von der Arbeiterbewegung und der Frauenbewegung (um nur die historisch wirkmächtigsten zu nennen) im Sinne einer Implementierung der die Moderne konstituierenden Normen unter je spezifischen Anwendungsbedingungen fortgesetzt. Diese aus dem Spannungsverhältnis zwischen dem idealen *Citoyen* und dem realen *Bourgeois* resultierende Dynamik macht die Moderne zu einem fortdauernden »Projekt«, in dessen Zentrum das Ziel einer vernünftigen Gestaltung der menschlichen Lebensverhältnisse und Lebensführung steht, bei dem die objektivierenden Wissenschaften nicht nur den Maßstab der Rationalität vorgeben, sondern auch die praktische Operationalisierung abstrakter Vernunftmaximen zu lebensweltlichen Rationalisierungs- und Emanzipationsbemühungen anleiten. Was ich hier in den optimistischen Begriffen von Jürgen Habermas formuliert habe¹³, findet bei dem von Wendt und Duvall zu Rate gezogenen Michel Foucault eine pessimistischere und skeptischere Darstellung, insofern Foucault darlegt, dass mit dem Abdanken des Ancien Régime zwar das Modell der offen repressiven Herrschaft, nicht aber die Techniken gesellschaftlicher Kontrolle enden – im Gegenteil: für die moderne Gesellschaft ist vom Standpunkt Foucaults aus konstitutiv, dass sie spezifische Techniken der Machtausübung und Kontrolle erst *entwickelt*, welche ohne Ausübung offener, manifester Repression zu funktionieren vermögen.

2.2 Zum Begriff der Gouvernamentalität

Gegenüber dem Ancien Régime ändert sich in der Moderne der Modus der Herrschaft. Herrschaft ist nicht mehr absolut, sie fasst den Begriff der Souveränität als Volkssouveränität und den Begriff der Regierung als Selbstregierung des Volkes durch seine frei gewählten Repräsentanten. Dennoch verzichtet auch die moderne Gesellschaft nicht auf Mittel der Kontrolle ihrer Bevölkerungen. Die besonderen Charakteristika, durch die sich jene moderne Kontrolle von der Herrschaft im Absolutismus unterscheidet, bezeichnen Wendt und Duvall mit dem bei Foucault entlehnten Begriff der

¹² Wendt/Duvall 2008; S. 608 / 2

¹³ Vgl. Habermas 1981.

»Gouvernementalität«. Er bezeichnet einen indirekten Modus der Kontrolle über die Lebensführung der Bürger einer Nation und sucht Techniken der Machtausübung zu identifizieren, welche einer Regierung zu Gebote stehen, deren Praktiken grundsätzlich der Rechenschaftspflicht und der öffentlichen Kritik unterliegen.

»(P)ower flows primarily from the deployment of specialized knowledges for the regularization of populations, rather than the ability to kill.»¹⁴

Gouvernementalität bezeichnet die von der Kunstlehre des guten Regierens angeleiteten Praktiken staatlicher Akteure zur Beförderung der Wohlfahrt, das heißt des Reichtums und der Gesundheit, einer nationalen Bevölkerung. Diese Wohlfahrt zielt jedoch nicht primär auf das Wohl des Einzelnen, sondern auf eine Mehrung der einer Nation, d. h. ihrer Regierung, verfügbaren Ressourcen. Dazu muss die Regierung Bereiche des menschlichen Lebens der staatlichen Kontrolle unterwerfen, die bisher »naturwüchsig« sich selbst überlassen waren oder von den Institutionen der Kirche reguliert wurden, deren Ziele und Interessen mit denen des Staates nicht notwendig übereinstimmen bzw. auf der Ebene des Konfliktes zwischen geistlichen und weltlichen Gewalten miteinander konkurrierten. Ansatzpunkt der staatlichen Wohlfahrtspolitik ist die Familie, die zuvor, wie im Falle der oben genannten Staatslehre von Jean Bodin, als Modell des patriarchalen und patrimonialen Regierens und der Ökonomie im Sinne der »Hauswirtschaft« gedient hatte, aber nun von einem Modell zu einem Gegenstand dessen wird, was Foucault »Biopolitik« nennt.

Die Familie ist »kein Modell mehr; sie ist ein Segment, ein schlechthin privilegiertes Segment, weil man, sobald man bei der Bevölkerung hinsichtlich des Sexualverhaltens, der Demografie, der Kinderzahl oder des Konsums etwas erreichen will, über die Familie vorgehen muss. Damit aber wird die Familie als Modell zum Instrument, sie dient als privilegiertes Instrument für die Regierung der Bevölkerungen und nicht als chimärisches Modell für die gute Regierung. Diese Verschiebung der Familie von der Ebene des Modells zur Ebene der Instrumentalisierung ist absolut fundamental.«¹⁵

Die Techniken der Regierung zur Kontrolle der Bevölkerung fordern und produzieren spezialisierte Diskurse, die in die Zuständigkeit der neu entstehenden Wissenschaften fallen. Die Macht der Politik in der modernen Gesellschaft operiert über die unterschiedlichen Arten der wissenschaftlich formierten Disziplinarmacht. Der Begriff der *Macht* transportiert eine doppelte Bedeutung: er enthält den Aspekt der Fremdbestimmung ebenso wie den Aspekt der Ermöglichung von etwas. Der französische Begriff *puissance* bezeichnet zugleich den Gewaltaspekt und jenen Fähigkeitsaspekt, den die englische Sprache *faculty* und die deutsche Sprache *Vermögen* nennt. Ebenso haben die wissenschaftlichen Diskurse ein Janusgesicht, indem sie einerseits Individuen und Gruppen, welche diese Wissensbestände autonom zu erfassen und ihre praktischen Implikationen umzusetzen vermögen, die Möglichkeit einer Emanzipation aus vorgegebenen Verhältnissen bieten, andererseits aber Regeln der Unterscheidung von Normalität und Pathologie aufrichten, welche zu einem gewissen Grad eine fremdbestimmte Disziplinierung der Lebensführung ermöglichen. Wissenschaft ist, so verstanden, durch eine Ambiguität von Herrschaftswissen und Emanzipationswissen gekennzeichnet. Die genuin moderne Erfindung, welche die Kontrollfunktion solcher wissenschaftlichen Spezialdiskurse zur Anwendung und in organisierte Form bringt, ist die Institution der »Anstalt«. Anstalten erlegen den alltäglichen Lebensäußerungen und Handlungen ihrer Angehörigen oder Insassen ein Reglement auf, welches diese in detaillierter Weise steuert und Abweichungen sanktioniert. Die Funktionsweise solcher Anstalten hat Foucault am Beispiel der Entstehungsgeschichten der modernen Psychiatrie¹⁶ und des modernen Gefängnisses¹⁷ detailliert nachgezeichnet. Ähnliche Beschreibungen findet sich auch in Erving Goffmans Untersuchungen über die Merkmale »totaler Institutionen«¹⁸ oder in literarischen Zeugnissen wie Hermann Hesses »Unterm Rad«¹⁹ und Robert Musils »Verwirrungen des Zöglings Törleß«²⁰. Nicht nur Gefängnisse und psychiatrische Asyle sind auf diese Weise organisiert, sondern – in unterschiedlichen Graden – auch Waisenhäuser, Besserungsanstalten, Kadettenanstalten, Kasernen, Krankenhäuser, Schulen und Internate (die einzigen Institutionen des Mittelalters, die in ähnlicher Weise das Alltagsleben ihrer

¹⁴ Wendt/Duvall 2008, S. 612

¹⁵ Foucault 2005, S. 167

¹⁶ Foucault 1973

¹⁷ Foucault 1994

¹⁸ Goffman 1973

¹⁹ Hesse 2007

²⁰ Musil 1959

Angehörigen reguliert haben, waren das Kloster und das Leprosorium).

Das, worauf es in unserem Zusammenhang ankommt, ist die Rolle der Wissenschaften in dem System moderner Regierung, wie sie von Foucault und ihm folgend von Wendt und Duvall gesehen wird. Die modernen Humanwissenschaften sind Foucault zufolge an die Entstehung der gouvernementalen Machtentfaltung gebunden. Viele von ihnen entstehen im Kontext der Anstalt. Eine „Anstalt“ institutionalisiert neben einem Modus der Machtentfaltung auch ein gesellschaftliches Spezialwissen, das sich als pädagogische, psychologische, medizinische, als eine auf den Menschen bezogene Wissenschaft formiert. Foucault illustriert dies am Beispiel der „Prüfung“:

„Der Wandel in den Machtverhältnissen ermöglicht die Konstituierung eines Wissens. Das wohldisziplinierte Spital ist genau der Ort für die medizinische Disziplin, die nunmehr ihre literarische Bindung an die Tradition maßgeblicher Autoren gegen den Zugang zu einem Bereich ständig überprüfbarer Objekte eintauscht. In gleicher Weise wird die Schule zu einem pausenlos funktionierenden Prüfungsapparat. (...) Während in der Zunfttradition die Prüfung eine Lehrzeit beendete und eine erworbene Fertigkeit bestätigte ... , ist die Prüfung in der Schule ein tatsächlicher und beständiger Austausch zwischen dem einen und dem anderen Wissen: sie bestätigt den Übergang der Erkenntnisse vom Lehrer an den Schüler und gleichzeitig erhebt sie am Schüler ein Wissen, das für den Lehrer bestimmt und ihm vorbehalten ist. Die Schule wird zum Ort, an dem die Pädagogik erarbeitet wird. Wie die Prozedur der Krankenuntersuchung im Spital die Medizin epistemologisch freigesetzt hat, so hat die „Prüfungsschule“ den Beginn einer als Wissenschaft auftretenden Pädagogik markiert. (...) Die Prüfung ist ein Mechanismus, der eine bestimmte Form der Machtausübung mit einem bestimmten Typ der Wissensformierung kombiniert.“²¹

Die „Anstalt“ produziert und reproduziert auf solche Weise die für sie zuständigen Wissenschaften. Umgekehrt beteiligen sich die Wissenschaften an der Erarbeitung eines disziplinarischen Regelwerks, das der praktischen Anwendung auf ihren Gegenstandsbereich dient. Dieses Regelwerk ist zudem normierend, es legt einen gesellschaftlichen Maßstab der „Normalität“ fest.

„In den Disziplinen kommt die Macht der Norm zum Durchbruch. (...) Das Normale etabliert sich als Zwangsprinzip im Unterricht zusammen mit der Einführung einer standardisierten Erziehung und der Errichtung der Normalschulen; es etabliert sich in dem Bemühen, ein einheitliches Korpus der Medizin und eine durchgängige Spitalversorgung der Nation zu schaffen, womit allgemeine Gesundheitsnormen durchgesetzt werden sollen; es etabliert sich in der Regulierung und Reglementierung der industriellen Verfahren und Produkte. Zusammen mit der Überwachung wird am Ende des klassischen Zeitalters die Normalisierung zu einem der großen Machtinstrumente. An die Stelle der Male, die Standeszugehörigkeiten und Privilegien sichtbar machten, tritt mehr und mehr ein System von Normalitätsgraden, welche die Zugehörigkeit zu einem homogenen Gesellschaftskörper anzeigen, dabei jedoch klassifizierend, hierarchisierend und rangordnend wirken. Einerseits zwingt die Normalisierungsmacht zur Homogenität, andererseits wirkt sie individualisierend, da sie Abstände misst, Niveaus bestimmt, Besonderheiten fixiert und die Unterschiede nutzbringend aufeinander abstimmt.“²²

Wissenschaften entstehen also in einem Kontext institutioneller Macht, sind auf diesen Kontext angewiesen, und reproduzieren ihn durch die Formierung eines Wissens, welches die Machtausübung an die Forderung nach »Normalität« koppelt. An anderer Stelle beschreibt Foucault diese Wechselbeziehung Institutionen des Wissens und Institutionen der Macht anhand von fünf Merkmalen.

„Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit, ihre ‚allgemeine Politik‘ der Wahrheit: d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren lässt. (...) In Gesellschaften wie den unseren kann die ‚politische Ökonomie‘ der Wahrheit durch fünf historisch bedeutsame Merkmale charakterisiert werden: die Wahrheit ist um die Form des wissenschaftlichen Diskurses und die Institutionen, die ihn produzieren, zentriert; sie ist ständigen ökonomischen und politischen Anforderungen ausgesetzt (Wahrheitsbedürfnis sowohl der ökonomischen Produktion als auch der politischen Macht); sie unterliegt in den verschiedensten Formen enormer Verbreitung und Konsumtion (sie zirkuliert in Erziehungs- und Informationsapparaten, die sich trotz einiger Einschränkungen relativ weit über den sozialen Körper ausdehnen); sie wird unter der zwar nicht ausschließlichen, aber doch überwiegenden Kontrolle einiger weniger großer politischer oder ökonomischer Apparate (Universität, Armee, Presse, Massenmedien) produziert und verteilt; schließlich ist sie Einsatz zahlreicher politischer Auseinandersetzungen und gesellschaftlicher Konfrontationen (ideologischer Kämpfe)“²³

Was Foucault hier beschreibt, ist die formative Macht von Wissen über die Grenzen gesellschaftlicher Teilsysteme hinweg. Denn das, worauf die moderne Gesellschaft konvergiert, und was in

²¹ Foucault 1994, S. 240

²² Foucault 1994, S. 237

²³ Foucault 1978, S. 51 f.

den machtdurchsetzten Diskursen dieser Gesellschaft produziert wird, ist das moderne Subjekt, das auf seinem biografischen Formierungsweg durch eine Folge von „Anstalten“ diesen Diskursen ausgesetzt ist und sie internalisiert. Im Ancien Régime war das Politische einfach abzugrenzen, weil man dazu nur den Machtapparat der Königsherrschaft gegen den ständisch abgestuften Korpus der Untertanen setzen musste. Herrschaft in der Moderne ist dagegen, zumindest idealiter, als Selbstregierung moderner Subjekte gedacht. Der Gedanke einer Selbstregierung rationaler Subjekte impliziert die Herrschaft einer Rationalität, die sich nicht auf ein spezifisches Teilsystem zuweisen lässt, weil sie in der Lage sein muss, für alle Teilsysteme eine spezifische Anwendungsform auszuformulieren. Gelingende Selbstregierung ist die Folge einer rationalistischen Aufklärung, und Aufklärung ist ein Phänomen des Wissens. Anders aber als in einer Habermasschen Diskursethik, die einen „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ postuliert, muss sich dieses Wissen bei Foucault, um wirkmächtig zu werden, auf den Gebrauch von Macht einlassen. Wissen und Macht stehen in einem Verhältnis der Komplementarität, sie sind gleichsam eine Klasse von sozialen Verbundwerkstoffen.

2.3 Zum Begriff der Macht

Aus diesem Grund ist aber »Macht« auch kein privilegiertes Interaktionsmedium des politischen Systems, sondern, in der Formulierung von Günter Dux, »das schlechterdings konstitutive Organisationsmoment in der Gesellschaft.«²⁴ Dux knüpft den Stellenwert von Macht als eines unspezifischen, generalisierten Kommunikationsmediums an den Begriff der *Handlung*:

»Menschliche Gesellschaften sind über Handlungen organisiert. Sie bilden ein Organisationsgefüge von Handlungen, und nicht ... eine Vereinigung von Subjekten. (...) Handlungen bilden sich in ihrer Struktur unter den Bedingungen der anthropologischen Verfassung. Ein Lebewesen, das wie der Mensch über keine genetisch fixierten Organisationsformen im Verkehr mit der Außenwelt verfügt, kann zu einer kompetenten Organisation seines Verhaltens nur auf einem einzigen Weg gelangen: indem es in ein reflexives Verhältnis zu seiner Motorik gelangt und sie steuerbar werden läßt. (...) Entscheidend in unserem Zusammenhang ist, dass in diesem Prozeß mit dem Handeln auch die Lebensinteressen des handelnden Subjekts gegenständlich und intentional verfolgt werden. (...) Ein Lebewesen, das jeglicher instinktiver Verhaltenssteuerung entsetzt ist und sich ein Handlungssystem als kulturelle Organisation aufbauen muß, kann nicht anders, als die Befriedigung seiner Bedürfnisse und Interessen zu Handlungszielen auszuformulieren und sie über rational kontrollierte Verlaufsformen zu erreichen suchen.«²⁵

Die fehlende Instinktsteuerung menschlichen Verhaltens, die den Aufbau von Verhalten als reflektiertes Handeln erforderlich macht, führt auch dazu, dass allen menschlichen Handlungen ein fundamentaler Egoismus innewohnt, der aus einer fundamentalen Unsicherheit über das Eintreten des Handlungserfolgs herrührt:

»Der Umstand, dass Menschen nicht schon von Natur aus auf die Verkehrsformen mit der Außenwelt festgelegt sind, vielmehr ihre Bedürfnisse wie Interessen über Handlungen verfolgen müssen, läßt sie konstitutionell in Sorge um sich sein. Sie selbst sind es, die dafür Sorge tragen müssen, dass ihre Bedürfnisse befriedigt, ihre Interessen durchgesetzt werden. Die Sorge um sich ist in die Struktur der Handlung eingegangen. Man will etwas, um eines Bedürfnisses oder Interesses willen. Letzter Zweck im Handeln ist immer der Handelnde selbst.«²⁶

Hier kommt der Begriff der Macht ins Spiel: Handlungen sind immer auf Voraussetzungen angewiesen, die innerhalb der Handlungssituation für den Handelnden verfügbar sind – das Handeln benötigt Potentiale, die es tragen, wenn das Subjekt sie ergreift. Die Ressourcen, die für eine Handlung zur Verfügung stehen, verkörpern gemeinsam mit dem subjektiven Willen und der Fähigkeit, sie zur Erreichung eines Ziels zu nutzen, ein *Machtpotential*. Gleichzeitig werden Machtpotentiale dadurch begrenzt, dass sie den Machtpotentialen anderer Subjekte gegenüberstehen, oder vervielfältigt, indem sie mit den Machtpotentialen anderer Subjekte Kooperationen eingehen. Und schließlich können Machtpotentiale rekursiv dafür verwendet werden, weitere Machtpotentiale zu erwerben. Hier stehen sie unter den Bedingungen sozialer Organisation.

»Macht als sozialer Tatbestand ist deshalb nicht einfach ein Naturtrieb, der auf Unterwerfung zielt. Sie entsteht unabdingbar als kulturelle Form des Handelns; und sie formt sich sozial unter den Machtpotentialen der anderen aus. In eben der Weise wird sie von allem Anfang an konstitutionell begrenzt. Was der Einzelne an Macht prozessiert, ist

²⁴ Dux 1992, S. 77

²⁵ Dux 1992, S. 72 f.

²⁶ Dux 1992, S. 75

durch dessen Einbindung in die soziale Organisation und deren Verteilung und Chancenzuweisung bestimmt.«²⁷

Foucaults Begriff der Macht ist in diesem Sinne eines allgemeinen kulturellen Interaktionsmediums zu verstehen. Weil Macht anthropologisch fundamental ist, macht es auch Sinn, sie in den Formationen des Wissens zu suchen, die darum nicht nur als *Texte*, als logische Verweiszusammenhänge von Sinngehalten zu verstehen sind, sondern auch als *Diskurse*, als von Macht geprägte und Macht ausübende Stellungnahmen in einem abstrakten Raum potentiell konfligierender Standpunkte. Auf diesen allgemeinen Begriff der Macht ist auch Foucaults Begriff des Politischen zu bezogen. »Politik« ist im Netzwerk sozialer Beziehungen ebenso allgegenwärtig wie Macht. Foucault verwendet den Begriff unspezifisch im Sinne eines absichtsvollen strategischen Handelns. »Wahrheitspolitik« ist in diesem Sinne der strategische Gebrauch wissenschaftlicher Wahrheitsansprüche zu bestimmten Zwecken. Solche Zwecke können die Gewinnung oder Behauptung von Positionen im akademischen Feld sein oder die Gewinnung von Einfluß auf Politiker oder Wirtschaftsführer, die Abwehr von Konkurrenten oder das Eingreifen in die öffentliche Meinungsbildung. Dies bedeutet nicht, dass die Regeln des wissenschaftlichen Arbeitens notwendig dabei verletzt werden. Pierre Bourdieu beispielsweise hat anhand einer Untersuchung der philosophischen Sprache Martin Heideggers gezeigt, dass sich viele Texte Heideggers gleichzeitig als gültige Stellungnahmen innerhalb eines Raums philosophischer Positionen und als *indirekte*, sich in der Philosophie *verbergende* Stellungnahmen zu Standpunkten der Kulturkritik in der Weimarer Zeit verstehen lassen.²⁸ Bourdieu illustriert das, indem er einen Kommentar von Karl Löwith zu Heideggers berüchtigter Rektoratsrede vom 27. Mai 1933 zitiert, der die Doppeldeutigkeit des Heideggerschen Denkens prägnant auf den Punkt gebracht hat:

»Verglichen mit den zahllosen Broschüren und Reden, die nach dem Umsturz die gleichgeschalteten Professoren von sich gaben, ist Heideggers Rede höchst philosophisch und anspruchsvoll, ein kleines Meisterwerk an Formulierung und Komposition. Gemessen mit dem Maßstab der Philosophie ist sie eine einzige Zweideutigkeit, denn sie versteht es, die existentialontologischen Kategorien dem geschichtlichen ‚Augenblick‘ (Sein und Zeit, §74) in einer Weise dienstbar zu machen, als könnten und müßten ihre philosophischen Absichten mit der politischen Lage a priori zusammengehen und die Freiheit des Forschens mit dem staatlichen Zwang. Der Arbeits- und Wehrdienst wird eins mit dem Wissensdienst, so dass man am Ende des Vortrags nicht weiß, ob man Diels’ *Vorsokratiker* in die Hände nehmen soll oder mit der SA marschieren. Man kann darum diese Rede weder bloß politisch noch rein philosophisch beurteilen.«²⁹

Weil Foucaults Begriffe der anthropozentrischen Souveränität und der Gouvernementalität auf einen allgemeinen anthropologischen Begriff der Macht bezogen sind, weisen sie eine Unschärfe auf, die ihre Zuordnung zu einem gesellschaftlichen Teilsystem oder einer bestimmten institutionellen Ordnung verbietet. Denn wir müssen Macht als ein allgemeines Interaktionsmedium unterscheiden von dem Spezialfall der *staatlichen Macht*, die die besondere Verbindung eines gesellschaftlichen Gewaltmonopols mit einer variablen Quelle von Legitimitätsglauben darstellt. Foucault trifft keine klare Zuordnung von machtbewehrten diskursiven Praktiken zu klar abgegrenzten gesellschaftlichen Teilsystemen, sondern identifiziert grenzüberschreitende „Macht-Wissens-Komplexe“, die dazu dienen, die in den jeweiligen Teilsystemen gültigen Interaktionsmedien, also beispielsweise wissenschaftliche Legitimität und politische Macht, ineinander zu konvertieren.

Dies betrifft notwendigerweise auch den Begriff der Politik, der bei Foucault dazu dient, den reflektierten, absichts- und planvollen Gebrauch von Macht als eines allgemeinen Interaktionsmediums zu beschreiben. Er ist zu unspezifisch, um sich für eine Zuordnung auf das ausdifferenzierte politische System zu eignen. Und es betrifft schließlich auch den Begriff der Souveränität. Dieser ist zu unspezifisch, um dem staatsrechtlichen Souveränitätsbegriff zu entsprechen. Foucaults Auffassung der Souveränität weicht von einem klassischen staatsrechtlichen Souveränitätsbegriff ab, indem er von der normativen, »juridischen« Perspektive der staatsrechtlichen Fiktionen in die empirische Perspektive eines Historikers der Beziehungen von Wissen und Macht wechselt. Anstatt über eine Fiktion des Naturzustandes der Subjekte das Entstehen des Staates zu erklären, untersucht er den umgekehrt den Beitrag der staatlichen Gouvernementalität zum Entstehen der Subjekte.

»Um die Machtverhältnisse konkret zu analysieren, muß man das juristische Modell der Souveränität fallenlassen. Dieses setzt das Individuum als Subjekt natürlicher Rechte und primitiver Mächte voraus; es verfolgt das Ziel, von

²⁷ Dux 1992, S. 77

²⁸ Bourdieu 1988

²⁹ Bourdieu 1988, S. 13 f.

der idealen Genese des Staates Rechenschaft abzulegen; schließlich macht es das Gesetz zum grundlegenden Nachweis von Macht. (...) Anstatt die idealen Subjekte dahingehend zu befragen, was sie von sich selbst oder ihrer Macht bereit sind abzutreten, um sich unterwerfen zu lassen, sollte man untersuchen, wie die Unterwerfungsbeziehungen Subjekte hervorbringen. (...) Anstatt also dem Gesetz als Nachweis von Macht ein Vorrecht zuzuerkennen, sollte man eher versuchen, die verschiedenen Techniken des von ihm ins Werk gesetzten Zwangs ausfindig zu machen.«³⁰

Foucault kehrt vom juristischen fiktiven Krieg aller gegen alle, der zur Begründung des Souveränitätsgedankens gehört, zurück zur historischen Bezugnahme auf die realen Kriege, die den Erfahrungshintergrund der Theoretiker der Souveränität bildeten, und argumentiert, dass die Verbundkomplexe von Macht und Wissen in der Gesellschaft der vom staatlichen Souverän durchgesetzten Gewaltmonopole eine Fortsetzung des Kriegszustandes mit anderen Mitteln sind. In diesem Kriegszustand ist auch noch die wissenschaftlich begründete Wahrheit eine Waffe, die einem partikularen Standpunkt zum Sieg verhelfen will.

»(D)ie Gesetze gingen aus Expeditionen, Eroberungen und in Brand gesteckten Städten hervor; aber der Krieg wütete auch weiterhin in den Machtmechanismen oder gab zumindest den geheimen Motor der Institutionen, der Gesetze und der Ordnung ab. (...) Das Subjekt, das in diesem Diskurs spricht, kann nicht die Position des Juristen oder Philosophen, d.h. die Position des universellen Subjekts einnehmen. In diesem allgemeinen Kampf, von dem es spricht, steht es notwendig auf der einen oder anderen Seite; es befindet sich in der Schlacht, es hat Gegner, es kämpft um einen Sieg. (...) (E)s geht darum, einer Wahrheit Geltung zu verschaffen, die wie eine Waffe funktioniert.«³¹

Das Subjekt kann Foucault zufolge keinen den Kämpfen übergeordneten, neutralen Standpunkt einnehmen, aber *innerhalb* dieser Kämpfe kann es versuchen, seinen partikularen Standpunkt, und damit seine Souveränität, zu behaupten. Souveränität kann also für Foucault offenbar auch eine Kategorie sein, welche die Autonomie des Subjekts beschreibt. Foucault hält die Berufung des Individuums auf persönliche Souveränitätsrechte zwar für eine »Sackgasse«³², aber er erkennt die soziale Realität dieser Berufung als Abwehrmaßnahme des Individuums gegen die Formen gesellschaftlicher Disziplinarmacht zumindest an:

»Daher befinden wir uns heute angesichts der Übergriffe des Disziplinarmechanismus, angesichts des Aufstiegs einer mit szientistischem Wissen verbundenen Macht in einer Situation, in der die einzig scheinbar sichere Zuflucht, die uns bleibt, die Zuflucht oder Rückkehr zu einem Recht ist, das um die Souveränität herum zentriert ist und auf diesem alten Prinzip aufbaut.«³³

Folglich sieht es so aus, als müssten wir dem Subjekt innerhalb des Begriffsverhältnisses von Macht, Souveränität und Gouvernementalität einen systematischen Platz verschaffen. Dies um so mehr, als wir oben bei der Diskussion des Souveränitätsbegriffs konstatiert haben, dass der moderne Staat des Volkssouveräns gleichursprünglich mit dem modernen, sich moralisch selbst regierenden Subjekt entsteht. So gesehen kann der Begriff der Souveränität bei Foucault nicht auf den Bezug zum Staat respektive politischen System eingeschränkt werden, sondern beschreibt in umfassender Weise die Merkmale moderner Subjektivität. Der *moderne* souveräne Staat, der seine Bürger nicht mehr als Untertanen versteht, wird zu einem funktionellen Dienstleister, der ein Kollektivgut bereitstellt, zu einem Agenten und Sachwalter der unbeschädigten Souveränität seiner Subjekte. Wenn aber der Begriff der Souveränität sowohl den modernen Staat als auch das moderne Subjekt charakterisiert, und wir gleichzeitig die Unschärfe beseitigen wollen, die Foucaults Begriff des Politischen anhaftet, dann empfiehlt sich meines Erachtens die Einführung eines Vermittlungsbegriffs zwischen Staat und Subjekt, der schließlich auch eine institutionelle Verortung des von Wendt und Duvall konstatierten UFO-Tabus ermöglichen soll. Denn wenn die klare Zuordenbarkeit dieses Tabus zu einer Sphäre der menschlichen Gesellschaft aufgrund der inhärenten Unschärfe der Foucaultschen Begriffe in Frage steht, dann steht auch die Plausibilität der Grundthese von Wendt und Duvall in Frage. Als ein solcher Vermittlungsbegriff zwischen Staat und Subjekt bietet sich der Begriff der *Öffentlichkeit* an.

2.4 Erweiterung um den Begriff der Öffentlichkeit

»Öffentlichkeit« ist ein Strukturprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Sie hat die Trennung zwischen

³⁰ Foucault 2001, S. 312

³¹ Foucault 2001, S. 314 f.

³² Foucault 1978, S. 95

³³ Foucault 1978, S. 94

politischer und privater Sphäre zur Voraussetzung. Im Zuge der Etablierung der absolutistischen Souveränität als Reaktion auf die Religionskriege im 17. Jahrhundert »hatte der Staat alle moralischen Fragen aus der politischen in die private Sphäre gedrängt, um für die Befriedigung des öffentlichen Lebens sorgen zu können.«³⁴ Mit dem Aufstieg des Handels- und Industriekapitalismus erfuhr die Privatsphäre eine enorme Aufwertung, weil sich in ihr der wirtschaftliche Tauschverkehr als eine Interaktion zwischen Privatleuten abspielte. Die bürgerliche Privatsphäre wurde im historischen Verlauf durch Abwehrrechte gegen Zugriffe des staatlichen Souveräns gesichert. Entscheidend für die Entstehung der modernen Öffentlichkeit ist aber die Aufladung dieser Sphäre mit der Funktion des vernunftgemäßen Raisonements. Die Auseinandersetzung des Bürgertums mit dem absolutistischen Staat nimmt die Form einer sich auf Vernunft berufenden Kritik an, die in einer öffentlichen Kommunikationssphäre formuliert wird.

»Im Raisonement konvergieren idealtypisch Kommunikation und Vernunft. Der Begriff meint die Möglichkeit, »verständlich' über die Dinge zu reden und sie »nach Vernunftgründen' zu untersuchen, wie es das französische Verb »raisonner' nahe legt, das übersetzt »überlegen, vernunftgemäß handeln und reden' bedeutet. Es bezeichnet ein (öffentliches) vernunftgeprägtes Reden, das in letzter Konsequenz dialogisch und verständigungsorientiert angelegt ist, und besteht folglich aus vernunftorientierten öffentlichen Meinungsäußerungen, mit denen Sprecher versuchen, Diskussionspartner rational zu überzeugen.«³⁵

Bereits Kants Begriff der Aufklärung ist konstitutiv auf das *öffentliche* Raisonement bezogen:

»Zu dieser Aufklärung aber wird nichts erfordert als *Freiheit*; und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken *öffentlichen Gebrauch* zu machen. (...) (D)er *öffentliche* Gebrauch seiner Vernunft muß jederzeit frei sein, und der allein kann Aufklärung unter Menschen zustande bringen (...). Ich verstehe aber unter dem öffentlichen Gebrauche seiner eigenen Vernunft denjenigen, den jemand als *Gelehrter* von ihr vor dem ganzen Publikum der *Leserwelt* macht.«³⁶

Auf der anderen Seite ist diese rasonnierende Öffentlichkeit kein Selbstzweck in einem interesselosen Raum. Der »Verkehr« von Privatleuten in einem öffentlichen Raum dient nicht nur den Aufgaben einer kulturellen Aufklärung, sondern ebenso der Koordination privatwirtschaftlicher Aktivitäten über den Mechanismus des Marktes. Zum rasonnierenden Citoyen gehört der kapitalistische Bourgeois. Hier kommen Verzerrungsmechanismen ins Spiel, indem die Chancen einer gleichberechtigten Teilnahme an der Öffentlichkeit von der Position des Teilnehmers im Verteilungsraum des ökonomischen Kapitals abhängig werden. Auch unter Bedingungen eines interventionistischen Staates, der die Effekte wirtschaftlicher Monopolbildungen und wirtschaftlich induzierter Ungleichgewichte zwischen den sozialen Klassen abmildert, werden diese Verzerrungen nicht vollständig aufgehoben, weil sich Vorteile im Raum des ökonomischen Kapitals in Vorteile im Raum kultureller und sozialer Kapitale konvertieren lassen. Kants Bestimmung des öffentlich Rasonnierenden als Gelehrten vor einem Leserpublikum ist auch ein Hinweis darauf, dass eine gleichberechtigte Teilnahme an der öffentlichen Sphäre insbesondere vom verfügbaren Bildungskapital eines Bürgers abhängig ist. Eine »herrschaftsfreie« Strukturierung der öffentlichen Sphäre ist also auch im Rahmen eines optimistischen Modells, die das Ideal des »herrschaftsfreien Diskurses« zumindest als bindende Norm anerkennt, nicht ohne weiteres zu erwarten. Grundsätzlich aber erhält die politisch fungierende Öffentlichkeit »den normativen Status eines Organs der Selbstvermittlung der bürgerlichen Gesellschaft mit einer ihren Bedürfnissen entsprechenden Staatsgewalt.«³⁷

In der Frühzeit der bürgerlichen Gesellschaft kommen diese Asymmetrien in Formen der Exklusion zum Ausdruck. Das bürgerliche Publikum bleibt unter sich, während die Arbeiterklasse in der Öffentlichkeit keine angemessene Repräsentation erfährt. Denn die bürgerliche Publizität umfasst nicht nur das allgemeine kulturelle und wissenschaftliche Raisonement, sondern auch die politische Willensbildung und ihre öffentliche Legitimation. In dem aus den Kämpfen der Arbeiterbewegung hervorgehenden interventionistischen Staat nimmt die Asymmetrie dann eine andere Form an. Durch die Inklusion praktisch der gesamten Gesellschaft in die öffentliche Sphäre entsteht einerseits ein Massenpublikum, andererseits wird die Vermittlungsfunktion nicht mehr direkt vom Publikum, sondern von neu entstehenden intermediären Instanzen zwischen Publikum und Staat wahrgenommen.

³⁴ Brosda 2008, S. 108, Fn. 62

³⁵ Brosda 2008, S. 109

³⁶ Kant 1784, S. 11

³⁷ Habermas 1962, S. 95

»Diese Vermittlungsfunktion geht vom Publikum auf solche Institutionen über, die sich, wie die Verbände, aus der Privatsphäre, oder, wie die Parteien, aus der Öffentlichkeit heraus gebildet haben und nun Machtvollzug und Machtausgleich im Zusammenspiel mit dem Staatsapparat intern betreiben; dabei bemühen sie sich über die ihrerseits verselbständigten Massenmedien bei dem mediatisierten Publikum um Zustimmung oder mindestens Duldung. Publizität wird gleichsam von oben entfaltet, um bestimmten Positionen eine Aura von good will zu verschaffen. Ursprünglich garantierte Publizität den Zusammenhang des öffentlichen Rasonnements sowohl mit der legislativen Begründung der Herrschaft als auch mit der kritischen Aufsicht über deren Ausübung. Inzwischen ermöglicht sie die eigentümliche Ambivalenz einer Herrschaft über die Herrschaft der nichtöffentlichen Meinung: sie dient der Manipulation *des* Publikums im gleichen Maße wie der Legitimation *vor* ihm. Kritische Publizität wird durch manipulative verdrängt.«³⁸

In diesem Prozeß spielen die modernen Massenmedien eine zentrale Rolle. War Journalismus zunächst eine Tätigkeit schriftstellernder Privatleute, so ist der Medienbetrieb unter den Rahmenbedingungen des Massenpublikums eine öffentliche Dienstleistung, die sich teils in öffentlich-rechtlicher Verfassung, aber größtenteils im Typ des kommerziellen Unternehmens organisiert. Der Journalist wandelt sich vom publizierenden Privatier zum weisungsgebundenen oder nach Marktanforderung produzierenden Zulieferer eines Erwerbsunternehmens, die journalistische Rolle wird zum Vollerwerbsberuf. Im Extremfall entsteht der Typus des *Gatekeeper-Journalismus*, in dem die journalistische Autonomie vollständig mediensystemischen Zwängen untergeordnet wird:

»In einem ökonomisierten Mediensystem setzt sich ein journalistischer Idealtypus durch, der in der Forschung mit der Metapher des 'gatekeepers' beschrieben wird und in weitgehend ausdifferenzierten Mediensystemen nur einen geringen Autonomiegrad besitzt. Diese Form des Informationsjournalismus betont die Selektion von Nachrichten stärker als die Kommunikativität der Auseinandersetzung mit ihren Inhalten. ... Der 'gatekeeper' öffnet und schließt das Tor entsprechend des Fahrplans, der ihm medial und zumeist nach ökonomischen Interessen vorgegeben wird. Journalistisches Handeln wird damit in der Praxis zur bloßen Funktionserfüllung herabgewertet und durch entsprechende funktionalistische Studien zugleich wissenschaftlich in der neuen, normativ entkernten Leistungsrolle unter medialem Primat wieder legitimiert. Der Vermittlungsgedanke wird auf den reinen Nachrichtentransport reduziert. (...) Wenn die Verberuflichung einer kommunikativen Leistungsrolle somit dazu führt, dass die systemische Berufsbeziehung die kommunikative Interaktionsbeziehung überlagert, dann verliert der Journalismus einen guten Teil seiner Möglichkeiten, zur kommunikativ rationalen Integration von Gesellschaft beizutragen. (...) Dadurch, dass sich Journalismus in seinen Handlungen den ökonomischen Imperativen unterordnet, verliert er auch seine gesellschaftliche Relevanz, weil er Gesellschaft als Objekt, über das berichtet wird, ansieht, und nicht als dynamischen Zusammenhang, an dem er teil hat und für dessen Gestaltung er mit verantwortlich ist.«³⁹

Auf der anderen Seite der medialen Beziehung verändert sich durch die Ausdehnung der öffentlichen Sphäre die Rolle des Publikums in einem ersten Schritt vom rasonnierenden Teilnehmer zum passiven Konsumenten entsprechender Dienstleistungen. Zusammen mit den intermediären Instanzen entstehen auch mittelbare, indirekte und damit instrumentalisierbare Formen der Willensbildung. Die »öffentliche Meinung« bildet sich nicht in der direkten Debatte, sondern wird auf dem Umweg über repräsentative Umfragen festgestellt, politische Programme werden von professionellen Politikberatern anhand von Umfragen »designt«, und die Kommunikation nach unten wird wiederum nicht direkt, sondern über professionelle Werbekampagnen gestaltet. Die Auswahl der zur Debatte gestellten politischen Probleme wird vorab von den PR-Experten festgelegt, und eine Wahl ist nicht viel mehr als eine unspezifische akklamatorische Legitimationsbeschaffung. In einer solchen Perspektive bestehen etwa zwischen dem populistischen Stil amerikanischer Politik, dem selbstherrlichen Regierungsstil Berlusconi und der »gelenkten Demokratie« Putins keine grundsätzlichen, sondern nur mehr graduelle Unterschiede. Generell wird das ursprüngliche Modell des Rasonnements, der wechselseitigen argumentativen Auseinandersetzung unter gleichberechtigten Bürgern, durch das einseitige Kommunikationsmodell der Werbung ersetzt:

»Werbung ist keine Form des rationalen Dialogs. Sie baut keine Argumentation auf, die sich auf Beweise stützen könnte, sondern bringt ihr Produkt mit speziellen visuellen Vorstellungen in Verbindung. Auf Werbung kann man nicht antworten. ... Die Übernahme dieser Methoden hat den Politikern dabei geholfen, das Problem der Kommunikation mit dem Massenpublikum zu bewältigen; der Demokratie selbst haben sie damit jedoch einen Bärendienst erwiesen.«⁴⁰

³⁸ Habermas 1962, S. 213

³⁹ Brosda 2008, S. 302 f.

⁴⁰ Crouch 2008, S. 38

Das, was das Publikum der Konsumenten auf solchem Wege geboten bekommt, appelliert demnach nicht an den Gebrauch einer kritischen Vernunft, sondern an komplementäre emotionale Komfort- und Sensationsbedürfnisse. In einem zweiten Schritt kommt es daher zur Entstehung einer exhibitionistischen Pseudo-Öffentlichkeit selbstdarstellender Narzißten. Die Erfüllung psychologischer Bedürfnisse ersetzt die Auseinandersetzung um politische Interessen. »Politik« verwandelt sich vom solidarischen Kampf um soziale Veränderung zum individualistischen Kampf um Selbstverwirklichung.⁴¹

Im Lichte einer solchen Diagnose erscheint der Vormarsch verschwörungstheoretischen Denkens nicht länger rätselhaft. Denn an die Strukturen und Funktionsweisen der öffentlichen Sphäre ist das Vertrauen in das Funktionieren der politischen und kulturellen Kommunikation zum Nutzen aller gekoppelt, und ein Verfall dieser Funktionen und ihre Ersetzung durch Surrogate wird von den Bürgern auch dann empfunden, wenn sie dieses Empfinden nicht klar artikulieren können. Ein Bekenntnis zu einer Verschwörungstheorie ist zunächst einmal nichts anderes als eine Mißtrauenserklärung in die Fassade einer Öffentlichkeit, die für unglaubwürdig gehalten wird. Der Inhalt eines je spezifischen Verschwörungsglaubens ist austauschbar, worauf es uns hier ankommt, ist seine sprachpragmatische Funktion einer ostentativen Abwendung von den entleerten Vertrauenserwartungen eines zum manipulativen Instrument degenerierten öffentlichen Lebens.

Einen solchen Begriff einer von endemischem Mißtrauen durchsetzten »postmodernen« Öffentlichkeit bezieht Jodi Dean auf den zeitgenössischen Ufo-Glauben.⁴² Dean erinnert zunächst daran, dass in der amerikanischen Kultur, die im historischen Verlauf immer wieder neue Schübe von einwandernden Fremden zu integrieren hatte und in der zugleich das Mißtrauen in einen starken Staat zu den Wurzeln der politischen Kultur gehört, ein »paranoider« Stil der Politik eine feste Größe darstellt.⁴³ In dieser Kultur ist, so Dean, das »Alien« im Sinne des Außerirdischen eine weitere Imaginationsform des »Alien« im Sinne des ausländischen Fremdlings, dessen Absichten und Loyalitäten nicht von vornherein als vertrauenswürdig gelten und der darum eine undefinierte Zwischenstellung zwischen Freund und Feind einnimmt:

»As Zygmunt Bauman points out, however, there are intermediate categories, such as the stranger (and, I would add, the alien). These third parties, pervasive in the contemporary American social, already disrupt the fiction that we can tell friend from enemies, that there is some discernable difference that can be used to tell the one from the other. Produced through a concentrated replication of the themes of mistrust and conspiracy running throughout U.S. history and particularly pervasive today, the ufological alien is an icon for such 'undecidables' and 'thirds'«⁴⁴

In den Vertuschungsvorwürfen gegen amerikanische Behörden verschwimmt das Bild des Alien mit dem Bild einer irdischen Staatsverschwörung gegen amerikanische Freiheit und Demokratie, die somit nur ein Grundmuster der amerikanischen politischen Kultur mit zeitgenössischem Material neu ausprägen:

»Accounts of space aliens and a long history of suspicions toward foreigners, immigrants, and strangers both suppose a conspiracy undermining America's experiment in freedom and democracy. Voices in nativist and UFO discourses alike express anxiety about breeding, miscegenation, and hybridity, about the collapse of distinctions between the alien and ourselves. (...) In each the fear of the hidden that is always part of any notion of publicity and publicness motivates a vigilance and paranoia in the very name of the American people (...). Ufology, then, is one version of larger cultural patterns of suspicion, conspiracy, and mistrust«⁴⁵

Mit diesem Hinweis beabsichtige ich noch keine Begründung für das Bestehen eines UFO-Tabus, sondern eine Illustration des Zeitmilieus, in dem unser Gegenstand situiert ist.

3 Das UFO-Tabu

Nach Abschluss der begrifflichen Vorarbeiten können wir nun zur Darstellung von Wendt und Duvalls Argument für das Bestehen eines UFO-Tabus übergehen.

⁴¹ So die klassische Kritik von Sennett (1986) und Lasch (1979).

⁴² Dean 2008

⁴³ Der klassische Text hierzu ist Richard Hofstadters erstmals 1963, im Monat der Ermordung John F. Kennedys vorgetragene Text »The Paranoid Style in American Politics«(vgl. Hofstadter 2008).

⁴⁴ Dean 1998, p. 17

⁴⁵ Dean 1998, p. 17

3.1 Das UFO als Bedrohung der anthropozentrischen Souveränität

Wendt und Duvall bestimmen den modernen Begriff der Souveränität als *anthropozentrisch*, indem sie darauf hinweisen, dass die Kräfte, gegen welche die staatliche Souveränität errungen und zur Erfüllung ihrer Schutzfunktion durchgesetzt werden muss, nicht mehr von einer übermächtigen Umwelt oder von transzendenten Mächten ausgehen, sondern ausschließlich von anderen Menschen.

»(S)overeignty is the province of humans alone. Animals and Nature are assumed to lack the cognitive capacity and/or subjectivity to be sovereign; and while God might have ultimate sovereignty, even the most fundamentalists grant that it is not exercised directly in the temporal world. (...) Humans live within physical constraints, but are solely responsible for deciding their norms and practices under those constraints. ... (H)istorically, sovereignty was less anthropocentric. For millennia Nature and the gods were thought to have causal powers and subjectivities that enabled them to share sovereignty with humans, if not exercise dominion outright. Authoritative belief in non-human sovereignties was given up only after long and bitter struggle about the 'borders of the social world', in which who/what could be sovereign depends on who/what should be included in society. In modernity God and Nature are excluded, although in this exclusion they are also re-included as the domesticated Other.«⁴⁶

Wendt und Duvalls Argument kombiniert eine Strukturaussage über das dem Souveränitätsgedanken zugrunde liegende Prinzip der Inklusion (nur Menschen sind souveräne Elemente der Gesellschaft, die Natur und transzendente Wesen sind es nicht) mit einer historischen Aussage (die Exklusion von Gott und Natur ist das Resultat eines gerichteten geschichtlichen Verdrängungsprozesses). Dieser Verdrängungsprozess kann als Emanzipationsprozess verstanden werden, in dem der Mensch sich von der Fremdbestimmung durch Natur und Gottheit befreit und beide Mächte zu unterworfenen Objekten domestiziert, zu denen man nicht, wie in früheren Zeiten möglich, eine soziale Beziehung unterhalten kann. Die Natur wird durch Technologie unterworfen, und Gott wird ins Private und Innerliche abgedrängt. Gott kann nur noch über das religiöse Gewissen des Einzelnen in die Gesellschaft eingreifen, aber auch die religiös motivierte Gewissenshandlung unterliegt gesellschaftlichen Normen und Sanktionen, anstatt diese, wie noch in früheren Epochen, selbst festzulegen.

Diese mit dem Gedanken einer allein menschlichen Souveränität verbundene Emanzipationsidee bezieht ihr Pathos aus der geschichtsphilosophischen Überzeugung, dass die Heraufkunft eines »Reichs der Freiheit«, das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die freie Entfaltung der menschlichen Produktivkräfte, der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit die Umkehrung eines ursprünglichen sozialen Sündenfalls darstellt, die Aufhebung eines primordialen Symmetriebruchs in den menschlichen Beziehungen, der bewirkt hat, dass manche Menschen der Welt der Götter und ihrer Seligkeit näher stehen als andere, der kreatürlichen Welt der unbarmherzigen Natur weiter entrückt sind als die Mehrzahl ihrer Mitgenossen. Ob in den marxistischen Visionen von der klassenlosen Gesellschaft oder in den liberalen Visionen des »Posthistoire« – in der modernen Gesellschaft scheint es möglich, den ursprünglichen Zustand einer Symmetrie der menschlichen Beziehungen wieder herzustellen.

In der Welt der gebrochenen sozialen Symmetrie dagegen verläuft die Grenze zwischen Mensch und Natur mitten durch die Welt der Menschen.⁴⁷ Frauen, Kinder und Sklaven sind dem Reich der Natur nicht entronnen, der Mann, der Krieger, der Aristokrat nähert sich der Sphäre des Göttlichen an. Nur die Besten, welche die Natur in sich überwunden haben, sind souverän, und selbst sie unterliegen dem Spruch der Götter. Vom Natürlichen zum Göttlichen verläuft ein hierarchisch gestuftes Kontinuum, in das der Mensch eingeflochten ist. In diesem Sinne beschreibt Paul Veyne die Welt der griechisch-römischen Religiosität:

»Die Götter bilden ebenso wie die Menschen eine lebendige Spezies, eine Rasse, ein *genus*. Sie sind eine Art außerirdischer Lebewesen, mächtige Fremdlinge mit einem eigenen und auf sich selbst konzentrierten Leben, unabhängig von den Menschen, die ihrerseits ein eigenständiges Dasein führen. Dennoch nehmen sie an der Menschheit mehr oder weniger Anteil, können auf gewisse Aspekte ihres Schicksals Einfluß nehmen (...) In erster

⁴⁶ Wendt/Duvall 2008, S. 607 f.

⁴⁷ In der Formulierung von Hannah Arendt, die sich hier auf das Weltbild der Vorsokratiker bezieht: »So verläuft der Unterschied zwischen Menschen und bloßem (tierischen) Lebewesen mitten durch das Geschlecht der Menschen: nur die „Besten“ (*aristoi*), die zudem ständig sich als die „Besten“ erweisen müssen (*aristeuein*, ein Tätigkeitswort, das in keiner anderen Sprache sich findet), und zwar dadurch, daß sie „den immerwährenden Ruhm den sterblichen Dingen vorziehen“, sind mehr als bloße Lebewesen; die Vielen, zufrieden mit dem, was die Natur ihnen gewährt, leben und sterben wie die Tiere.« (Arendt 2002, S. 30)

Linie sind sie an sich selbst interessiert und ihre Hauptsorge kreist nicht um das Wohl der Menschheit (...) Diese anthropomorphen Götter sind keine das Absolute oder das Unendliche verkörpernde Wesen, sondern, wie gesagt, eine Rasse, eine lebendige Spezies. Man glaubt, dass sie wie wir der konkreten Welt angehören, einer Welt, in der es ein *Mehr* und ein *Weniger* gibt (...) Der Schritt von den Menschen zu den Göttern ist ein quantitativer, führt aber nicht zum Unendlichen. Deshalb konnten die hellenistischen Könige und die römischen Kaiser auch fiktiv vergöttlicht werden. Das war eine hyperbolische, aber keine absurde Ausdrucksweise: Wenn man von den Menschen zu den Göttern aufstieg, überschritt man keine kategorielle Grenze. (...) Die Götter sind ... nicht allmächtig und lenken auch nicht den Kosmos; sie haben diesen weder geschaffen noch ihm seine Ordnung gegeben.«⁴⁸

Dies ist eine Welt, in der der soziale Symmetriebruch als Selbstverständlichkeit akzeptiert ist und durch eine die Ungleichheiten affirmativ deutende Philosophie explizit legitimiert wird. Aber die Götter begleiten diese Welt der fundamentalen Hierarchien nicht nur, sie stehen auch Pate bei ihrer Entstehung: an der Wurzel des archaischen Staates. Mit der Geschichte der Jungsteinzeit befasste Historiker und Archäologen haben festgestellt, dass die Entstehung staatlich organisierter Gesellschaften am Ende des Neolithikums weder der Normalfall noch eine Selbstverständlichkeit gewesen ist.⁴⁹ Bei weitem nicht alle Kulturen, die Seßhaftigkeit, Ackerbau, Viehzucht, soziale Hierarchien und differentielle Wohlstandsverteilung ausgebildet haben, haben auch Staaten hervorgebracht. Was unterscheidet eine *hierarchisierte Stammesgesellschaft* vom archaischen *Staat*? Stefan Breuer argumentiert, dass der Weg zum Staat über die Monopolisierung der charismatischen Heilsgüter durch eine der konkurrierenden Abstammungsgruppen (Lineages) führt. Mit anderen Worten: sobald der privilegierte Zugang zur Gunst einer allgemein anerkannten Gottheit von einer Abstammungsgruppe dauerhaft als ihr »Eigentum« behauptet und gesichert werden kann, löst sich diese Abstammungsgruppe aus der Welt der gewöhnlichen Menschen, von der sie bisher nur durch besonderen Reichtum unterschieden war. Sie wird in einem besonderen Sinne unangreifbar. In archaischen Gesellschaften, die durch die prekären Techniken des Ackerbaus in besonderem Maße von einer als göttlich durchwirkt gedachten Natur abhängig waren, ist der rituelle Zugang zur transzendenten Welt (das religiöse *Charisma*) gleichsam ein symbolisches, ein imaginäres Produktionsmittel. Der erste Schritt zur Entstehung eines echten Staates ist dann

»die Identifizierung der "imaginären" bzw. symbolischen Reproduktionsbedingungen mit einer bestimmten Lineage. Es ist diese Identifizierung, die einen Strukturwandel des Charismas ermöglicht. War es bis dahin untrennbar mit seinem persönlichen Träger verbunden, so kann es jetzt seine individuelle Erscheinungsform abstreifen und sich zum Erbscharisma bzw. zum Amtcharisma veralltäglichen (...). Auf der Grundlage einer konischen Rangordnung ist die Macht des Häuptlings permanente, offizielle Macht geworden, und sie ist zugleich vererbare Macht, die innerhalb der privilegierten Lineage weitergegeben wird. (...) Häuptlingstümer gehören damit nicht mehr zu den egalitären Gesellschaften. Sie gehören aber auch noch nicht zu den staatlich organisierten Gesellschaften, weil sich das Führungsamt noch nicht gänzlich aus der Gemeinde herausgelöst hat. (...) Der durch Austausch erworbene Status ist noch nicht völlig verdrängt durch den zugeschriebenen Status, der durch die Position im vertikalen System fixiert ist.«⁵⁰

Viele neolithische Gesellschaften haben den Prozess der Staatsentstehung offenbar an dem Punkt abgebrochen, an dem er irreversibel zu werden drohte. Michael Mann argumentiert, dass die ersten Staaten nur unter solchen Rahmenbedingungen entstehen konnten, in denen der Rückweg zu einer mehr egalitären Gesellschaft durch eine besondere Abhängigkeit der gesamten Gesellschaft von zentralen Organisationsleistungen blockiert war: in den Bewässerungskulturen des Vorderen Orients.⁵¹ Erst unter diesen Bedingungen konnte es zu einer dauerhaften Monopolisierung der religiösen Heilmittel kommen:

»Erst wenn diese vollzogen ist, wenn die Lineage des Häuptlings auch noch die bis dahin freigebliebene Position der obersten Gottheit in ihre Ahnenreihe inkorporiert hat, kann sich das Verhältnis umkehren und der Häuptling aus einem Repräsentanten der Gemeinde gegenüber den Göttern zu einem Repräsentanten der Götter gegenüber der Gemeinde werden - eine Umkehrung, die gleichbedeutend ist mit der Transformation des Häuptlingstums in den archaischen Staat.«⁵²

Diese Transformation verändert die soziale Natur des Herrschers, indem es ihn von der Welt der gewöhnlichen Sterblichen abtrennt und der Sphäre der Götter zuordnet:

⁴⁸ Veyne 2008, S. 15 f.

⁴⁹ Für die folgende Darstellung vgl. Mann 1986, S. 34-72

⁵⁰ Breuer 1990, S. 51

⁵¹ Vgl. Mann 1986, S. 73-104

⁵² Breuer 1990, S. 52

»Zwar erscheint der Herrscher nicht selbst als Gott, wie später in den mesopotamischen Imperien, wohl aber als direkter Abkömmling der obersten Gottheit und als Träger eines Amtes, das von den Göttern selbst eingerichtet wurde. Allein über ihn führt nunmehr der Zugang zur Welt des Übernatürlichen, allein über ihn ist eine Kommunikation mit den unsichtbaren Kräften möglich, die das Universum beherrschen Das Charisma ist gleichsam in der segmentären Hierarchie [der Abstammungsgruppen - I.J.] eingefangen. Es flottiert nicht mehr frei, sondern wird ausschließlich vom Herrscher gespendet, der, wie der ägyptische Pharaos, als "einzig legitimer Ritualist" ... fungiert«⁵³

Der fundamentale soziale Symmetriebruch setzt sich also in dem Augenblick durch, in dem die Asymmetrie der menschlichen Beziehungen nicht mehr nur eine als faktische, sondern als eine göttlich gewollte Ungleichheit wahrgenommen wird. Der archaische Staat wird nicht einfach religiös *gerechtfertigt* wie in späteren theologischen Legitimationsdiskursen, er wird in dem Sinne religiös *konstituiert*, dass die spätere Unterscheidung zwischen weltlicher und geistlicher Herrschaft noch nicht existiert. Gott selbst herrscht durch den Herrscher, er delegiert kein Amt, sondern ist durch die Person des Königs selbst unmittelbar kausal heilswirksam.⁵⁴ In diesem speziellen Sinne ist der archaische Staat *theokratisch*.

Ich gehe deshalb so ausführlich auf den Prozess der neolithischen Staatsentstehung ein, weil eine seiner ersten und reinsten Ausprägungen, der Staat des Alten Ägypten, in den biblischen Erzählungen zum Gegenbild einer gottlosen und götzendienerischen Herrschaft geworden ist, in Kontrast zu welcher sich die Geschichte des Okzidents als Emanzipationsgeschichte versteht. Der mythische Auszug der Israeliten aus Ägypten ist der ursprüngliche Emanzipationsakt im kulturellen Gedächtnis der abendländischen Welt. Das Thema des Buches Exodus ist die Unterscheidung von Knechtschaft und Freiheit.

»Zum ersten Mal in der Religionsgeschichte werden Gerechtigkeit, Gesetz und Freiheit zu Zentralthemen der Religion, d. h. zur alleinigen Sache Gottes erklärt Die falsche Religion gibt sich politisch zu erkennen, durch Unterdrückung, Willkür, Gesetzlosigkeit und Rechtslosigkeit. Der Monotheismus ist im Kern politische Theologie. (...) Falsche Politik ist pharaonische Hybris, Herrschaft als Unterdrückung, Versklavung, Entrechtung, Mißhandlung. Dem, der das Gesetz als Last und Zwang empfindet, wird gesagt: *Erinnere dich, dass du Sklave warst in Ägypten*. Von innen, aus der Sicht der biblischen Texte heraus betrachtet, ist der Monotheismus ursprünglich und in erster Linie einer Religion der Befreiung von der ägyptischen Unterdrückung und die Gründung einer alternativen Lebensform, in der nicht der Mensch über den Menschen herrscht, sondern sich Menschen in Freiheit zusammenschließen, um sich unter die Herrschaft eines mit Gott geschlossenen Bündnisses zu stellen. In der narrativen Inszenierung als Auszug aus Ägypten erscheint die Gründung des Monotheismus als eine gottgestützte Widerstandsbewegung«⁵⁵

Falsche Religion und gottlose Herrschaft werden in ein und derselben Befreiungstat zurückgewiesen. Diese Verbindung von Emanzipation und Religionskritik hat der Okzident bis zur Heraufkunft der modernen Gesellschaft beibehalten. Die falschen Souveräne werden gemeinsam mit den falschen Göttern verworfen, schließlich die Herrschaft als solche mit den Gottheiten als solche. Die These, »dass die Moderne in vielfältiger Weise die Transzendenz christlicher Eschatologie – die Erlösungstheologie – verweltlichte und damit die politische und gesellschaftliche Erlösung zum Programm abendländischer Politik wurde«⁵⁶, stammt von Eric Voegelin. In dieser Perspektive sind die großen europäischen Revolutionen eine säkulare Einlösung des jüdisch-christlichen eschatologischen Erlösungsversprechens. Aber nicht nur in der politischen Sphäre, auch in den Wissenschaften vollzieht sich eine analoge Revolution. Die neue Gesellschaft beruht auf Aufklärung, auf dem rationalen Gebrauch des eigenen Vernunftvermögens. Darum kann Aufklärung nicht mehr von der Religion verbürgt werden, sondern moderne, positive Wissenschaften müssen an ihre Stelle treten. Hier wird allerdings auch ein Umschlagspunkt erreicht, an dem im Sinne einer »Dialektik der Aufklärung« eine Wissenschaftsgläubigkeit entstehen kann, die nun selbst die dogmatischen und irrationalen Züge eines religiösen Diskurses trägt.

⁵³ Breuer 1990, S. 57

⁵⁴ »Durch Übernahme der Rolle des Sonnengottes auf Erden herrscht der König ... mit den göttlichen Kräften des Sonnengottes, d.h. solange es ein Königtum gibt, das die göttliche Machtausübung auf Erden gewährleistet, gibt es auch einen ägyptischen Staat. Dieser ist mit der Wirkungskraft des Königs, d.h. der Staatsgewalt, identisch. Das bedeutet aber auch, dass der ägyptische Staat über die Grenzen des Diesseits in das Jenseitige hinein präsent ist, nämlich soweit, wie die Wirkungsmöglichkeit des diesseitigen Königs reicht. Sogar noch in der Zeit der Ptolemäer kennen wir aus den Tempeldarstellungen die Szene des ... ‚Stützens des Himmels‘, womit deutlich ausgesprochen ist, dass sich die Aufgaben des ägyptischen Staates auch auf die Erhaltung des Kosmos erstrecken.« (Gundlach 1998, S. 20)

⁵⁵ Assmann 2003, S. 66 ff.

⁵⁶ Ley 2005, S. 64

Auf diesen Aspekt werde ich unten am Beispiel des ideologisch-skeptischen Diskurses näher eingehen.

Wendt und Duvall argumentieren nun nicht primär historisch, als vielmehr über die formale Struktur der Souveränität:

»(...) In this liberal apparatus of security, power flows primarily from the deployment of specialized knowledges for the regularization of populations, rather than from the ability to kill. But when such regimes of governmentality are threatened, the traditional face of the state, its sovereign power, comes to the fore: the ability to determine when norms and law should be suspended—in Carl Schmitt's terms, to “decide the exception.” S. 612

Die Autoren nehmen zunächst Bezug auf die von Foucault beschriebene Verbindung von Wissen und Macht, die als Mittel der indirekten Kontrolle von Bevölkerungen eingesetzt werden. Nur im Ausnahmefall kommt die ursprüngliche Funktion der staatlichen Souveränität zum Tragen. Im Falle von UFOs, so Wendt und Duvall, sei jedoch eine solche souveräne Dezsision nicht möglich:

»The UFO compels decision because it exceeds modern governmentality but we argue that the decision cannot be made. The reason is that modern decision presupposes anthropocentrism, which is threatened metaphysically by the possibility that UFOs might be Ets. At such, genuine UFO ignorance cannot be acknowledged without calling modern sovereignty into question. This puts the problem of normalizing the UFO back onto governmentality, where it can be ‚known‘ only without trying to find out what it is – through a taboo.«⁵⁷

Damit erweitern die Autoren Foucaults Modell der Gouvernmentalität um den bei Jacques Derrida entlehnten Begriff der *Nichtentscheidbarkeit*: „Something is undecidable when it „does not conform to either polarity of a dichotomy, (for example present/absent, cure/poison, and inside/outside)“, but is both at once.“⁵⁸ Der Begriff bezeichnet jedoch nicht die Unmöglichkeit einer Entscheidung per se, sondern eine Situation, in der die Entscheidung unabhängig davon, wie sie ausfällt, angreifbar ist. Moderne Staaten haben, Wendt und Duvall zufolge,

»mostly abjured a scientific standpoint in favor of public relations on behalf of the established regime of truth, reaffirming that We already know what these (unidentified) objects are (not). The effect is to constitute the UFO as un-exceptional, but not by ‘deciding’.«⁵⁹

Mir erscheint dieses Argument von Wendt und Duvall nicht auf Anhieb einleuchtend: nachdem es offenbar möglich war, Gott und die Natur als »domestizierte« Gegenstände in den Bereich moderner Souveränität wieder einzufügen, indem Gott ins Private verwiesen und die Natur technologisch beherrscht wurde, kann man fragen, was einer »Dezsision« und einer Domestizierung des UFO-Phänomens denn im Wege steht. Wendt und Duvall machen eine *ontologische Bedrohung* geltend:

„The ontological threat is that even if the ETs were benign, their confirmed presence would create tremendous pressure for a unified human response, or world government. The sovereign identity of the modern state is partly constituted in and through its difference from other such states, which gives modern sovereignty its plural character. Any exteriority that required subsuming this difference into a global sovereignty would threaten what the modern state is, quite apart from the risk of physical destruction.“⁶⁰

Meines Erachtens ist dieses Argument zu eng auf den Begriff des modernen Nationalstaates bezogen. Aus einer amerikanischen Perspektive, die von einem traditionellen Exzeptionalismus⁶¹ und dem Selbstbewußtsein einer Hegemonialmacht gefärbt ist, mag dies ein schwerwiegendes Argument darstellen – aus einer europäischen Perspektive, die sich an die partielle Abtretung nationaler Rechte an eine Unionsverwaltung mehr oder weniger gewöhnt hat, erscheint dies nicht mehr so zwingend, um ein

⁵⁷ Wendt/Duvall 2008, S. 612

⁵⁸ Wendt/Duvall 2008, S. 622

⁵⁹ Wendt/Duvall 2008, S. 622

⁶⁰ Wendt/Duvall 2008, S. 620 f.

⁶¹ »Für jene frühen Generationen von Amerikanern [die Generationen der Gründerväter – I.] war die Verheißung nationaler Größe ... ein integraler Bestandteil der nationalen Identität und untrennbar mit der nationalen Ideologie verknüpft. Sie und die nachfolgenden Generationen von Amerikanern glaubten, die USA müssten einfach eine Großmacht werden und vielleicht sogar die größte Macht, weil die Prinzipien und Ideale, auf die sie sich gründeten, unzweifelhaft überlegen waren – überlegen nicht nur den korrupten Monarchien im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts, sondern auch den Ideen, die die gesamte Menschheitsgeschichte hindurch Staaten und Regierungen prägten. ... Aus diesem Grund glaubten und glauben noch immer so viele Amerikaner, dass sie den Interessen der Menschheit dienen, wenn sie ihre eigenen Interessen fördern. Wie Benjamin Franklin es ausdrückte: ‚Die Sache Amerikas ist die Sache der ganzen Menschheit.‘« (Kagan 2003, S. 103 f.)

tiefsitzendes Tabu erklären zu können. Als allgemeines Argument ist der Verweis auf nationale Souveränität m. E. daher fragwürdig.

Wendt und Duvall nennen aber noch ein weiter gefasstes Argument: die Bedrohung der »anthropozentrischen Souveränität« besteht offenbar über eine Herausforderung des Nationalstaates hinaus auch in einer Bedrohung der kulturellen Identität einer Gesellschaft, die den Menschen zum Maß aller Dinge erklärt hat und keine die menschliche Freiheit begrenzenden transzendentalen Mächte anzuerkennen bereit ist:

»As a potential subject, then, the UFO radically relativizes modern sovereignty, disturbing its homologous character with the threat of unimagined heterogeneity, the sovereignty of the fully alien (non-human) other.«⁶²

Zur Charakterisierung dieser Bedrohung genügt es nicht, eine potentiell außerirdische Urheberchaft von UFOs als Einbruch einer radikalen Fremdheit in eine scheinbar bekannte Welt zu beschreiben (der Gegensatz von „homology“ und „heterogeneity“), sondern es bedarf zusätzlich der Gefahr einer Konfrontation mit einem potentiell übermächtigen fremden Souverän, der »sovereignty of the fully alien (non-human) other.« Eine solche Konfrontation würde anzeigen, dass das die moderne Gesellschaft kennzeichnende Konzept der anthropozentrischen Souveränität selbst ein kontingentes Phänomen ist, das aus dem historischen Siegeszug des okzidentalen Rationalismus hervorgegangen ist und somit keine selbstverständliche Gegebenheit, sondern eine legitimationsbedürftige Norm darstellt:

„(M)odern sovereignty is shown by the UFO to be itself a norm, of anthropocentrism – and behind this norm no further agency stands“⁶³

Ich möchte hier die These vertreten, dass die Begründung von Wendt und Duvall für das Bestehen eines UFO-Tabus erst dann ihre vollen Implikationen entfaltet, wenn wir vom formalen Argument bezüglich der Struktur der Souveränität zur Entfaltung des bei den Autoren nur angedeuteten historischen Arguments bezüglich der Genese der mit ihr verknüpften Werte übergehen und dieses die Hauptlast der Begründung tragen lassen. Ich möchte hierzu ein Argument von Michael Schetsche aufnehmen. Schetsche hat auf die Paradoxie hingewiesen, dass ein legitimer wissenschaftlicher Diskurs über Außerirdische nur dann möglich zu sein scheint, wenn diese Außerirdischen gedanklich in möglichst großer Entfernung verortet werden:

»Häufig ausgeblendet blieb dabei [beim SETI-Projekt – I.] jedoch die Frage, welches die sozialen Folgen wären, wenn eines der SETI-Projekte tatsächlich Erfolg haben sollte – oder wenn die Menschheit auf andere Weise mit der Existenz einer außerirdischen Zivilisation konfrontiert würde. (...) Bis in die Gegenwart wird von der Mehrheit der SETI-Forscher versucht, die Aliens gedanklich in eine möglichst große Entfernung zu verbannen, gleichsam in eine fiktive Quarantäne, aus der heraus sie mit uns kommunizieren dürfen. (...) Dass die Aliens, falls es sie gibt, dauerhaft dort bleiben werden, wo sie herkommen ..., ist jedoch eine wissenschaftlich letztlich nicht plausible Vorannahme.«⁶⁴

Am bedrohlichsten sind Aliens also offenbar dann, wenn sie *potentiell bereits hier* sind. Im Gedanken der Bedrohung durch eine solche direkte Konfrontation mit der »sovereignty of the fully alien (non-human) other« sehe ich den *Kern der Bedrohung durch ein potentiell außerirdisches UFO-Phänomen*. Denn die Möglichkeit, dass Aliens bereits in unserer Nähe sind, impliziert ihre technische Fähigkeit, interstellare Distanzen zu überwinden und damit *per se* eine große technologische Überlegenheit. In diesem Moment nimmt aber die Bedrohung der »anthropozentrischen Souveränität« eine für das abendländische Selbstbewusstsein historisch spezifische Gestalt an: das Auftreten von überlegenen Außerirdischen im Direktkontaktbereich der Menschheit droht damit, *in unser Konzept von Souveränität und Emanzipation erneut einen fundamentalen sozialen Symmetriebruch einzuführen*, indem er uns mit qua ihrer Machtfülle quasi-transzendentalen Wesen konfrontiert. Meines Erachtens ist es erst diese spezifische normative Aufladung der formalen Struktur der modernen Souveränität und ihre Infragestellung durch potentiell terrestrisch präsente Außerirdische, die zur Behandlung des UFO-Themas als Tabu führt. Unter dieser Annahme erscheint dann die weitere Beschreibung der Struktur des UFO-Tabus durch Wendt und Duvall plausibel.

»UFO denial appears to be as much as political as sociological - more like Galileo's ideas were political for the Catholic Church than like the once ridiculed theory of continental drift. In short, considerable work goes into ignoring UFOs, constituting them as objects only of ridicule and scorn. To that extent one may speak of a "UFO

⁶² Wendt/Duvall 2008, S. 624

⁶³ Wendt/Duvall 2008, S. 625

⁶⁴ Schetsche 2008, S. 227 f.

taboo,” a prohibition in the authoritative public sphere on taking UFOs seriously, or “thou shalt not try very hard to find out what UFOs are.”⁶⁵

Aus dieser Argumentation folgt, dass die Politik instantan in eine Legitimationskrise gerät, sobald die Grenze des Anthropozentrismus überschritten wird. Denn der Anthropozentrismus wird nicht nur, wie in der Akzentuierung von Wendt und Duvall, in einer *strukturellen*, sondern, wie ich ergänzen möchte, zugleich in einer *normativen* Weise überschritten⁶⁶. Diese Norm bewirkt, dass die Vorstellung der potentiellen Wiedereinführung eines grundlegenden politischen Symmetriebruchs von der ganzen Wucht derselben *metaphysischen Abscheu* getroffen wird, die das kulturelle Gedächtnis des Abendlandes bereits mit der Verdammung der ägyptischen Theokratie als Idealtypus des Superstitiösen, Despotischen und Gottlosen verbindet, und sie bewirkt weiterhin, dass ein Kampf gegen diese Superstition heute im Namen von Emanzipation, Aufklärung und wissenschaftlicher Rationalität geführt wird. Erst diese spezifische normative Aufladung begründet meines Erachtens einen unauflösbaren Widerspruch, der dazu führt, dass ein diese Grenze potentiell überschreitendes Phänomen nicht beherrscht werden kann und daher gebannt werden muss. Das Gebannte wird tabu, es verfällt einem Berührungsverbot. Das »Treffen einer Entscheidung« würde einem Phänomen potentielle Realität zugestehen, welches der normative Anthropozentrismus in den Bereich des Anormalen, Irrealen, Imaginären und Irrationalen verbannt hat. Deswegen fordert die abstrakte Möglichkeit, dass UFOs außerirdische Fahrzeuge sind, den Anthropozentrismus nicht erst als tatsächliche Realität, sondern bereits als potentielle Realität heraus. Die gebannte Grenzzone des Anthropozentrismus darf reale Objekte nicht einmal als Potentialität enthalten, ohne seine Grundkonstruktion in Frage zu stellen. Aus diesem Grund verfällt das UFO-Phänomen keinem aktiven Verbergen, sondern einem Nicht-Sehen:

„The UFO is both exceptional and not decidable as exception, and as a result with respect to it the modern sovereign is performatively insecure. The insecurity is not conscious, but operates at the deeper level of taboo, in which certain possibilities are unthinkable because of their inherent danger. In this respect UFO skepticism is akin to denial in psychoanalysis: the sovereign represses the UFO out of fear of what it would reveal about itself. There is therefore nothing for the sovereign to do but turn away its gaze from – to ignore, and hence be ignorant of – the UFO, making no decision at all.“⁶⁷

Damit wird aber auch die Kategorisierung des *potentiell anwesenden* Außerirdischen als eines »maximal Fremden« überschritten. Er ist nicht nur ein *maximal Fremder* (der potentiell noch ein Gleicher ist), sondern er ist allein kraft seines Hierseins zugleich ein *maximal Übermächtiger*.

»Der maximal Fremde« bezeichnet eine relationale Grenzkategorie. Sie umfasst alle Arten von Wesenheiten, die von Menschen als (zumindest potenzielle) Kommunikations- und Interaktionspartner (an-)erkannt werden, wobei ihre sonstigen Qualitäten und das realisierbare Ausmaß der Kommunikation ungewiss sein können. Diese Ungewissheit kann auch ihren ontologischen Status als reale, hypothetische, transzendente oder fiktive Akteure betreffen. Der maximal Fremde ist stets das *nonhumane* Gegenüber: Götter und Geister, Engel und Dämonen, Außerirdische und Künstliche Intelligenzen usw. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie dem Menschen in Kommunikation und Interaktion als nicht nur fremde, sondern auch als *fremdartige* Akteure gegenüberreten, bei denen selbst die allgemeinsten Vorannahmen unzulässig sind, die wir – dank unterstellter ‚anthropologischer Konstanten‘ – beim Versuch des transkulturellen Verstehens unter Menschen zugrunde zu legen pflegen.⁶⁸

Der Außerirdische als maximal Übermächtiger ist über diese Beschreibung hinaus dann nicht mehr nur der unbestimmbare, »nichtentscheidbare« Dritte, von dem unbekannt ist, ob er Freund oder Feind ist, sondern er ist, so mein Verdacht, auf einer unterbewußten Ebene qualifiziert mit den Attributen Pharaos als eines göttlich legitimierten Kosmokrators.

Wie das Tabu der Psychoanalyse operiert auch das UFO-Tabu auf der Grenze von Bewußtem und Unbewußtem, und wenn ich oben vom kulturellen Gedächtnis des Abendlandes sprach, so ist wohl in Rechnung zu stellen, dass es sich zu erheblichem Teil um unser kulturelles Unbewußtes handelt. Welche Ängste hier berührt werden können, mag eine Episode aus dem Popcorn-Kino zeigen, die unter der

⁶⁵ Wendt/Duvall 2008, S. 610

⁶⁶ Dass diese normative Qualität des Problems von Wendt und Duvall nicht akzentuiert wird, ist meines Erachtens eine Konsequenz aus ihrem Gebrauch des Foucaultschen Begriffsinstrumentariums, welches dazu neigt, normative Verhältnisse in Machtverhältnisse einzuordnen und ihnen nur sehr bedingt einen eigenen kausalen Einfluß zuzugestehen.

⁶⁷ Wendt/Duvall 2008, S. 625

⁶⁸ Schetsche 2004, S. 20

Oberfläche eines gut gemachten Unterhaltungsfilms schlaglichtartig den Blick auf eine in diesem Kontext unerwartete Ernsthaftigkeit preisgibt – ich meine eine Schlüsselszene aus »Independence Day«. Im Kontakt mit einem außerirdischen Gefangenen, der von einem Kampfpiloten an der »Area 51« abgeliefert wurde, sieht sich der Präsident mit einer offenen physischen Vernichtungsdrohung an die Menschheit konfrontiert. Auf die Frage, ob ein Frieden möglich wäre, erhält er die Antwort: »Kein Frieden!«, und auf die Folgefrage, was die Menschheit tun solle, die Antwort: »Sterben!« Im Anschluß daran wird unter Zuhilfenahme eines erbeuteten außerirdischen Kampffluggeräts ein umfassender, weltweit koordinierter Luftangriff auf die außerirdischen Eindringlinge geplant. Vor Beginn dieses Angriffs hält der Präsident eine Rede:

»You will once again be fighting for our freedom - not from tyranny, oppression or persecution, but from annihilation! We're fighting for our right to live, to exist! And should we win the day, the Fourth of July will no longer be known as an American holiday, but as the day when the world declared in one voice: "We will not go quietly into the night! We will not vanish without a fight! We're going to live on! We're going to survive!" Today, we celebrate our Independence Day!«

Das gänzlich fiktive Thema einer drohenden physischen Vernichtung der Menschheit durch Außerirdische wird hier unvermittelt mit einer gänzlich realen historischen Vernichtungserfahrung assoziiert: in den Aussagen »We will not go quietly into the night! We will not vanish without a fight!« kann man m. E. klar die Übertragung einer realen historischen Lehre aus dem Holocaust in den fiktiven Kontext einer imaginierten Vernichtungsdrohung sehen. Lauert in den Tiefen der Herausforderung der anthropozentrischen Souveränität die Sorge, dass wir uns letztlich in allem philosophischen Ernst die Frage werden zumuten müssen, ob es im Weltraum ein Äquivalent zu unseren Nazis gibt?⁶⁹ Diese Überlegung mag weit hergeholt erscheinen. Nun ist aber die These, dass ein Kontakt mit Außerirdischen unsere kulturelle Identität bedrohen würde, ein durchaus geläufiger Gedanke:

»Hier und heute kann zumindest aber festgehalten werden, dass bei einem Erstkontakt zwischen menschlichen Kulturen stets diejenige gefährdet war, auf deren Territorium der Kontakt stattfand. ... Und alle Erfahrungen, die wir auf der Erde mit solchen asymmetrischen Kulturkontakten machen mussten, sprechen für die Wahrscheinlichkeit eines globalen Kulturschocks, der – völlig unabhängig von den Motiven und Zielen der Außerirdischen – zum Zusammenbruch einer Vielzahl sozialer, religiöser und politischer Institutionen auf der Erde führen könnte.«⁷⁰

Wenn man aber diese Aussage grundsätzlich plausibel findet, dann ist es in einem nächsten Schritt nicht abwegig, das Problem nicht abstrakt zu stellen, sondern ganz konkret auf in anderen Theoriekontexten wohlbekannte Merkmale der okzidentalen Zivilisation zu beziehen – auf die historisch gewachsenen Fundamente unserer kulturellen Identität und unsere spezifischen historischen Erfahrungen und Werte. Bevor ich mich weiter mit Wendt und Duvalls Argumentation auseinandersetze, möchte ich das, was ich unter einem »fundamentalen sozialen Symmetriebruch« verstehe, noch einmal an einem Beispiel aus der Science Fiction-Literatur erläutern.

3.2 Exkurs: Politische Symmetriebrüche in der Science Fiction-Literatur

Dass das Genre der Space Opera zukünftige Gesellschaften gerne in der Gestalt von Weltraum-Imperien ersinnt, ist keine Neuigkeit. Oftmals nehmen sich diese, beabsichtigt oder nicht, bestimmte Szenen aus vergangenen Epochen zum Vorbild. Isaac Asimovs Foundation-Trilogie macht Aufstieg und Fall eines Sternen-Imperiums zum expliziten und reflektierten Gegenstand der Darstellung. Die zweite »Star-Wars«-Trilogie (intern-chronologisch gesehen die erste) inszeniert einen Übergang von der Republik zum Kaiserreich, der an das Ende der Römischen Republik erinnert. Das Staatswesen in Larry Niven und Jerry Pournelles »Der Splitter im Auge Gottes« weist Reminiszenzen ans Britische Empire auf. Die Rahmenhandlung von »Dune«, des Wüstenplaneten, bedient sich recht deutlich beim Szenario des religiös motivierten arabischen Wüstensturms des 7. Jahrhunderts, in dem eine randständige Kriegergesellschaft ein als korrupt, brutal und dekadent wahrgenommenes frühbyzantinisches Kaiserreich hinwegfegt, nur um schließlich, wie im Vorbild auch, das eine Imperium durch ein weiteres zu ersetzen. Ich möchte die Idee des politischen Symmetriebruchs am Beispiel der Science-Fiction-Heftromanserie »Perry Rhodan«

⁶⁹ Dass es umgekehrt Nazis gibt, die sich gern mit Außerirdischen verbünden würden, zeigt ein Blick auf Jan-Udo Holeys (aka Jan van Helsing) Aldebaran-Phantasma und seine Rezeption in der rechtsextremen »Neuschwabenland«-Szene. Vgl. Helsing 2000 und Gehring/Zunneck 2005.

⁷⁰ Schetsche 2008, S. 243

erläutern, in der Anfang der sechziger Jahre ein solcher Bruch fiktional konstruiert wurde, ohne dass die Autoren sich explizit dazu bekannten und wohl ohne sich der Implikationen ihres Entwurfs bewusst zu sein. Ich wähle dieses Beispiel, weil das fiktive Imperium hier nicht in eine ferne Zukunft versetzt wird, deren Verbindung mit unserer Gegenwart ungenannt und unerklärt bleibt, sondern weil sie – wenngleich mit den begrenzten narrativen Mitteln der Formatliteratur – aus der Gegenwart des 20. Jahrhunderts »abgeleitet« wird.

Der Held der Serie, Major der US Space Force Perry Rhodan, unternimmt im Jahre 1971 mit drei weiteren Besatzungsmitgliedern den ersten Flug zum Mond, nur um dort aufgrund außerirdischen Störfunks bruchzulanden. Er entdeckt ein riesenhaftes, havariertes Raumschiff einer außerirdischen Spezies, den Arkoniden und stellt im Laufe der Zeit fest, dass diese Spezies an Degenerationserscheinungen leidet, die es den »Terranern« relativ leicht machen, das Erbe des arkonidischen Sternenreichs anzutreten und das »Solare Imperium« zu errichten. Rhodan kehrt, ausgestattet mit außerirdischer Technologie, als »Dritte Macht« zwischen den Supermächten zur Erde zurück und errichtet in der Wüste Gobi einen exterritorialen Stützpunkt, von dem aus er schrittweise die Einigung der Menschheit unter seiner Führung vorantreibt und parallel dazu die Angriffe feindlicher Außerirdischer auf die Erde abwehrt, sich weitere Stücke aus der arkonidischen Erbmasse aneignet sowie eine Vielzahl von Kolonien im interstellaren Raum gründen lässt. Im Verlaufe dessen entdeckt er zudem einen »Planet des Ewigen Lebens«, auf dem sein biologischer Alterungsprozess von einer transzendenten Wesenheit mittels futuristischer Unsterblichkeitstechnologien (den »Zelluschen« und »Zellaktivatoren«) gestoppt wird. Rhodan ist also potentiell unsterblich und kann seine Aufgabe, die Menschheit in den Rang einer interstellaren Hegemonialmacht zu erheben, im Zeithorizont von Jahrhunderten angehen. Wenn man diese Konstruktion aus der kritischen Distanz betrachtet, dann fällt auf, wie weit der fiktive Staat des »Solaren Imperiums« von den Werten des 20. und 21. Jahrhunderts entfernt ist. Ich möchte auf drei Punkte hinweisen:

(1) Als der Romanheld auf dem Mond Vertreter einer außerirdischen Spezies entdeckt, stößt er das Tor zu einem Universum auf, in dem interstellare Kriege an der Tagesordnung sind. Rhodan erhält ein erstes Briefing von Crest, dem Leiter der arkonidischen Expedition: »Vor einigen tausend Jahren begann der Zerfall. Das ‚Große Imperium‘ wurde zersplittert. Artfremde Intelligenzen erhoben sich gegen unsere Macht, und das Sternenreich begann zu wanken. Wir waren immer sehr milde Herrscher gewesen, ganz im Gegensatz zu anderen Intelligenzen. Nun sind wir am Ende. Das Reich zerfällt, man kämpft um die absolute Macht. Mehr als fünfzig hochentwickelte Rassen führen fürchterliche Kriege in den Tiefen der Milchstraße. Sie wissen es nicht. Ihre Sonne liegt weitab der Geschehnisse. Sie befinden sich in einem unbedeutenden Nebenarm der Galaxis.«⁷¹ Folglich muss Rhodan nicht nur die Menschheit politisch vereinen, sondern sie zugleich gegen dieses Universum der Kriege abschotten. Jeglichen mit der Eroberung des Weltraums verbundenen Friedensutopien und projektiven Erwartungen an die ethische Fortgeschrittenheit außerirdischer Spezies wird hier eine rüde Absage erteilt. Nur kluges Taktieren, Versteckspielen, Täuschungen und vor allem massive Aufrüstung werden Rhodans »Terraner« vor der Eroberung oder Auslöschung durch fremde Spezies bewahren.

(2) Rhodan geht seine Aufgabe an, indem er seinen auf dem Mond gewonnenen Zugang zu außerirdischer Technologie mit Billigung dieser Außerirdischen zunächst monopolisiert und den irdischen Supermächten verweigert. Dieses technologische Wissen findet keinen unmittelbaren Rückfluss in die bestehenden irdischen Gesellschaften (die in der Romanprojektion von 1961 auf 1971 den Gesellschaften der 50er und 60er Jahre weitgehend ähneln), sondern wird selektiv kapitalisiert, um auf usurpiertem asiatischem Territorium einen eigenen Staat zu errichten. Man kann diesen Schritt sehr schön im Sinne der Schmittschen Souveränitätslehre deuten: Rhodan erhebt sich kraft seiner neu erworbenen Machtfülle selbst zum Diktator⁷² im römischen Sinne, zu einer außerordentlichen Magistratur, die für den Zweck eingesetzt wird, einen Staatsnotstand zu beseitigen. Allein auf seine faktische Macht gestützt, wird Rhodan zum irdischen Souverän, weil er allein in der Lage ist, über den Ausnahmezustand zu entscheiden. Dieser Ausnahmezustand gebietet, sich über die bestehenden politischen Regime der Erde und ihre Legitimität hinweg zu setzen und eine eigene souveräne Macht zu proklamieren, die sich nicht mehr aus überlieferten

⁷¹ Perry Rhodan Bd. 1, S. 40

⁷² Die Heftrromanserie selbst reflektiert dies freilich nicht auf der Ebene analytischer Begriffe, bzw. unterstellt zumindest im ersten Jahrzehnt ihres Erscheinens pauschal, dass das Solare Imperium eine Demokratie sei. Die Schilderung der Gedanken und Handlungen der Protagonisten in der Serie legt jedoch eine anders lautende Deutung nahe.

irdischen Traditionen legitimiert, sondern allein aus der in die Zukunft gewandten Aufgabe, die Selbstbehauptung der Menschheit gegen außerirdische Aggressoren zu gewährleisten. Rhodan reproduziert den Einigungsdruck angesichts der außerirdischen Bedrohung, indem er eine Einigung der irdischen Regierungen gegen seinen usurpierten Staat, die »Dritte Macht«, provoziert:

- »Indem wir ihren Krieg unterbanden, zeigten wir ihnen, dass wir stärker sind als sie. In Kairo haben sie sich endgültig geeinigt. Die Großmächte der Erde haben sich zusammengeschlossen, um uns zu vernichten. Ich kann mir nichts Besseres wünschen.«
- »Nichts Besseres - wie meinst du das, mein Lieber?«
- »Keine Nation, sondern nur der Mensch als Planetenbewohner darf den Raum erobern. Der Zusammenschluß gegen uns bedeutet nichts anderes als den ersten Schritt gemeinsamen Denkens aller Völker. Die Furcht schweißt die Menschen zu einer Einheit zusammen. Mit Hilfe der Arkoniden haben wir ein großes Ziel erreicht, Bully: Wir haben die Welt geeint.«
- »Und dafür stoßen sie uns aus?«
- »Das ist der Preis!«⁷³

Der zunächst außerirdisch induzierte politische Symmetriebruch wird in einen terrestrischen Symmetriebruch konvertiert und dadurch bewältigt, jedoch um den Preis eines auf Dauer gestellten Ausnahmezustands, der die bestehenden Gesellschaftsstrukturen mit einem neuen, aus der Krise geborenen Souverän überformt.

(3) Schließlich läßt die Serie ihren wichtigsten Helden, schon um sie auf Dauer als Hauptfiguren in der fiktionalen Zukunftshistorie der Menschheit halten zu können, die Unsterblichkeit zukommen. Für die nächsten 1.400 Jahre ist der »Großadministrator« Perry Rhodan der oberste Staatenlenker des Solaren Imperiums. Mit der Einführung der virtuellen Unsterblichkeit für wenige Auserwählte wird endgültig das fundamentale Prinzip der anthropologischen Gleichheit aller Menschen durchbrochen. Zudem erfolgt diese Gewährung der Unsterblichkeit durch ein quasi-transzendentes Wesen, eine so genannte »Superintelligenz«. ⁷⁴ Das ist das Science Fiction-Äquivalent einer Legitimierung durch göttliche Mächte. Anstatt als Schützling von »Es« könnte Perry Rhodan ebenso gut als »Sohn des Amun-Re« firmieren. Der »Großadministrator« ist faktisch ein göttlich gesalbter Imperator, der, um mit den übermächtigen Außerirdischen um das Überleben und das Wohlergehen der Menschheit konkurrieren zu können, selbst ein irdisch übermächtiger Souverän werden und in die Sphäre der umgebenden übermächtigen Kräfte hinüber wechseln muss. ⁷⁵

3.3 Zur Kritik von Wendt und Duvall: ist das UFO-Tabu politisch?

Um ihre These vom UFO-Tabu zu belegen, verfolgen Wendt und Duvalls eine interessante Argumentationsstrategie: sie möchten erstens zeigen, dass die Behauptung, dass UFOs *keine* außerirdischen Fahrzeuge sind, *keinen* wissenschaftlichen Standards genügt, und hiermit zweitens plausibel machen, dass die Gründe für das Bestehen des UFO-Tabus außerwissenschaftlicher Art sein müssen. Sie unternehmen den Versuch, nachzuweisen, dass keines der

„strongest arguments for UFO skepticism ... justifies rejection of the ET hypothesis (ETH). (...) It is *not* known, scientifically, that UFOs are not ETs, and to reject the ETH is therefore to risk a Type II error in statistics, or rejecting a true explanation. Of course, this does not mean that UFOs are ETs, either (inviting a Type I error), but it shifts the burden of proof onto skeptics to show that a Type II error has not been made. The UFO taboo is then puzzling, and

⁷³ Perry Rhodan Bd. 2, S. 51

⁷⁴ »Es ist eine in sich verwobene Gesamtheit, ein psychisch lebendes, überdimensioniertes Gemeinschaftswesen aus vielen Milliarden Einzelspychen. Nehmen Sie ruhig an, ein ganzes Volk hätte seine Stofflichkeit aufgegeben, um nur noch in geistiger Form zu existieren. Es handelt sich um ein gewolltes Aufgeben der Körperlichkeit nach einem unsagbar langen Leben, das ein Organismus in seiner rein stofflichen Form wahrscheinlich doch nicht mehr länger ausgehalten hätte. Es bleibt Es! Egal ob es sich nun um Milliarden entstofflichte Gehirne handelt oder nur um ein einziges: Er ist Es.« (Perry Rhodan, Bd. 19, S. 45)

⁷⁵ Rainer Stache hat angemerkt, dass zumindest in der frühen Serie »die ganze Staatsstruktur in einer Steigbügelhalterfunktion für die kosmischen Husarenritte weniger Helden gezeigt wurde« (Stache 2002, S. 104), aber auch später nach einem beanspruchten Wandel im Selbstverständnis der Serie lösen die faktisch geschilderten Verhältnisse diesen Anspruch nicht ein. »ImGegensatz zur ambitionierten SF schafft PR keine Modellwelt, die, um Defizite aufzuzeigen, im bewußten Gegensatz zur Realwelt steht. Die Gesellschaft, die PR anbietet, ist auch keine Extrapolation der Jetztzeit, sondern ihre verkleidete Kopie.« (Stache 2002, S. 109)

open to political critique.⁷⁶

Die Autoren kritisieren zu diesem Zweck einen empirischen und vier theoretische Einwände, die gegen die ETH vorgebracht werden. Die vier theoretischen Einwände werden dahingehend kritisiert, dass sie eine noch offene wissenschaftliche Kontroverse so behandeln, als wäre sie bereits entschieden (»We are alone«), dass sie einen aktuellen Stand wissenschaftlichen Wissens unzulässigerweise in die Zukunft fortschreiben (»They can't get here«), dass sie willkürlichen anthropozentrischen Projektionen unterliegen (»They would land on the White House lawn«) und dass sie schließlich die Fähigkeit der Menschheit, ein entsprechendes Phänomen routinemäßig und zuverlässig zu identifizieren, überschätzen (»We would know«). In ihrem Gegenargument gegen den empirischen Einwand (»There is No Evidence«) berufen sich Wendt und Duvall darauf, dass es eine Vielzahl von Anomalien gebe, die eine Erklärung durch die ETH zumindest als *Möglichkeit* nahelegen:

»While there is no direct physical evidence for the ETH, however, there is considerable *indirect* physical evidence for it, in the form of UFO anomalies that lack apparent conventional explanations – and for which Ets are therefore one possibility. These anomalies take four forms: ground traces, electro-magnetic interference with aircraft and motor vehicles, photographs and videos, and radar sightings like the Belgian F-16 case. Such anomalies cannot be dismissed simply because they are only indirect evidence for ETs, since science relies heavily on such evidence«⁷⁷

Aus dieser Argumentation folgern die Autoren, dass eine Zurückweisung der ETH als mögliche Erklärungshypothese für UFO-Sichtungen nicht auf wissenschaftlicher Grundlage beruht. Wenn dies aber nicht der Fall ist, dann erfordert die Zurückweisung der ETH eine Erklärung aus primär soziologischen Gründen. Als einen solchen soziologischen Grund schlagen sie ihr Modell der ontologischen Verunsicherung des Staats als der primären Verkörperung des Prinzips der anthropozentrischen Souveränität vor, welcher es verbiete, die ETH ernsthaft in Betracht zu ziehen.

Meines Erachtens kann diese Argumentationsstrategie jedoch nicht aufgehen. Während mir die theoretischen Gegenargumente der Autoren durchaus stichhaltig erscheinen, verbirgt sich im empirischen Gegenargument ein grundsätzliches Problem: die Aussage »Such anomalies cannot be dismissed simply because they are only indirect evidence for ETs« enthält m. E. insofern eine *petitio principii*, als die spätere Schlußfolgerung auf die Existenz eines UFO-Tabus hier in die Voraussetzungen verlegt wird. Denn Wendt und Duvall machen an dieser Stelle der Argumentation nicht plausibel, dass die aufgezählten Anomalien tatsächlich *deshalb* zurückgewiesen werden, weil sie einen möglichen indirekten Beleg für die ETH darstellen. Sie ziehen nicht die *Möglichkeit* in Betracht, dass diese Anomalien *deshalb* zurückgewiesen werden, weil die für ihre Existenz vorgebrachten Argumente empirisch *nicht* triftig sind.⁷⁸ Damit möchte ich *nicht* behaupten, dass ein Bestreiten der Triftigkeit der für die Existenz dieser Anomalien vorgebrachten Argumente ihrerseits triftig ist. Möglicherweise gibt es tatsächlich gute Gründe für die Behauptung der Existenz dieser Anomalien. *Problematisch ist das Argument von Wendt und Duvall deshalb, weil es die Existenz sicheren Wissens in einem Bereich unterstellt, der als wissenschaftlicher Untersuchungsbereich gesellschaftlich überhaupt nicht institutionalisiert ist.* Die antagonistische Struktur der Kontroverse um das UFO-Phänomen beruht ja gerade darauf, dass es zwischen den unterschiedlichen Lagern kaum eine Schnittmenge gemeinsam geteilter Überzeugungen gibt, von der aus sich *einvernehmlich* argumentieren ließe. Das UFO-Phänomen ist daher nicht primär in einem politischen, sondern primär in einem genuin wissenschaftlichen Sinne *nichtentscheidbar*. Ich möchte meinen grundsätzlichen Einwand in drei Aspekte differenzieren:

(1) Indem Wendt und Duvall in eine Erörterung des empirischen UFO-Phänomens eintreten, begeben sie sich selbst auf den Boden des von ihnen analysierten Tabus. Sie wechseln von einer politiktheoretischen und sozialphilosophischen Perspektive in eine empirische Perspektive, zu deren Beurteilung eine Expertise aus einer Vielzahl vorwiegend natur- und ingenieurwissenschaftlicher Wissensbereiche erforderlich ist. Nun spricht nichts grundsätzlich dagegen, dass Politikwissenschaftler nach hinreichender Auseinandersetzung mit solchen Wissensbeständen dazu in der Lage sein sollten – aber es stellt sich die Frage, ob ihnen dies im Rahmen und Umfang eines vom Ansatz her politiktheoretischen Aufsatzes praktischerweise gelingen kann. Danny Ammon kritisiert m. E. zu Recht die einseitige, oberflächliche und cursorische Art, in der auf die relevante Fachliteratur eingegangen wird.⁷⁹

⁷⁶ Wendt/Duvall 2008, S. 614

⁷⁷ Wendt/Duvall 2008, S. 614

⁷⁸ So die Kritik von Danny Ammon in Ammon 2008, S. 2

⁷⁹ Ammon 2008

(2) Der politiktheoretische Ansatz von Wendt und Duvall wirft die Frage auf, warum die Autoren an dieser Stelle überhaupt in die empirische Erörterung wechseln. Für ihre Zwecke wäre es meines Erachtens ausreichend, das Problem in einem hypothetischen Fragemodus zu stellen: in welcher Weise würde die Anerkennung des UFO-Phänomens als legitimer wissenschaftlicher Forschungsgegenstand mit der Implikation eines potentiellen außerirdischen Ursprungs des Phänomens die anthropozentrische Souveränität der modernen Gesellschaft bedrohen? Das Bestehen eines UFO-Tabus lässt sich anstatt des Nachweises der empirischen Unwissenschaftlichkeit der Zurückweisung der ET-Hypothese m. E. mit geringerem Begründungsaufwand belegen: durch eine immanente Analyse des ideologisch-skeptischen Diskurses mit den von den Verfassern bereits entfaltenen Begriffsmitteln einer Foucaultschen Diskursanalyse.

(3) Die Kritik von Danny Ammon verweist darüber hinaus auf ein tieferliegendes Problem: „Eine fundierte Erhebung und Bewertung des Forschungsstandes hat demnach leider nicht stattgefunden, und durch diese Verletzung eines der Grundprinzipien wissenschaftlichen Vorgehens verlieren der Artikel und vor allem sein Ergebnis leider ungeheuer an Wert. (Den Reviewern von *Political Theory* war mit hoher Wahrscheinlichkeit das tatsächliche Spektrum der UFO-Literatur nicht bekannt, andernfalls wäre der Artikel vermutlich gar nicht erst zur Veröffentlichung zugelassen worden.)“⁸⁰ Hier haben wir es m. E. nun mit der paradoxen Situation zu tun, dass Wendt und Duvall dadurch, dass sie sich selbst auf den Boden des von ihnen konstatierten UFO-Tabus begeben, durch die herkömmlichen wissenschaftlichen Standards weder gefordert sind noch nach ihnen bewertet werden. Dass die Reviewer von *Political Theory* den „empirisch-ufologischen“ Teil des Aufsatzes offenbar nicht beanstandet haben, halte ich nicht für Zufall, sondern für ein Indiz der Richtigkeit von Wendt und Duvalls Grundthese. Denn weder ein politikwissenschaftliches Review Board noch die etablierten Wissenschaften überhaupt verfügen derzeit über einen *Kanon* relevanter ufologischer Literatur und Methodologie, den sie als Maßstab verwenden könnten. Ein solcher ist aber erforderlich, um die Beurteilung (und gegebenenfalls Zurückweisung) eines Aufsatzes anhand allgemein anerkannter Kriterien nachvollziehbar und einsehbar zu machen. Ein Review Board, das diesen Punkt berücksichtigen wollte, setzte folglich eine Institutionalisierung der betreffenden Forschungsrichtung voraus. Die Redaktion von *Political Review* kann meiner Ansicht nach daher gar nicht anders, als die eigentlich ufologische Literatur bei der Bewertung des Aufsatzes außer Betracht zu lassen. Aber auch Wendt und Duvall haben sich durch diesen Stand der Dinge offenbar dazu verleiten lassen, wissenschaftliche Standards in einem Fall, auf den sie selbst diese angewendet wissen wollen, zu unterbieten. Sie schaden dadurch ihrem eigentlichen Argument, das von einer Diskussion des empirischen UFO-Phänomens logisch unabhängig ist.

Aus diesen Gründen möchte ich eine alternative Argumentationsstrategie vorschlagen. Denn meines Erachtens ist es möglich, den Tabucharakter des Mainstream-UFO-Diskurses direkt am sprachlichen Material abzulesen. Indem wir den Fokus unseres analytischen Interesses von einem Begriff des »Politischen«, der zwischen einem allgemein anthropologischen Bezug und einem Bezug auf ein ausdifferenziertes gesellschaftliches Handlungssystem changiert, auf den oben dargelegten Begriff der »Öffentlichkeit« verlagern, vermeiden wir eine vorschnelle Festlegung auf einen bestimmten Diskurstypus. Weiterhin gewinnen wir die Möglichkeit, die im öffentlichen Raum stattfindenden thematisch relevanten Diskurse mit den Mitteln einer *Diskursanalyse* zu untersuchen. Gerade weil die Wissenschaftlichkeit des UFO-Diskurses grundsätzlich umstritten ist, empfiehlt es sich meines Erachtens, die Differenzierung in wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Argumente nicht zur Voraussetzung einer Analyse des Gegenstandes zu machen. Da das Feld der UFO-Forschung faktisch auf *beiden* Seiten der Kontroverse, bei den »Skeptikern« ebenso wie bei den »Gläubigen«, weithin als *Laienforschung* organisiert ist, ist die allenthalben anzutreffende vorwissenschaftliche, advokatorische und polemische Form des Argumentierens ihrerseits zum selbständigen Gegenstand zu machen. Eben hierzu empfiehlt sich das methodische Instrument einer Diskursanalyse. Der Versuch Wendt und Duvalls, die Argumentation in Beschränkung auf die Ebene eines institutionalisierten wissenschaftlichen Diskurses voranzutragen, ist meines Erachtens verfrüht. Ich möchte im Folgenden auf beide Seiten der Kontroverse eingehen, in dem ich zunächst skizzenhaft bereits vorhandene Ansätze einer Untersuchung des ideologisch-skeptischen Diskurses vorstelle und sodann, ebenso skizzenhaft, abzuschätzen versuche, inwieweit sich die in der Exopolitik-Bewegung konstituierende alternative Öffentlichkeit im Sinne einer diskursethischen Neutralität qualifiziert.

⁸⁰ Ammon 2008, S. 2

3.4 Zum Diskurs des ideologischen Skeptizismus

Gerhard Mayer hat den publizistischen Umgang mit dem Thema »UFOs« anhand der Berichterstattung in der »BILD«-Zeitung und dem »SPIEGEL« nachgezeichnet.⁸¹ Die Berichterstattung beider Medien ist dabei einerseits von einer mehr sensationalistischen (»BILD«), andererseits von einer mehr ridikülisierenden Darstellungsweise (»SPIEGEL«) gekennzeichnet. Im von Mayer untersuchten Zeitraum von ungefähr sechzig Jahren gab es auch Änderungen in der Tendenz der Berichterstattung. Während in der frühen Phase der Berichterstattung die sachliche Information zu einem neuartigen Thema im Vordergrund stand, steht später der Aspekt des Infotainments (BILD) bzw. der wissenspolitische Kampf gegen tatsächlichen oder vermeintlichen »Irrationalismus« (SPIEGEL) im Vordergrund.

»Vom SPIEGEL nämlich werden Themen aus dem Bereich der ‚Grenzgebiete‘ hauptsächlich unter dem Aspekt der Bedrohung der Gesellschaft durch anti-aufklärerische Umtriebe und der Gefahr des Rückfalls in den ‚Irrationalismus‘ wahrgenommen. Die Berichterstattung ist ganz unter dem Aspekt von Maßnahmen gegen solche Entwicklungen zu verstehen. Die Furcht vor dem Irrationalismus stellt einen durchgängigen Bestandteil der SPIEGEL-Berichterstattung über Themen aus dem Bereich der ‚Grenzgebiete‘ dar: Zu jeder Zeit scheint die Welt von einer neuen Welle der Gegenaufklärung bedroht zu sein. ... Inhalte, die auf den ersten Blick beunruhigen, indem sie das rationalistisch-naturwissenschaftliche Weltbild bedrohen, werden möglichst schnell und radikal entschärft.«⁸²

Die zu diesem Zweck eingesetzten sprachlichen Mittel sind für diese Zielsetzung zweckdienlich, ohne dabei dem Geiste einer ergebnisoffenen Auseinandersetzung zu entsprechen. Stattdessen wird Sprache rhetorisch und stilistisch als Kampfmittel verwendet, ohne den Geltungsansprüche der bekämpften Position auf der Sachebene zu begegnen:

»Die Bemühungen um Entschärfung sind von zwei Strategien getragen, einer *modellbezogenen* und einer *kontextbezogenen*. Bei der *modellbezogenen* Methode werden Fakten, die zu den jeweils gerade von den Mainstream-Wissenschaftlern anerkannten Erklärungsmodellen nicht mehr passen, uminterpretiert oder sie werden schlicht und einfach nicht mehr angeführt. (...) Die Vorverurteilung oder Disqualifizierung von am berichteten Geschehen beteiligten Personen stellt eine kontextbezogene Strategie der Entschärfung dar, die man als häufig angewandte Methode der Spiegel-Berichterstattung im Kontext der Anomalistik feststellen kann. ... Das Vorgehen ist so, dass im Umfeld einer Person (eines Wissenschaftlers oder Mediums) kritische Merkmale gesucht werden, die nichts mit den berichteten Inhalten aus dem Bereich der Grenzgebiete zu tun haben, jedoch generalisiert werden.«⁸³

In einer diskursethischen Perspektive auf die journalistische Praxis, wie sie von Carsten Brosda ausgearbeitet worden ist, verletzt eine solche Vorgehensweise die grundlegende Feststellung, »dass Journalismus auf Verständigung orientiert ist, durch reflexive Vermittlung soziale Orientierung ermöglicht und durch Inanspruchnahme kommunikativer Kompetenz Teilhabemöglichkeiten eröffnet.«⁸⁴ Statt dessen entsteht eine »Meinungspublizistik, die ... nicht die öffentliche Gesprächspflege als Aufgabe wählt, sondern stattdessen anscheinend vorwiegend bis ausschließlich erzieherisch tätig sein will und dadurch bevormundend wirkt ... (anstatt) die vielen unterschiedlichen Stimmen innerhalb der Gesellschaft öffentlich zu Gehör zu bringen.«⁸⁵ Während eine Diskursstrategie, wie sie der Spiegel verfolgt, sich advokatorisch für bestimmte inhaltliche Standpunkte unter Missachtung von diskursethischen Regeln einsetzt, vertritt Brosda ein allgemeineres Konzept der journalistischen *Anwaltschaft für die Regeln des öffentlichen Diskurses in modernen Gesellschaften*.⁸⁶ Wichtiger als der advokatorische Einsatz für eine bestimmte inhaltliche Position ist in dieser Perspektive der Einsatz für ein intellektuell redliches, verständigungsorientiertes Kommunikationsverhalten, welches sich diskursiven Ausgrenzungstechniken verweigert. Eine journalistische Diskursethik kann so auch zur Referenz für andere Diskursteilnehmer werden, die sich selbst nicht in einer entsprechenden Berufsrolle befinden, wie insbesondere die vereinsmäßig organisierten Akteure im Feld der Wissensdiskurse, in denen die Einhaltung diskursethischer Regeln mit der persönlichen Einstellung von Einzelpersonen steht oder fällt. Insbesondere bei Skeptiker-Organisationen wie der GWUP oder der CENAP fällt auf, dass die sachbezogene Kritik oftmals hinter eine scharfe Polemik zurückgestellt wird, deren analytischer Gewinn nur gering ausfällt.

Ehemalige GWUP-Mitglieder wie Rudolf Henke und Edgar Wunder haben entsprechende

⁸¹ Mayer 2004 und Mayer 2008

⁸² Mayer 2008, S. 119 f.

⁸³ Mayer 2008, S. 120 f.

⁸⁴ Brosda 2008, S. 307

⁸⁵ Brosda 2008, S. 161 f.

⁸⁶ Brosda 2008, S. 164

Einstellungen und Verhaltensweisen anschaulich beschrieben:

»Es gibt innerhalb der GWUP eine ganze Reihe von Mitgliedern, die ohne hinreichende fachliche Kenntnis der jeweiligen Materie eine Art Weltanschauungskampf gegen alles führen wollen, was sie mit dem Begriff „paranormal“ assoziieren, die dabei auch (bewusst oder unbewusst) eine selektiv-einseitige Darstellung der Fakten und Argumente sowie zuweilen auch emotional-unsachliche rhetorische Taktiken in Kauf nehmen, während sie an wissenschaftlichen Untersuchungen zu Parawissenschaften höchstens insofern interessiert sind, als deren Ergebnisse „Kanonenfutter“ für öffentliche Kampagnen liefern könnten.«⁸⁷

In unserem Kontext ist wichtig, dass solche Einstellungen insbesondere von Mitgliedern mit leitenden Aufgaben vertreten werden und regelrechte Prinzipien des informellen Konzepts der Organisation darstellen: Wunder zufolge forderte der Geschäftsführer der GWUP, Amardeo Sarma,

»dass Pro-Contra-Dialoge im Skeptiker (die von mir eingeführt worden waren und von ihm und anderen GWUP-Mitgliedern mit großem Misstrauen gesehen wurden, da sie „das skeptische Profil gefährden“ würden) von vornherein so angelegt sein müssten, dass die „skeptische Seite“ am längeren Hebel sitze, das Schlusswort habe und als Gewinner dastehe. So teilte mir Sarma in einer E-Mail mit: „Kontroverse Diskussionen sind dann und nur dann zulässig, wenn es im Interesse des skeptischen Lesers ist oder der Überzeugung von noch-nicht-skeptischen Lesern dient. In jedem Fall ist sicherzustellen, dass ... ein Fazit immer aus skeptischer Sicht gezogen werden muss. Es soll verhindert werden, auch in jedem Einzelfall, dass Zweifel über die Position des Skeptikers auftritt“. In welchem Sinne „skeptisch“ hier gemeint ist, braucht nicht weiter betont zu werden und geht auch durch den Kontext der genannten Intention „Überzeugen“ (natürlich bezüglich inhaltlicher Positionen) klar hervor.

Für Sarma ist die Zielgruppe für die Zeitschrift Skeptiker ausschließlich „die skeptisch eingestellte Person im Sinne der GWUP bzw. Personen, bei denen wir glauben, dass wir sie entsprechend überzeugen können“. Definitiv nicht zur Zielgruppe gehörten laut Sarma Personen, „bei denen eher nicht davon auszugehen ist, dass sie ins 'skeptische Lager' wechseln werden“. Solchen Personen seien „keine Zugeständnisse“ zu machen, „das heißt konkret, dass wir Aussagen von z.B. Parapsychologen nicht unwidersprochen lassen“ dürfen. Die Leser dürften nämlich nicht „über die Zielrichtung der Zeitschrift verwirrt werden“, stets und in jedem Einzelfall sei zu beachten, „dass der Leser nicht in Unklarheit darüber gelassen wird, was die Position im Sinne der GWUP ist“ usw.

Man dürfe zudem nicht dem „Mythos vom mündigen Leser“ aufsitzen, so ein anderes Vorstandsmitglied. Die Redaktion habe also stets dafür zu sorgen, dass nur die „richtigen“ Meinungen und Informationen „im Sinne der GWUP“ in der Zeitschrift erscheinen bzw. falls überhaupt abweichende Meinungen auftauchten, dann nur und in vorgegebener Weise kommentiert.«⁸⁸

Was Wunder hier beschreibt, ist ein regelrechtes Programm für die öffentlichen diskursiven Strategien der GWUP. Nicht die Orientierung am Sachgehalt von Argumenten steht hier im Vordergrund, sondern die instrumentell eingesetzte sprachpragmatische Wirkung von Verlautbarungen.

Auch Rudolf Henke beschreibt die Orientierung an vorgefassten Ansichten, die, ganz entgegen dem satzungsgemäßen Anspruch der GWUP, keinerlei rationaler Prüfung unterzogen werden:

»Immer wieder neu mußte ich erleben, ausgerechnet von GWUP-Mitgliedern gefragt zu werden, warum ich mir die Mühe machte, UFO-Meldungen nachzugehen, obwohl doch feststände, "dass das alles eh nur Quatsch und meine Mühe daher nur Zeitverschwendung" sei. Im Laufe der Zeit stellte ich fest, dass diese Haltung innerhalb der GWUP wesentlich verbreiteter war, als ich anfänglich angenommen hatte. Zahlreiche Bitten an Kollegen, mich bei Falluntersuchungen zu unterstützen, blieben entweder unbeantwortet oder es wurde gar mit Spott und Häme darauf reagiert. Ein Psychologe aus der Gesellschaft erklärte, dass man da ja genau so gut den Bericht jedes Irren in einer psychiatrischen Anstalt ernstnehmen könne. Obwohl dieser Psychologe nie mit einer einzigen Person gesprochen hatte, die glaubte, von einem "UFO" entführt worden zu sein, war er sich doch absolut sicher, dass es sich bei allen Berichterstattem nur um "Borderliner" handeln könne.«⁸⁹

Eine ähnliche Kritik wird von einem weiteren ehemaligen Schriftleiter des »Skeptiker«, Stephan Matthiesen, geäußert:

»In meinem über zehnjährigen Engagement an dieser zentralen Stelle der Skeptikerbewegung musste ich leider oft genug erfahren, dass ein ähnliches Bemühen um respektvolles Verständnis bei manchen anderen Aktiven kaum vorhanden ist. Zwar ist ein fairer und sachlicher Umgang ein Leitziel der Skeptikerbewegung, doch Rhetorik und Wirklichkeit liegen selbst bei einflussreichen „Skeptikern“ weit auseinander. Menschen mit anderen Blickwinkeln

⁸⁷ Wunder 2000

⁸⁸ Wunder 2000

⁸⁹ Henke o. J.

werden nicht als Gesprächspartner, sondern als „Gegner“ gesehen, die man auch persönlich angreifen und lächerlich machen kann — emotionale Schlagworte ersetzen fundierte Argumente und der konstruktive Austausch wird verhindert. So begeistert man zwar die eigene Klientel, erreicht aber keinesfalls diejenigen, die man eigentlich erreichen möchte, und erzeugt ein Grabendenken, das schon wegen seiner inhärenten Aggressivität problematisch ist.«⁹⁰

Der bewußte Gebrauch von Kampfsemantiken anstelle argumentativer Auseinandersetzungen wird dabei seitens der GWUP grundsätzlich eingeräumt:

»Die GWUP dagegen bezieht Stellung! Und zwar unmissverständlich und mitunter auch mit sehr deutlichen Worten. Es steht Herrn Matthiesen und anderen frei, das als "inhärent aggressiv" und "problematisch" zu sehen - ebenso wie es der GWUP freisteht, zum Beispiel selbst emannte Nostradamus-Deuter öffentlich zu kritisieren, die - als reales Beispiel - einen Atomangriff auf die Stadt Stuttgart mit "Millionen Toten" phantasieren. Und damit gezielt Menschen ängstigen und verunsichern. Klar: Von der GfA haben auch die Esoterik-Scharlatane und Beutelschneider nichts zu befürchten. Aber von der GWUP. Und das ist auch genau eines der Ziele und eine der Aufgaben der GWUP.«⁹¹

Ähnliche Einstellungen und Verhaltensmuster finden sich bei der CENAP, die heute nicht mehr durch die CENAP-Reports, sondern hauptsächlich durch Roland Gehardts Blog⁹² und die von Werner Walter verfaßten online erscheinenden »CENAP-News« öffentlich repräsentiert wird. Ich möchte zwei Beispiele nennen: die Darstellung der Pressekonferenz der amerikanischen »Disclosure«-Bewegung vom 12. November 2007, und die Charakterisierung der deutschen Exopolitik-Bewegung.

Die Ankündigung einer Pressekonferenz der Disclosure-Bewegung für den 12. 11. 2007 wurde von CENAP im Vorfeld aufmerksam registriert und mit Hintergrundartikeln unterfüttert. Die Hintergrundinformation von Werner Walter konzentriert sich dabei vor allem auf die Person des Organisators, Steven M. Greer, und dessen persönliche Glaubenswelt als eines überzeugten UFO-Kontaktlers. Walter weist auch auf die von Greer organisierte Pressekonferenz aus dem Jahre 2001 hin, aber beschränkt sich auf die Konstatierung eines geringen Medienechos und nutzt die Angriffsflächen auf die Person des Organisators aus, die Greer als »Kontaktler« zweifellos bietet. Auf den Komplex der von der Person Greers durchaus unabhängigen Aussagen der Pressekonferenz von 2001 geht er dagegen nicht ein.⁹³ Roland Gehardt bedient sich ebenfalls eines sprachlichen Repertoires, das den Gegenstand ins Lächerliche zieht:

»(N)un gibt es am 12. November wieder eine Pressekonferenz die als Podiumsdiskussion getamt ist inder wieder mal „hochrangigen ehemalige Regierungs- und Militäranghörige“ ihre schon längst durchgenudelten und schon zigmal veröffentlichte Geschichten zum besten geben werden um die Regierungen dieser Erde endlich davon zu überzeugen, dass doch nun bitteschön endlich mal was in Sachen UFOs unternommen werden sollte. Würde zwar schon und auch die Riege der Edelzeugen die aufgefahren wird kann nicht überzeugen, da so gut wie alle „ehemalige“ sind. Fast keiner steht mehr aktiv im Dienst oder hat sonst wie Einblick in die jüngere Materie. Wie beim damaligen Cometa- Bericht trifft sich eine Riege Rentner um über UFOs zu plaudern und verkauft dies als Sensation.«⁹⁴

Da die von Greer aufgebotenen Zeugen aufgrund ihres beruflichen Status nicht umstandslos als »Spinner« abqualifiziert werden können, wird ersatzweise eben dieser Status selbst mit der Vokabel »Edelzeuge« ins Lächerliche gezogen. Schließlich wird der sachlich irrelevante Einwand erhoben, dass die betreffenden Zeugen nicht mehr im aktiven Dienst stehen – ohne in irgend einer nachvollziehbaren Weise plausibel zu machen, warum dies die Qualität ihrer Aussagen über Erfahrungen, die sie ja gerade in der Zeit ihres aktiven Dienstes gemacht haben, beeinträchtigen soll. In abfälliger Weise wird dieser Einwand noch mit der Formulierung unterstrichen, dass sich auf der Pressekonferenz nur eine »Riege Rentner« zum Plaudern treffe. Eine sachliche Kritik der Aussagen der Konferenz von 2001 wird mit der Formulierung von den »schon längst durchgenudelten und schon zigmal veröffentlichte(n) Geschichten« umgangen, wobei die Vokabel »durchgenudelt« die striktere Vokabel »widerlegt« vermeidet, aber dasselbe Urteil zu suggerieren versucht. Während zwei Absätze weiter unten die Hintergrundartikel von Werner Walter zu

⁹⁰ Matthiesen o. J.

⁹¹ GWUP o. J.

⁹² <http://ufo-meldestelle.blog.de/>

⁹³ <http://cenap.alien.de/cenapnews/zeigen.php?satzid=8620&page=1>
<http://cenap.alien.de/cenapnews/zeigen.php?satzid=8622&page=1>

⁹⁴ http://ufo-meldestelle.blog.de/2007/11/07/da_knallen_die_sektkorken~3261809

Steven Greer verlinkt werden, finden wir keinen Beleg dafür, dass CENAP oder eine andere Organisation oder Einzelperson eine wie auch immer geartete Widerlegung dieser Aussagen tatsächlich geleistet hat. Der Hinweis auf das geringe Medienecho der ersten Pressekonferenz läßt eher vermuten, dass dem Thema in der Öffentlichkeit eher mit Übersehen anstatt mit Widerlegen begegnet worden ist. Obwohl der Blogbeitrag die Pressekonferenz von 2007 auf die von 2001 bezieht, also bereits vor Bekanntwerden der Aussagen von 2007 über eine inhaltliche Referenz verfügt, ist er hinsichtlich des Sachthemas durch Vermeidungsverhalten gekennzeichnet. Ein späterer Blog-Eintrag nach der Pressekonferenz reklamiert zwar erneut, dass »die vorgestellten Fälle ... seit langem bekannt und zum größten [Teil I.J.] auch er- und geklärt« seien, vermeidet aber wiederum die Nennung von Belegstellen für diese Behauptung. Stattdessen bleibt es bei der pauschalen Versicherung: »Aber informierte UFO-Forscher die sich Jahrzehntlang mit der Materie beschäftigen und die Hintergründe der Sichtungen kennen werden nur darüber lächeln können.«⁹⁵ Weitere Einträge konzentrieren sich dann auf den Hinweis, dass das von der Disclosure- und Exopolitik-Bewegung erhoffte Medienecho ausgeblieben sei. Dieser Hinweis ist angesichts entsprechender Erwartungshaltungen zwar nachvollziehbar, aber vermeidet weiterhin eine konkrete Auseinandersetzung mit den Aussagen selbst. Dies kann dem Autor freilich darum leicht fallen, weil die Disclosure-Bewegung selbst auf die Karte des Medienechos gesetzt hat und somit dieselbe Wahl der Duellwaffen getroffen hat wie der CENAP-Blog.⁹⁶

Das zweite Beispiel, das ich anführen möchte, betrifft die Auseinandersetzung des CENAP-Blogs mit dem deutschen Ableger der Exopolitik-Bewegung selbst. Das CENAP-Blog und das Blog der deutschen Exopolitik-Bewegung wurden ungefähr zeitgleich im Sommer 2007 begonnen. CENAP nimmt im September 2007 erstmals Notiz von der Exopolitik-Bewegung, die durch ihren Gründer Robert Fleischer personifiziert wird, und stuft sie sogleich als »Sekte« mit primär finanziellen Interessen ein:

»Wir sehen hier nämlich die Geburt einer neuartigen UFO-Sekte die nicht auf religiöse Aspekte wert legt, sondern den reinen Glauben der UFOlogen anspricht. Alles was dessen Herz begehrt wird hier bedient. Zwar hat man nicht neues oder handfestes. Aber dies ist eben das Merkmal des Glaubens. (...) Schon auf der Startseite wird um Spenden geworben um die Arbeit tun zu können die international nötig ist um das Ziel zu erreichen, dass die UFO-Technologie freigegeben wird. Die Seite ist gut gemacht und sieht recht seriös aus. Was dahinter steckt kann der neugierige Interessent nicht wissen und man kann mit gutem Recht sagen, dass hier eine Art Rattenfängerei stattfinden soll.«⁹⁷

Der Charakterisierung als »Sekte« wird dabei offenbar aus dem Umstand hergeleitet, dass der Betreiber der Exopolitik-Seite⁹⁸ über starke persönliche Überzeugungen zum UFO-Thema zu verfügen scheint, die er nicht im Sinne einer ergebnisoffenen empirischen Problemstellung zur Disposition stellt, sondern unmittelbar zur Grundlage eines auf Öffentlichkeitsarbeit bezogenen Aktionsprogramms macht.⁹⁹ Die Einschätzung des Projekts als »Rattenfängerei« unterstellt dabei von vornherein, dass damit eine Betrugsabsicht verbunden sei und zieht eine subjektiv aufrichtige Überzeugung von den zugrunde liegenden Annahmen nicht in Betracht. Grundlage dieser Beurteilung scheint die Kombination einer professionellen Gestaltung der Webpräsenz mit der Absicht der Einwerbung von Spenden zu sein. Nun ist *fund raising*, das Einwerben von Spenden, ein geläufiges Mittel der Alimentierung von Organisationen oder Bewegungen, die den Anspruch erheben, in privater Initiative ein gesellschaftliches Kollektivgut bereit zu stellen. Im Falle von Organisationen wie Amnesty International, Medico International, Ärzte ohne Grenzen und anderen Vereinen begegnet man Spendenaufrufen direkt auf der Startseite der jeweiligen Webpräsenz, ohne dies im Allgemeinen anstößig zu finden. Dass solche politische und

⁹⁵ http://ufo-meldestelle.blog.de/2007/11/13/wie_wird_das_ergebnis_ausehen~3291841

⁹⁶ Für eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Diskursverhalten der Gegenseite siehe das entsprechende Kapitel.

⁹⁷ http://ufo-meldestelle.blog.de/2007/09/21/lieber_gott_schmeis_hirn_vom_himmel~3019842

⁹⁸ <http://www.exopolitik.org>

⁹⁹ Der einleitende Absatz der Selbstdarstellung der Exopolitik-Bewegung lautet wie folgt: »Die Deutsche Initiative für Exopolitik besteht seit dem 1. Juni 2007. Wir sind ein Netzwerk von Menschen, welche sich zum Ziel gesetzt haben, die Verschleierung der außerirdischen Präsenz auf der Erde nicht länger hin zu nehmen. Die überwältigenden Beweise für außerirdische Besucher machen die in den Massenmedien geführte hypothetische Debatte über deren Existenz überflüssig. Die Tatsache, dass wir nicht allein im Universum sind, ist für alle Bereiche des menschlichen Lebens von größter Bedeutung. Es ist höchste Zeit, dass die Menschheit diese Tatsache anerkennt und ihren Platz im Universum einnimmt, den sie mit vielen anderen Rassen teilt.«

(http://www.exopolitik.org/index.php?option=com_content&task=view&id=37&Itemid=49)

medizinische Hilfsorganisationen eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz genießen, sollte dabei nicht darüber hinweg täuschen, dass der Grund für diese Akzeptanz grundsätzlich in einem persönlichen Vertrauenskredit beruht, den Einzelne diesen Organisationen einräumen. Ein solcher Vertrauenskredit ist eine persönliche Gewissensangelegenheit, die sich nicht aus objektiven Wertmaßstäben, sondern aus subjektiven Überzeugungen speist. Der Maßstab zur Bewertung von Spendenaufrufen ist üblicherweise nicht an den Verwendungszweck der Spende gebunden (von diesem ist man überzeugt oder eben nicht), sondern an den Nachweis oder die Glaubwürdigkeit der sachgemäßen Verwendung der eingeworbenen Gelder. Dass der Autor des CENAP-Blogs nicht geneigt ist, der Exopolitik-Bewegung einen solchen Vertrauenskredit einzuräumen, ist sein gutes persönliches Recht, aber noch kein Kriterium für eine objektive Bewertung der Absichten oder der subjektiven Aufrichtigkeit der Protagonisten dieser Bewegung.

Der Sektenvorwurf wird im Verlauf der Berichterstattung in unregelmäßigen Abständen wiederholt, ohne dass die Autoren sich dabei um eine analytische Klärung des verwendeten Begriffs bemühen¹⁰⁰. Der Vorwurf wird entweder direkt erhoben, indem etwa von der »sektenähnlich strukturierte(n) Exopolitik Bewegung«¹⁰¹ die Rede ist, oder er wird durch Wendungen wie »Priester des Fantastischen«¹⁰² oder die Bezeichnung des Gründers Robert Fleischer als »Guru«¹⁰³ assoziativ hergestellt. Werner Walter wiederum bezeichnet die Bewegung »quasi als „Scientology der UFOlogie“«¹⁰⁴, ohne auch nur anzudeuten, worauf er diese Gleichsetzung stützen möchte. Durchgängig ist auch der Gebrauch von Bezeichnungen wie »die Exos«, »die Exo-Truppe«, die »wirre() Truppe um Guru Robert Fleischer« und schließlich die Bezeichnung »Exology«, die eine Assoziation mit Scientology nahelegt, ohne sie tatsächlich auszusprechen. Im Grunde werden nur die Merkmale des Selbstverständnisses der Exopolitik-Bewegung (Überzeugung vom außerirdischen Charakter des UFO-Phänomens, politische Ausrichtung, Spendenwerbung, Bemühen um Medienpräsenz) mit negativ wertendem Vorzeichen wiederholt. Praktisch alle Äußerungen des CENAP-Blogs und der CENAP-News zur Exopolitik-Bewegung sind in diesem Sinne wertend, ohne einen analytischen Ertrag abzuwerfen. Trotz dieses Mangels an analytischem Vermögen, das in umgekehrtem Verhältnis zur Schärfe der Polemik steht, versteht man sich als »Aufklärer« und die eigene Tätigkeit als eine Art Widerstand gegen »Spinnerei« und »Verdummung«. Wenn jedoch massive Vorwürfe wie die indirekte oder direkte Gleichsetzung der Exopolitik-Bewegung mit Organisationen wie Scientology ohne nähere Begründung erfolgen, dann bewegt man sich an der Grenze zur politischen Denunziation und führt das Ethos des Skeptizismus ad absurdum. Edgar Wunder hat beschrieben, dass sein »geistiger Abschied von der GWUP« in dem Moment begann, als er realisierte, dass neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu Themen der Anomalistik bei der GWUP nicht als erstes, sondern als letztes rezipiert werden würden.¹⁰⁵ In ähnlicher Weise erscheint CENAP als eine Gruppierung, bei der man gerade wegen des Vorherrschens aggressiver Polemik eine nicht nur lautstarke, sondern auch tragfähige Kritik der UFO-Szene und von Phänomenen wie der Exopolitik-Bewegung als letztes finden wird.

¹⁰⁰ Das kontrafaktische Festhalten an Überzeugungen ist in historischer Perspektive regelmäßig auch ein Motor der kulturellen Innovation und kann daher nicht per se als pathologisch bewertet werden. Jemanden allein aufgrund des Vorliegens von psychischen Grenzerfahrungen als »kranke« oder sozial gefährliche Person einzustufen, vollzieht den analytischen Kategorienfehler des psychologischen Reduktionismus. Denn solche Erfahrungen müssen zusätzlich im Kontext ihrer kulturellen Interpretation, ihrer ethischen Qualität und der Art ihrer Handlungsfolgenrelevanz bewertet werden. Dementsprechend ist auch das, was die Alltagssprache als »Sekte« zu bezeichnen pflegt, ein spezifisches Merkmalsbündel, das eben nicht nur durch ein weitgehend gegen rationale Kritik immunisiertes Weltbild und eine religiös motivierte Gefolgschaft gekennzeichnet ist, sondern zudem durch ein manichäisches Weltbild, in dem die Grenze zwischen in-group und out-group mit der Grenze zwischen Gut und Böse identisch ist, durch eine soziale und regelmäßig auch räumliche Abtrennung von der gesellschaftlichen Umwelt, verbunden mit einem Rückzug auf die Binnenorganisation der sozialen Gruppe sowie innerhalb dieser Binnenorganisation durch Merkmale einer »totalen Institution«, d. h. eine oft weit gehende Kontrolle von Details der Lebensführung. Beispiele für »Sekten« in diesem Sinne sind Jones' »Volkstempel«, »Heaven's Gate«, tendenziell die Gemeinde um Billy Meier. Scientology wiederum ist ein Sonderfall, da hier die Merkmale einer totalen Institution gleichzeitig mit einer weitgehenden Integration von Scientologen zumindest ins berufliche Alltagsleben gegeben sind, und schließlich durch die schiere Größe der konzernartig verfassten Organisation.

¹⁰¹ <http://ufo-meldestelle.blog.de/2008/09/13/leipziger-einerlei-4721416>

¹⁰² <http://ufo-meldestelle.blog.de/2008/04/11/herz-was-willst-du-mehr-4029371>

¹⁰³ <http://ufo-meldestelle.blog.de/2008/12/16/ueberleben-notwendig-5230235>

¹⁰⁴ <http://cenap.alien.de/cenapnews/zeigen.php?satzid=8817&page=1>

¹⁰⁵ Wunder 1999, S. 24 f.

In solchen Einstellungen und sprachlichen Verhaltensweisen offenbart sich ein Selbstverständnis von Gruppierungen wie GWUP und CENAP nicht als Gesprächspartner, sondern als *Bürgerkriegspartei* - gleichsam eine Partei der »Deisidaimonomen«¹⁰⁶. Nun ist diese Einstellung noch nicht per se problematisch, denn dass für den Wertekodex der Aufklärung gefährliche gesellschaftliche Akteure existieren (wie etwa Scientology oder die esoterischen Rechtsradikalen der Neuschwabenland-Ideologie), zu denen man sich im Sinne einer geistigen Wehrhaftigkeit verhalten muß, ist unbestritten. Das skeptische Ethos, das auf dem Ziel beruht, aus einer fachlichen Expertise heraus Laien vor Betrug und Manipulation zu schützen, hat hier eine grundsätzliche Berechtigung und verdient grundsätzlich Anerkennung. Innerhalb der Szene war beispielsweise Werner Walter der erste und über längere Zeit der einzige, der sich mit der rechtsextremen Legende von den »reichsdeutschen Flugscheiben« befasst hat. Problematisch wird diese Einstellung allerdings dort, wo sie aufgrund eines mangelhaften analytischen Vermögens die Grenzen solcher Phänomene beliebig weit zieht und den Anspruch auf eine entsprechende Expertise nicht einlösen kann. Dann wird diese Selbststilisierung zu einer im intellektuellen Widerstand befindlichen Bürgerwehr dadurch potentiell gefährlich, dass die entsprechenden Feindbestimmungen bei GWUP und CENAP *entgegen dem öffentlich proklamierten Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und Rationalität* tatsächlich bar jeglicher methodischen Kontrolle, naiv-advokatorisch und dilettantisch erfolgen. Zum »Feind der Aufklärung« wird man dann einfach dadurch, dass man von SPIEGEL, GWUP oder CENAP dafür gehalten wird.

Im Lichte der obigen Beispiele fällt es nicht allzu schwer, ein der Sphäre der Öffentlichkeit zugeordnetes ufologisches Tabu in den Begriffen einer Foucaultschen Kritik der diskursiven Macht nachzuzeichnen: der Diskurs eines nicht methodologischen, sondern ideologischen Skeptizismus unterwirft in vergleichbarer Weise Wahrnehmungen und Deutungen, die auf eine subjektiv geglaubte Transzendenz zielen, einem gesellschaftlichen Normalitätsgebot: wer beispielsweise in einem UFO, in einer nicht identifizierten atmosphärischen Erscheinung, ein außerirdisches Fahrzeug sieht, stellt sich unabhängig von der tatsächlichen Qualität seiner Urteilsbildung außerhalb einer solchen Normalität, macht sich zum „Spinner“. Er qualifiziert sich nicht einmal für den grundlegenden Respekt, der einem Anhänger traditioneller Religiosität immerhin noch entgegengebracht wird.¹⁰⁷ Der UFO-Gläubige wird in dieser Perspektive keinem religionswissenschaftlichen, sondern einem vulgärpsychiatrischen Diskurs subsumiert, er gilt eben nicht als ein Gläubiger, sondern als ein moderner »Anormaler«, als ein Klient des Spitals und Insasse eines massenmedialen Panoptikums, das sein exzentrisches Inventar in regelmäßigen Abständen der Öffentlichkeit vorführt. Auch diese Art von Normierung beruft sich auf die Wissenschaft: das wissenschaftliche Wissen von den Objekten, welche den atmosphärischen Raum typischerweise zu bevölkern pflegen, wird in eine Ausschließungsregel konvertiert, die vorschreibt, welche Objekte diesen Raum *keinesfalls* bevölkern dürfen. Potentielle Ausnahmen von dieser Normalität werden nicht als mögliche empirische Anomalie gesehen und gewürdigt, sondern als abzuwehrende kognitive Grenzüberschreitung. Die von Foucault beschriebene Operation der Normalisierung spielt hier ihr Vermögen der Disziplinierung aus: sie verformt das wissenschaftliche Verständnis von Normalität als dem empirisch durchschnittlich Erwartbaren zu einer ethischen Norm, die ein Bekenntnis zu einem dogmatischen Kanon des Möglichen fordert und dessen vermeintliche oder tatsächliche Verweigerung mal als moralische, mal als Geistesschwäche begreift. Diese Verschiebung von der formalen methodischen Erkenntnisregel zu einem moralisch bewehrten inhaltlichen Katalog des ernsthaft Thematisierbaren funktioniert zwar recht leidlich als Hilfssheriff gegen methodisch und empirisch schwache Anomaliebehauptungen, welcher die Delinquenten mediengerecht dem zivilen Tod durch Lächerlichkeit überantwortet, kann aber methodisch und empirisch starke Anomaliebehauptungen nicht als solche identifizieren, weil das normative Regelverständnis nur ein unvollständiges Surrogat des kognitiven Methodenverständnisses darstellt und das analytische Auflösungsvermögen des letzteren nicht erreicht.

¹⁰⁶ Ich bilde hier ein Kunstwort aus agr. »deisidaimonia«: »Religion«, aber auch: »Aberglaube« und agr. »machia«: »Kampf«. »Deisidaimonomen« sind also »Bekämpfer des Aberglaubens«.

¹⁰⁷ Michael Blume weist allerdings zu Recht darauf hin, dass UFO-Gläubige an der Herstellung dieser Situation oft mit beteiligt sind, indem sie empirisch nicht oder nur schwach begründete Überzeugungen als valide wissenschaftliche Resultate präsentieren und auf diese Weise sowohl ihre eigenen Niederlagen in der Öffentlichkeit vorprogrammieren als auch den Schutzraum religiöser Privatmeinungen auf eigene Gefahr verlassen. „Gerade ‚weil‘ ihre Attraktivität in der Verbindung religiöser und wissenschaftlicher Elemente besteht, riskieren UFO-Mythologien ständige, wissenschaftliche Widerlegungen. Wer aber daran glauben ‚will‘ oder bereits viel persönliches Engagement investiert hat, wird diese Widerlegungen zu vermeiden versuchen – und unweigerlich in Verschwörungstheorien landen.“ (Blume 2008, S. 13) Gleichwohl erweist sich eine ideologisch-skeptische Kritik zu einer analytischen Differenzierung, wie wir sie bei Blume vorfinden, regelmäßig als unfähig.

Die Normalisierung perhorresziert die Anomalie, weil sie darin einen Anschlag auf das Ethos der Vernunft inbegriffen wähnt, welches die Regelmäßigkeit als Index des Wahren privilegiert. Und so, wie die staatliche Macht über den Status bürgerlicher Handlungsweisen das Vorliegen des politischen Ausnahmezustand entscheidet, so entscheidet die wissenschaftliche Macht über den Status der Diskurse das Vorliegen des kognitiven Ausnahmezustandes. Auch Wendt und Duvall zufolge steht die potentielle Bedrohung der wissenschaftlichen Weltansicht im Zentrum des UFO-Tabus:

„Exceptions presuppose an exterior. Because modern rule is grounded in a scientific worldview that does not recognize the existence of supernatural phenomena, this exterior is normally understood today in purely spatio-temporal terms. Threats can then take two forms, physical threats to life and ontological threats to identity or social being. (...) On one level the UFO is a traditional spatio-temporal threat, because one of the possibilities that we must countenance if we accept that the UFO is *truly* unidentified is that its occupants are ETs – and that threatens both the physical and ontological security of modern rule.“¹⁰⁸

Das, worauf Wendt und Duvalls These zutrifft, ist daher meiner Meinung nach der Diskurs des ideologischen Skeptizismus. Ihr Befund, dass »UFO skepticism ultimately rests on an *a priori* theoretical conviction that ET visitation is impossible«, erscheint im Lichte der obigen Argumentation höchst plausibel. Dieser Diskurs ist jedoch nicht innerhalb des politischen Systems angesiedelt, sondern in einer Teilöffentlichkeit, der gleichermaßen Wissenschaftler, Journalisten und Laienforscher angehören, und er tritt mit dem Anspruch auf, in seinen Urteilen den Regeln wissenschaftlicher Erkenntnis zu folgen bzw. ein von solchen Regeln verkörpertes wissenschaftliches und rationalistisches Ethos zu verkörpern. Was immer wir an diesem Diskurs des Skeptizismus kritisieren können – er ist nicht Teil des politischen Systems. Wendt und Duvall können das politische System nicht thematisieren, ohne die allgemeineren Begriffe der Souveränität und Gouvernementalität hinzuzuziehen. Wir haben anhand der Erörterung dieser beiden Foucaultschen Begriffe bereits gesehen, dass die damit bezeichneten gesellschaftlichen Phänomene konstitutiv auf die Kooperation mit dem Wissenschaftssystem angewiesen sind. Der entscheidende Punkt ist meines Erachtens, dass die Begriffe des Souveräns und des politischen Systems in Bezug auf die moderne Gesellschaft nicht deckungsgleich sind. Gerade weil die moderne Gesellschaft den Menschen zum Maß aller Dinge macht, läßt sich die Entstehung des modernen Staates nicht ohne ein Verständnis für die Entstehung des modernen, autonomen Subjekts begreifen. Dem Anspruch der Moderne nach ist der wahre Souverän die Gesellschaft der vernunftgeleiteten Subjekte, und der Staat ist nur ein Agent dieses Souveräns. Entscheidend für das Entstehen der modernen anthropozentrischen Souveränität sind daher die von Foucault untersuchten, teilsystemübergreifenden „Wissen-Macht-Komplexe“, nicht ein einzelnes Teilsystem. Zudem erscheint fragwürdig, warum ein Erklärungsmodell, das von Wendt und Duvall ausdrücklich strukturtheoretisch angelegt ist, in erster Linie auf dasjenige politische Teilsystem passen soll, welches wesentlich als repräsentatives *Handlungssystem* konstituiert ist.

Auch in empirischer Hinsicht erscheint die These der Autoren frawürdig: ich habe oben zumindest angedeutet, dass die Diagnose des Aufsatzes insbesondere auf den ideologisch-skeptischen Diskurs zutrifft, der als eine Wissenschaftler, Laienforscher und Journalisten umfassende Teilöffentlichkeit organisiert ist. Darüber hinaus sind politische Entscheidungen mittlerweile in hohem Maße auf wissenschaftliche Beratungsleistungen angewiesen und durch diese präjudiziert. Es erscheint mir fraglich, ob sich politische Entscheidungsträger einer aus dem wissenschaftlichen Mainstream heraus vorgetragenen nachdrücklichen Forderung nach neuerlichen Untersuchungen des UFO-Phänomens wirklich widersetzen könnten. Und schließlich: im Hinblick auf die Möglichkeiten, das konstatierte UFO-Tabu zu durchbrechen, verweisen auch Wendt und Duvall ausdrücklich auf das Wissenschaftssystem: „(W)hat is needed is paradoxically a systematic science, in which observations are actively sought in order to analyze patterns from which an intelligent presence might be inferred.“¹⁰⁹

Gerade weil Foucault den Begriff der Macht aus dem engeren Verständnis der politischen Souveränität herauslöst und ihn über eine Theorie der diskursiven Macht auf die Entstehung der Humanwissenschaften bezieht, welche die gouvernementale Macht in der modernen Gesellschaft erst konstituieren, sind wir anstatt auf das politische wieder auf das Wissenschaftssystem verwiesen. Wendt und Duvall gelingt es nicht, den Begriffen der Souveränität und Gouvernementalität eine Schärfe zu verleihen, durch die sie sich unzweideutig auf das politische System beziehen ließen. Dies überrascht nicht, weil Foucaults Begriffe nicht für diese Aufgabe ausgelegt sind. Das bedeutet nicht, dass Wendt und Duvalls Analyse des UFO-Tabus falsch ist, es bedeutet aber, dass es sich nicht im engeren Sinne um ein

¹⁰⁸ Wendt / Duvall 2008, S. 620

¹⁰⁹ Wendt/Duvall 2008, S. 628

politisches Phänomen handelt. Die Analyse der bedrohten Souveränität ist triftig, aber der bedrohte Souverän ist nicht das politische System, sondern die über die Wissenschaften formulierte kulturelle Selbstbeschreibung der Gesellschaft.

Die begriffliche Festlegung auf das politische System ist auch darum problematisch, weil die Rezeption des Aufsatzes in der „ufologischen“ Öffentlichkeit nur geringe Chancen hat, die Verwicklungen und Komplexionen einer Foucaultschen Analyse politischer Macht nachzuvollziehen. Sowohl Michael Salla im englischen Sprachraum¹¹⁰ als auch die ihn zitierende deutsche Exopolitik-Bewegung¹¹¹ sowie Luc Bürgins „mysteries“-Magazin greifen die plakative These auf: „Die UFO-Ignoranz ist eher ein Problem der Politik als der Wissenschaft.“¹¹² Damit ist eine systematische Fehlinterpretation der in meinen Augen grundsätzlich guten und zutreffenden, aber missverständlich etikettierten Analyse von Wendt und Duvall vorprogrammiert. Es besteht m. E. auch die Gefahr, dass eine oberflächliche Lektüre des Textes nicht einmal die Distanzierung der Autoren von den für die Agenda der Exopolitik-Bewegung zentralen Vorwürfen staatlicher Vertuschung registrieren wird. Denn Wendt und Duvall weisen ausdrücklich darauf hin, dass sie ihr Modell als Strukturtheorie, nicht als Agententheorie verstehen: „Importantly, our argument here is structural rather than agentic. We are not saying the authorities are hiding The Truth about UFOs, much less that it is ET. We are saying they cannot ask the question.“¹¹³ Diese Aussage wird in einer Fußnote um den expliziten Hinweis ergänzt, dass das Modell mit Vertuschungsvorwürfen unvereinbar ist: „Here there is a direct contrast with conspiracy theories, which assume that a decision has been made. If so, then this part of our argument is wrong, although one might then fairly ask why the decision was kept secret.“¹¹⁴ Die Autoren distanzieren darüber hinaus auch von der Vorstellung, dass das UFO-Tabu selbst auf eine ausdrückliche Willensentscheidung politischer Akteure zurückzuführen sei. Statt dessen handelt es sich ihnen zufolge um einen anonymen Prozess. Die Aufrechterhaltung des Tabu benötigt das Wirken von „countless undirected practices that in the modern world make the UFO “known” as not-ET.“¹¹⁵ Dennoch leistet der von Foucault entlehnte unscharfe Begriff des Politischen solchen Fehldeutungen Vorschub.

3.5 Die Exopolitik-Bewegung als Gegenöffentlichkeit?

Auch unter dem Schwerpunktthema eines UFO-Tabus, dessen Kern ich im Diskurs des ideologischen Skeptizismus verortet habe, wäre es allzu einseitig, die Verantwortung für aktuelle Diskussionsblockaden in der UFO-Forschung allein diesem Skeptizismus zuzuweisen. Aus diesem Grund möchte ich im Folgenden ausführlich auch auf den derzeit wohl schärfsten Antagonisten des ufologischen Skeptizismus eingehen: die aus dem amerikanischen Disclosure Project entstandene Exopolitik-Bewegung. Ich beginne mit einer Einschätzung von zwei Protagonisten der amerikanischen Bewegung, Steven Greer und Michael Salla. Der Zielpunkt der folgenden Darstellung ist aber eine Einschätzung der *deutschen* Exopolitik-Bewegung hinsichtlich der diskursiven Qualität ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

3.5.1 Steven M. Greer

Steven Greer, der Gründer der amerikanischen Disclosure-Initiative, weist, wenn wir seiner Selbstauskunft in »Verborgene Wahrheit«¹¹⁶ folgen, alle Merkmale eines charismatischen religiösen Führers auf. Nach einer offenbar sehr schwierigen Kindheit als Sohn eines Alkoholiker-Ehepaares hatte er im Alter von 17 Jahren ein Erweckungserlebnis in Form einer durch Sepsis induzierten Nahtodeserfahrung, bei der er das Gefühl hatte, einen Zustand der Einheit mit Gott zu erleben, was ihn anschließend dazu führte, sich mit Meditationstechniken zu befassen und die bei ihm (nach eigener Auskunft) eine dauerhafte besondere Empfänglichkeit für transzendente Erfahrungen weckte. Greer selbst weist darauf hin, dass der Umstand, dass er diese transzendenten Erfahrungen als Kontakte mit Außerirdischen deutet, auf eine fehlende religiöse Prägung durch sein Elternhaus zurückzuführen ist.

¹¹⁰ Vgl. Salla 2008

¹¹¹ Vgl. die deutsche Übersetzung von Salla 2008 auf

<http://exonews.blogspot.com/2008/08/fachpublikation-ufo-ignoranz-ist.html>

¹¹² Bürgin 2008, S. 12

¹¹³ Wendt/Duvall 2008, S. 612

¹¹⁴ Wendt/Duvall 2008, S. 632, Fn. 58

¹¹⁵ Wendt/Duvall 2008, S. 625

¹¹⁶ Greer 2007

»Meine Eltern gingen nicht zur Kirche, denn sie waren leidenschaftliche Atheisten. Das Fehlen jeglicher Dogmen in meiner religiösen Erziehung machte mich offen für Ideen und Gedanken, die jenseits des komfortablen Sicherheitsbereichs jener lagen, die innerhalb der konventionellen religiösen Traditionen aufgewachsen waren. (...) Ich musste mir meine eigene Spiritualität aus dem Nichts erschaffen – doch dadurch war ich auch völlig unvorbelastet, wie ein unbeschriebenes Blatt.«¹¹⁷

Greer ist also insofern kein klassischer UFO-Kontaktler, als das, was er als »Kontakt mit Außerirdischen« beschreibt, in der Regel an veränderte Bewusstseinszustände geknüpft ist. Die Übergänge zu traditionellen mystischen Erfahrungen sind bei seinen »Kontakten« zumindest fließend. Greer beansprucht nun, dass seine Erfahrungen und der Gebrauch meditativer Techniken ihm im Verlauf der Zeit besondere Fähigkeiten erschlossen haben. Darunter zählt er Klarträume, die ihm die Kontaktaufnahme mit anderen Menschen über große Distanzen ermöglichen, zeitweises Verlassen des eigenen Körpers für »Seelenreisen«, klare medizinische Intuitionen in seiner Tätigkeit als Notarzt, eine Fähigkeit zum Remote-Viewing und schließlich die Fähigkeit, durch ein selbst entwickeltes »Protokoll« gezielt und willentlich Kontakte mit außerirdischen Fahrzeugen herzustellen, diese also gleichsam zu rufen oder zu beschwören. Er bezeichnet dies als »CE-5-Kontakte«, als Nahbegegnungen der fünften Art, weil sie sich aufgrund einer gezielten menschlichen Absicht ereignen, diese Nahbegegnung herbeizuführen. Offenbar verfügt Greer über eine stabile Anhängerschaft, die diesen Anspruch auf außeralltägliche Fähigkeiten anerkennt. Der ehemalige Apollo-Astronaut Brian O'Leary beschreibt Greer im Vorwort zu »Verborgene Wahrheit« in einer Weise, die ihn als einen charismatischen Helden mit messianischer Berufung charakterisiert. Ihm zufolge hat sich Greer

»als herausragende Führungspersönlichkeit etabliert, die nicht nur die Rätsel des [UFO-]Phänomens an sich verfolgt, sondern ebenso die dunklen Ecken der US-Regierung und der beteiligten Unternehmen ausleuchtet. Dabei hat er sich immer wieder als furchtloser und tatkräftiger Krieger an der Spitze des planetaren Wandels erwiesen. (...) Dr. Greers Pionierarbeit führt unvermeidlich zu einem tieferen Verständnis und größerer Glaubwürdigkeit der Kontaktberichte mit Außerirdischen sowie der Geheimnistuerei selbst, beispielsweise der hochgeheimen Forschungen im berühmt-berüchtigten Groom Lake, Nevada, und anderswo. Steve Greer ist ein spiritueller Krieger mit höherer Berufung, der sich den Kräften, die sich selbst als die „Vereinigten Staaten“ bezeichnen, entgegenstellt. ... Dr. Greer hat mehr als irgendjemand anderes die eindeutigsten Beweise für eine UFO/ET-Vertuschung auf den Tisch gelegt – nun liegt es an uns, diese Informationen anzunehmen. ... [Greers Buch] ist die Geschichte der Enthüllung der größten Rätsel der Neuzeit, die Geschichte einer mutigen Seele, die sich von der Tyrannei, die uns in der mächtigsten Nation der Erde im Griff hält, nicht einsperren lässt.«¹¹⁸

Greer musste sein Buch nicht selbst niederschreiben – er genießt unter seinen Anhängern genug Reputation, um es aus seinen mündlichen Berichten aufzeichnen und transkribieren zu lassen.: »Im April 2004 versammelten sich rund 25 Personen in unserem Landhaus in Albemarle County, Virginia, das in der Nähe von Thomas Jeffersons Wohnsitz Monticello liegt. Sie alle kamen zu uns, weil ich eine Woche lang mündlich über mein Leben berichten wollte. Das Buch, das Sie in den Händen halten, ist das Resultat dieser Zusammenkunft.«¹¹⁹ Das instantiiert die historische Situation des spirituellen Lehrers, der seine Jünger um sich versammelt, um sie zu unterweisen, und der anschließenden Verschriftlichung der Lehre durch diese Jünger. Greer folgt einer aus seinen transzendenten Erfahrungen heraus beauftragten messianischen Sendung, die darin besteht, die Menschheit aus einem Zeitalter der Tyrannei »in eine friedliche, nachhaltige und kosmische Gesellschaft«¹²⁰ zu führen. Er verfügt über übermenschliche Kräfte und übermenschlichen Mut und kann für die Gläubigen den Zugang zu den transzendenten/außerirdischen Gewährsleuten seiner Mission herstellen. Dieses »Botschaftertum zwischen Menschen und außerirdischen Kulturen« hat er in Form der CSETI-Organisation (»Center for the Study of Extraterrestrial Intelligence«) und der »CE-5-Initiative« institutionalisiert.

Ein weiteres Element in Greers Weltbild sind die von ihm beanspruchten Gespräche mit behördlichen Geheimnisträgern, die ihn angeblich weit über die von seinen Zeugen berichteten Fälle und Ereignisse hinaus über interne Details von staatlichen bzw. parastaatlichen Vertuschungsbemühungen unterrichtet haben. Greer hat hierfür keinerlei Belege, und es gibt zumindest einen dokumentierten Hinweis darauf, dass seine Behauptungen tatsächlich auf an Realitätsverlust grenzende, massive Fehlinterpretationen solcher Gesprächsinhalte durch ihn selbst zurückzuführen sind. Die Website

¹¹⁷ Greer 2007, S. 19, S. 43

¹¹⁸ Greer 2007, S. 9 f.

¹¹⁹ Greer 2007, S. 12

¹²⁰ Greer 2007, S. 11

www.ufowatchdog.com hat das Faksimile eines Schreibens an Greer vom 16.09.1999 veröffentlicht, in dem die Teilnehmer eines gemeinsamen, privaten Abendessens am 13.12.1993 mit dem damaligen CIA-Chef R. James Woolsey, dessen Frau und einem weiteren Ehepaar sowie dem Ehepaar Greer sich darüber beschwerten, dass Greer Aussagen von Herrn und Frau Woolsey grob sinntestellend wiedergegeben hat. Er habe Höflichkeit als Einverständnis und Fragen als Bestätigung fehlgedeutet:

»Dear Dr. Greer. It has just come to our attention of the four of us that you have, without giving any of us the opportunity to comment, published a distorted account of a dinner party of some six years ago at which the four of us, you, and your wife were seated together. In the Introduction to your book, Extraterrestrial Contact, published earlier this year you portray this dinner party conversation during which the four of us listened to your views and politely asked questions as a "briefing" with a "cover story". You further assert that Mr. and Mrs. Woolsey reported a UFO sighting to you and agreed with your views. You include specific alleged quotations from them. None of this is accurate. You have portrayed politeness as acquiescence and questions as affirmations. Your conduct in this matter contravenes both accuracy and simple manners. Sincerely, John L. Petersen, Diane C. Petersen, R. James Woolsey, Suzanne H. Woolsey«¹²¹

Greer beschreibt dasselbe Treffen völlig anders. Ein Ausschnitt seiner Beschreibung möge als Illustration genügen:

»Der Mann war sichtlich berührt. Er war zutiefst enttäuscht, dass ihm, als CIA-Direktor, sowie dem Präsidenten Themen dieser Tragweite [wie sie ihm von Greer dargestellt wurden – I. J.] vorenthalten wurden. Darüber war er äußerst bestürzt. An einem Punkt dachte ich, er würde gleich in Tränen ausbrechen und in sich zusammenfallen. Ich empfand seine Reaktion als völlig aufrichtig, angesichts der Ernsthaftigkeit des Themas, und sah hoffnungsvoll dem Ergebnis unseres Treffens entgegen.«¹²²

Die große Diskrepanz zwischen den Darstellungen Greers und Woolseys lässt darauf schließen, dass Greer solche Gespräche in hohem Maße projektiv interpretiert.

Ein drittes Element sind angebliche persönliche Verfolgungserfahrungen, insofern Greer beispielsweise beschreibt, zum Ziel von Angriffen mit »Skalarwellenwaffen« geworden zu sein, die eine »Extraktion« seines »Astralkörpers« zum Ziel gehabt hätten und bei anderer Gelegenheit eine Krebserkrankung auf ihn zu »projizieren« versucht hätten.

»Nachdem ich schnell eingeschlafen war, erwachte ich ein paar Stunden später. Ich konnte meine Arme nicht heben, mich nicht umdrehen, mich nicht bewegen! Ich war physisch völlig paralysiert. Ich wusste, was vor sich ging: Man zielte mit einem gerichteten elektromagnetischen Waffensystem auf mich. Es kam durch das Fenster über meinem Bett. In das Zimmer wurde das schrecklichste und böseste Gefühl projiziert, das ich in meinem Leben je erfahren hatte. Ich konnte spüren, wie sie versuchten, meinen Astralkörper von meinem physischen Körper zu trennen. (...) Doch ich wusste, dass ich es hier mit menschlicher Technologie zu tun hatte. Das Einzige, was ich tun konnte, war mich an Gott zu wenden. Ich hielt mich am Saum von Gottes Mantel fest. Ich begab mich ins transzendente Gottesbewusstsein, und damit verschwand meine Individualität in der Unendlichkeit – und diese Gewalttäter verloren die Kontrolle über mich.«¹²³

Solche Beschreibungen weisen nun freilich eine auffällige Ähnlichkeit mit klassischen psychopathologischen Dissoziationserfahrungen auf, wobei Greer anders als psychiatrische Patienten diese Erfahrungen anscheinend unter Kontrolle zu halten vermag und in seiner Lebensführung dadurch nicht in grundsätzlicher Weise beeinträchtigt zu werden scheint. Angesichts seiner Selbstauskunft über stark traumatische Kindheitserfahrungen wäre eine solche Neigung zu dissoziativen Störungen zumindest nicht überraschend.

Seinen heutigen Bekanntheitsgrad hat er jedoch durch das von ihm begründete »Disclosure Project« erlangt – dem Versuch, möglichst viele und glaubwürdige Zeugen für die Behauptung zu finden und zur öffentlichen Aussage zu bewegen, dass die amerikanische und andere Regierungen über eine aktuelle Präsenz von Außerirdischen auf der Erde informiert seien, dieses Wissen aber geheim hielten und technologische Errungenschaften aus proprietär gepflegten Kontakten mit diesen Außerirdischen der Allgemeinheit nicht oder nur mit großer Verzögerung zugänglich machen würden. Dies ist die Grundkonfiguration der Roswell-Erzählung als einer Urszene ufologischer Verschwörungsvorwürfe.

¹²¹ http://www.ufowatchdog.com/greer_letter.html

¹²² Greer 2007, S. 105. In »Verborgene Wahrheit« ist Kapitel 15 (S. 104-108) der Schilderung dieses Treffens mit Woolsey vorbehalten.

¹²³ Greer 2007, S. 125 f.

Gleichzeitig weicht dies vom Muster einer rein religiös ausgeprägten Bewegung ab, weil die Berufung auf öffentlich auftretende Zeugen, die nicht zu Greers religiöser Gefolgschaft gehören, prinzipiell kritisierbare und unabhängig überprüfbare Geltungsansprüche ins Spiel bringt. Auf diese Besonderheit bezieht sich Richard Dolan, wenn er Greers Bewegung als »marriage of sorts between two antipodes of thought«¹²⁴ bezeichnet, nämlich zwischen einem Keyhoeschen Kampf gegen UFO-Geheimhaltung und einem Adamskischen Kontaktlerum.

Das im Rahmen des Disclosure-Projekts gesammelte Material¹²⁵ enthält einige bemerkenswerte Aussagen, die einerseits für die Realität einer extraterrestrischen Präsenz und einer hierauf bezogenen behördlichen Vertuschung zumindest einen begründeten Anfangsverdacht gestatten. Diese Aussagen haben andererseits noch keine Beweisqualität, unter anderem, weil sie über Sichtungsbeschreibungen hinaus auch potentiell rechtlich relevante Aussagen über das Verhalten von Angehörigen staatlicher Behörden enthalten und ihre Bewertung daher nicht nur in einem (natur-)wissenschaftlichen Kontext, sondern auch in einem öffentlichen Prozess der juristischen Tatsachenfeststellung zu erfolgen hat.¹²⁶ Denn auch bei Zeugen, die dem ersten Augenschein nach eine sehr plausible Darstellung eines Sachverhalts geben, muss man grundsätzlich damit rechnen, dass sie aus dem einen oder anderen Grund »platzen«, sobald es zu einer ernsthaften Prüfung kommt.¹²⁷ In unserem Zusammenhang ist nur der Hinweis von Belang, dass diese Zeugenaussagen, gleich zu welchem Resultat ihre Evaluation führen mag, nicht auf das persönliche Weltbild von Steven Greer oder seine psychologischen Persönlichkeitsmerkmale reduziert werden dürfen. In diesem Sinne ist festzustellen, dass Greers Disclosure-Projekt als Ursprung der mittlerweile internationalen Exopolitik-Bewegung einen Kern diskursiv vernünftiger und prinzipiell kritisierbarer (d.h. nicht gegen Kritik immunisierter) Geltungsansprüche enthält, die es verbieten, diese Bewegung *ausschließlich* als neureligiöses Phänomen (und *a fortiori* als »Sekte«) zu bewerten. Auf der anderen Seite ist diese religiöse Komponente zweifellos vorhanden, weshalb der Fokus des analytischen Interesses m. E. auf der Interaktion zwischen der rationalen und der religiösen Komponente liegen sollte.

Damit kommen wir zur Kritik an Greer. Bereits die erste Pressekonferenz von 2001 ist dahingehend kritisiert worden, dass das zentrale Anliegen des Disclosure-Projektes, die aktuelle Anwesenheit von Außerirdischen und das Wissen staatlicher Organe um diese Tatsache öffentlich zweifelsfrei zu belegen, durch die Überladung mit den sehr viel weiter gehenden Themen der Militarisierung des Weltraums, drohenden ökologischen Katastrophen und angeblich bereits verfügbaren Technologien der Freien Energie verwässert worden ist. Richard Dolan kritisiert, dass Greer mit dieser Bündelung von Themen den Zweck der Pressekonferenz unfreiwillig selbst torpediert hat:

»First, Greer drew too many conclusions. Second, his goals were too far-reaching. Despite his stress on presenting the facts (always laudable) he frequently jumped far ahead of them. This only damaged his credibility. ... Greer's press conference had a specific purpose: to engage the media and persuade Congress to have open hearings. You cannot address a skeptical media and Congress as though they were already believers and allies. ... The main thrust *must* remain focused on one goal: ending official UFO secrecy. The only way this will be accomplished is by a methodical accumulation of unarguable facts, presented in an impeccable manner, without editorializing, pontificating, bashing, politicizing, or saving the world.«¹²⁸

Die Parallelität von kritisierbaren, potentiell belegbaren Zeugenaussagen des Disclosure-Projekts und nicht belegten, weitreichenden Behauptungen von Greer selbst stellt dabei eine beträchtliche

¹²⁴ Dolan 2001

¹²⁵ Ich beziehe mich hier auf die drei DVDs des Disclosure Projects mit den für die Pressekonferenz von 2001 zusammengestellten Interviews. DVD #1 dokumentiert den »2001 National Press Club Event«, DVD #2 und DVD #3 zusätzliche Aufzeichnungen von Aussagen, die nicht auf der Pressekonferenz vorgestellt wurden.

¹²⁶ Im juristischen Sinne ist beispielsweise das Vorliegen einer einzelnen Zeugenaussage gemäß dem alten (deutschen) Rechtsgrundsatz »Durch zweier Zeugen Mund wird allwegs die Wahrheit kund« nicht zwingenderweise ausreichend. Hier möchte ich nur darauf hinweisen, dass eine forensische Tatsachenfeststellung und Beweiswürdigung keinesfalls ein trivialer Vorgang ist.

¹²⁷ Im April 2008 sah es für einen Moment lang so aus, als gebe es zwei Zeugen dafür, dass innerhalb der Vereinten Nationen eine geheime Sitzung stattgefunden habe, auf der Vertreter verschiedener Nationen über Wege beraten hätten, wie die Präsenz Außerirdischer am Besten zu enthüllen sei. Sehr schnell ist einer der beiden Zeugen, Gilles Lorant, »geplatzt«, weil er nicht glaubhaft machen konnte, tatsächlich an dieser Sitzung teilgenommen zu haben, während der andere (die anonyme »Quelle A«, die angeblich zur US Navy gehört) über einen längeren Zeitraum die »Luft« verloren hat, weil sie ihre Anonymität nicht aufgeben wollte. Als Fall mit Belegwert ist das Thema daher bis auf weiteres vom Tisch.

¹²⁸ Dolan 2001

Hypothek für seine Zielsetzungen dar. Die nicht der Skeptiker-Bewegung zuzurechnende Website »ufowatchdog« etwa bezeichnet Greer als »UFology's Own Worst Enemy«.¹²⁹

3.5.2 Michael Salla

Michael Salla ist der Autor jener Rezension von Wendt und Duvalls Aufsatz, die auf der Webseite der deutschen Exopolitik-Bewegung in deutscher Übersetzung veröffentlicht wurde und auf die sich Danny Ammon bezieht. Salla ist ein Autor, der seine akademische Reputation in die Waagschale wirft:

„As a former Assistant Professor in one of the elite graduate programs listed in the Association of Professional Schools of International Affairs, it was my professional duty to assist graduate students in identifying the main actors, institutions and processes responsible for international conflict. My job in particular was to identify and develop appropriate conflict resolution strategies so that scholars, diplomats and other interested parties could resolve these conflicts to achieve regional and global peace.“¹³⁰

Auf diese akademische Karriere folgt jedoch ein, wie es scheint, selbstgewählter Bruch:

„In May, 2001, at the end of five years of employment in the School of International Service, American University, Washington DC, I left thoroughly discouraged with the conceptual tools, theories and models I had researched, taught and applied in my academic appointment. I began to explore alternative theories and concepts that would help me identify the core factors that drive and perpetuate international conflict.“¹³¹

Salla teilt nicht mit, ob dieser Bruch nur zufällig mit der ersten Pressekonferenz des „Disclosure“-Projekts vom Mai 2001 zusammenfällt. Er stellt seine Argumentation in „Exopolitics“ auf die Grenze von orthodoxem und heterodoxem Wissen. Im Kern schlägt er keinen Methodenwechsel, sondern einen inhaltlichen Perspektivwechsel vor, der eine „verschwörungstheoretische“ Grundannahme über die Anwesenheit Außerirdischer und die Vertuschung dieses Umstands durch Regierungsbehörden trifft:

„This book ... reveals the core actors, institutions, and processes that drive international conflict and are directly related to an undisclosed extraterrestrial presence. (...) If I am correct in my analysis of the evidence supporting such an extraterrestrial presence, then it is clear that the study of the main actors, institutions and processes that make up the discipline of international politics are wholly inadequate. Most scholars, diplomats and policy makers committed to the study of international politics and to the resolution of international conflict are operating under premises that are severely deficient. (...) (I)n the arena of international politics, deficient foundations underlie the very fabric of how the scholarly community and informed general public discuss, understand and analyze international politics.“¹³²

Nun ist dies zwar eine sehr weitreichende Behauptung, aber unter dem Konditional „(i)f I am correct in my analysis of the evidence supporting such an extraterrestrial presence“ auch nicht per se unzulässig. Es stellt sich also die Frage, welche Anstrengungen Salla unternimmt, um seine These zu untermauern. Hier nun gibt seine Vorgehensweise allerdings sehr bald Anlass zu ganz erheblichen Zweifeln an der Güte seiner Arbeit.) Ich untersuche zunächst und hauptsächlich die methodologischen Abschnitte seines Buches und gehe dann auf ein prägnantes Beispiel aus dem »empirischen« Teil seines Buches ein.

In einem ersten Schritt gibt Salla eine abgestufte Einschätzung der Verlässlichkeit der von ihm verwendeten Quellen. Kategorie „A“ sind die „whistle blower“, also Insider aus dem Umfeld konspirativer staatlicher Aktivitäten, die, oft unter einem Bruch ihrer Geheimhaltungsverpflichtung, an die Öffentlichkeit gehen, um über ihre Beteiligung an klandestinen, aber von ihnen für illegitim erachteten Tätigkeiten zu unterrichten. Den Belegwert dieser Art von Zeugenaussagen stuft Salla pauschal als „strong“ ein, obwohl er selbst an anderer Stelle davor warnt, dass die unterstellte Vertuschungspolitik mit Desinformationstechniken, also möglicherweise auch mit falschen Zeugen, arbeitet – was allein schon ein Grund sein müsste, diese Quellenkategorie nicht summarisch einzustufen. Ebenfalls als „strong“ gelten ihm die Aussagen von Kontaktlern und Entführten – die Kategorie „B“. Dabei akzeptiert er den Gebrauch von Hypnose beim Zustandekommen solcher Berichte als unproblematisch und akzeptiert auch die bloße Tatsache der Zunahme solcher Berichte als Beleg für die Wahrheit der Entführungserzählungen. „Researchers and collators of this information are highly credentialed in the use of psychological techniques, and have pioneered rigorous standards for assessing the evidence. In a court of law, such

¹²⁹ http://www.ufowatchdog.com/greer_seti.html

¹³⁰ Salla 2004, p. VII

¹³¹ Salla 2004, p. VIII

¹³² Salla 2004, p. VIII

testimony would be very persuasive due to their consistency and coherence. This source category will hence be ranked as *strong*.¹³³ Spätestens hier müssen wir befürchten, dass Sallas Anspruch und das Potential der von ihm aufgewendeten Mittel, ihn einzulösen, weit auseinanderklaffen. Denn seine Einschätzung des Belegwerts von Entführungserzählungen verzichtet auf jegliche Auseinandersetzung mit der kritischen Literatur zum Thema. Wer wie Salla eine akademische Ausbildung genossen hat, sollte in der Lage sein, kontroverse Standpunkte zu seiner These zu recherchieren, korrekt wiederzugeben, und auf kritische Einwände nachvollziehbare und wenn möglich plausible Er widerungen zu geben. Es ist von einem wissenschaftlichen Standpunkt aus beispielsweise völlig inakzeptabel, die scharfe Kritik, die an dem Gebrauch von Hypnosetechniken für die Arbeit mit Entführungserzählungen geübt worden ist, nicht einmal zu erwähnen, geschweige denn zu erörtern. Statt dessen macht Salla seine ohne jede kritische Auseinandersetzung mit der Fachliteratur gewonnene Einstufung der betreffenden Aussageart als „strong“ zur dogmatischen Prämisse seiner weiteren Argumentation.

Sallas weitere Argumentation bestätigt und verstärkt leider die hier aufgekommenen Befürchtungen. Die für eine wissenschaftliche Bewertung wichtigen Quellentypen des Zeugenberichts bzw. Sichtungsreports (Kategorie C) und des Dokumentenbelegs (Kategorie D) erhalten bei Salla nur eine Einstufung als mäßig stark „strong-moderate.“ Hier fällt erneut auf, dass er seine Einstufungen summarisch gibt, anstatt in Betracht zu ziehen, dass gerade Zeugenberichte und Dokumente von Einzelfall zu Einzelfall bewertet werden müssen – die Kontroverse um die Echtheit der „Majestic“-Dokumente hätte hier ein Lehrbeispiel sein können. Es folgen die Kategorien „E: Remote Viewing“, „F: Independent Archeology“ und „G: Channeling“. Für den Belegwert des Remote Viewing beruft er sich nicht nur darauf, dass es in den USA und in der Sowjetunion eine staatliche Remote Viewing-Forschung gegeben hat – wofür es immerhin Belege gibt – sondern im Vorgriff auf ein späteres Kapitel auch darauf, „that the psychic techniques used by Nazi Germany in communicating with ET races was instrumental in giving it a technological edge on both the West and the Soviet Union.“¹³⁴ Diese Aussage Sallas ist nun geeignet, um beim bereits mißtrauisch gewordenen Leser eine noch höhere Alarmstufe auszulösen. Wir gewinnen vollends den Eindruck, dass Salla unwillig oder unfähig ist, für die Einschätzung von Quellen auch nur näherungsweise akzeptable Gütekriterien zu entwickeln. Wer sich mit der Herkunft der Legende vom angeblichen esoterischen Geheimwissen der Führung des Dritten Reiches einmal befasst hat, dem wird nicht entgangen sein, dass die betreffenden Gerüchte zum ganz überwiegenden Teil nicht einmal auf zeitgenössische Berichte zurückzuführen sind, sondern aus politisch fragwürdigen fiktionalen Texten der Nachkriegszeit und der jüngsten Vergangenheit stammen. Zusammen mit den belegbaren RV-Projekten des CIA erhält jedoch auch diese Legende von Salla die Einstufung „moderate“.

Als Quellen der Kategorie „Unabhängige Archäologie“ werden insbesondere die Arbeiten von Zecharia Sitchin und Erich von Däniken genannt. Salla begründet seine Einstufung folgendermaßen: „Sitchin and other authors typically produce high quality works that continue to generate controversy among mainstream archeologists. The controversy and subjectivity surrounding these debates of the archeological evidence of an ancient ET presence and accurate translations of ancient texts require a low ranking to this category of information.“¹³⁵ Wer nun erwartet, dass Salla eine Einstufung als „low“ vergibt, muss statt dessen zur Kenntnis nehmen, dass auch diese Art von Quellen als „weak-moderate“ kategorisiert werden. Auch hier fehlt wiederum jede konkrete Auseinandersetzung mit der kritischen Literatur. Darüber hinaus ist Sallas Argument inkohärent: wenn Autoren wie Sitchin und Däniken tatsächlich „high quality work“ produzieren, dann sollte sich das erstens anhand exemplarischer Texte aufweisen lassen, woraufhin wiederum zweitens die Tatsache allein, dass die betreffenden Texte einer kontroversen Debatte ausgesetzt sind, nicht zu ihrer Herabstufung führen dürfte. Die widersprüchliche Einstufung von angeblichem „high quality work“ als „weak-moderate“ würde sich vermeiden lassen, wenn Salla tatsächlich detailliert argumentieren würde, wie er zu seiner Einstufung gelangt. Eine solche detaillierte Argumentation unterbleibt vollständig.

Ist schon der methodologische Teil von Sallas Buch geeignet, beim Leser erhebliche Bedenken zu wecken, so wird dies von Sallas »historischen« Ausführungen noch einmal klar überboten. Ein Beispiel dafür, wie Salla die Geschichte des Dritten Reiches in seine Sichtweise der Dinge einbezieht, möge dabei genügen. Unter der Überschrift »The Legacy of the Nazi Germany-Extraterrestrial Contact« finden wir einleitend die folgende Behauptung:

¹³³ Salla 2004, p. 11

¹³⁴ Salla 2004, p. 15

¹³⁵ Salla 2004, p. 18

»There is compelling evidence that in the early 1930s, the technology and presence of one or more extraterrestrial (ET) races became known to the leaders of Nazi Germany who embarked on an ambitious effort to communicate with these races for the purpose of acquiring their advanced technology. Using communication techniques that would be widely dismissed today as „psychic channeling“ there is evidence that the Nazi sponsorship of occult societies that specialized in this form of communication with these ET races, was successful in gaining information that produced rapid technological breakthroughs that eventually came to the attention of the intelligence services of Britain, France, USSR, and the USA.«¹³⁶

Salla rezipiert in solchen und weiteren Behauptungen auf indirektem Wege ursprünglich deutschsprachige Texte zur Legende um die »deutschen Flugscheiben«. Er hat die deutschen Originaltexte aber offenbar nie konsultiert, sondern bedient sich freizügig bei gedruckter amerikanischer Sekundärliteratur sowie bei Darstellungen aus dem Internet, die vier Jahre nach Erscheinen des Buches zum Teil schon nicht mehr auffindbar sind¹³⁷. Dabei verwendet er gleichermaßen Texte der ursprünglichen Nazi-Okkultismus-Literatur wie Trevor Ravenscrofts »Spear of Destiny«, Texte zu teils belegbaren, teil spekulativen und erfundenen Geheimtechnologien des Dritten Reiches (Henry Stevens, David Hatcher Childress), wissenschaftliche Texte zum Nazi-Okkultismus (Nicholas Goodrick-Clarke) sowie Texte von Neo-Nazis, die er vermutlich nicht als solche erkennt – so beruft er sich für die deutsche Antarktis-Expedition von 1938 etwa auf Christof Friedrich¹³⁸, ohne zu erwähnen (und, wie mir scheint, ohne zu wissen), dass dies ein Pseudonym von Ernst Zündel ist, einem der weltweit berühmtesten Neo-Nazis und einem fanatischen Holocaustleugner. Das spezifische Merkmal von Sallas Vorgehensweise ist hierbei, dass er wissenschaftliche Literatur und szenetypische Gerüchte aus gedruckten und Online-Quellen ebenso unterschieds- wie kritiklos als Bausteine für eine im Saldo imaginäre alternative Geschichte der 30er und 40er Jahre verarbeitet. Salla erweist sich als notorisch unfähig, nachvollziehbare Gütekriterien für die von ihm verwendeten Quellen zu entwickeln und anzuwenden. Die mehrfach verwendete Redewendung von der angeblichen »compelling evidence« für dieses Thema erweist sich dabei als eine rein rhetorische Floskel.

Ich sehe allerdings keine Hinweise darauf, dass Salla die in Deutschland mit dem »Flugscheiben«-Thema so häufig verbundene rechtsextreme Ideologie teilt. Die Rezeption des Themas in der englischsprachigen Literatur neigt meines Erachtens zwar in derselben Art und Weise zur Mystifizierung wie die ursprüngliche, genrebildende Darstellung des »Nazi-Okkultismus« in Pauwels und Bergiers »Aufbruch ins Dritte Jahrtausend«, ist aber nicht wie die einschlägigen Fälscher und Distributoren der deutschsprachigen Quellen ideologisch interessiert oder festgelegt. Im Sinne einer wissenschaftlichen Argumentation ist Sallas Darstellung gleichwohl gänzlich untragbar. Zusammenfassend müssen wir daher sagen, dass Salla weit davon entfernt ist, eine wissenschaftliche Erörterung zu liefern. Im Gegenteil: er koppelt sich von allem, was eine solche Erörterung ausmachen würde, ab, und eröffnet einen autonomen Paralleldiskurs, der eine reine Kolportage von Gerüchten mit einem oberflächlichen Anschein wissenschaftlichen Arbeitens bemäntelt. Seine in der Einleitung referierten akademischen Referenzen und seine gänzlich oberflächliche und summarische Quellenkritik errichten eine Potemkinsche Fassade von Wissenschaftlichkeit, hinter der sich ein phantasmagorisches Narrativ aus ungeprüften, kombinierten und verdichteten Verschwörungstheorien entfaltet, das jeglichen Belegwertes ermangelt. Sallas Text ist ein mustergültiges Beispiel für das, was Michael Schetsche als »ergoogelte Wirklichkeit«¹³⁹ bezeichnet hat. Während Greer klar als religiöse Führungsfigur erkennbar ist und seine religiösen von den politischen Geltungsansprüchen klar unterscheidbar sind, findet bei Salla eine unübersehbare Vermischung persönlicher Überzeugungen mit nur scheinbar wissenschaftlichen Arbeitserträgen statt, die man nur als Etikettenschwindel bezeichnen kann.

3.5.3 Die deutsche Exopolitik-Bewegung

Die deutsche Exopolitik-Bewegung wurde nach eigener Auskunft zum 1. Juni 2007 gegründet, versteht sich als »Netzwerk von Menschen, welche sich zum Ziel gesetzt haben, die Verschleierung der außerirdischen Präsenz auf der Erde nicht länger hin zu nehmen«, sowie als Teil eines internationalen Netzwerks von exopolitischen Bürgerinitiativen. Die Zielvorstellungen dieser Bewegung umfassen dabei eine themenspezifische Öffentlichkeitsarbeit, die Forderung nach der Einrichtung einer für das Thema

¹³⁶ Salla 2004, p. 109

¹³⁷ Erloschener Link: <http://www.violations.dabsol.co.uk/secrets/secretspart1.htm>

¹³⁸ Salla 2004, p. 141, Fn. 209

¹³⁹ <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19964/1.html>

Exopolitik zuständigen Kommission der Vereinten Nationen, die Forderung nach einer staatlich geförderten UFO-Forschung und schließlich »eine wissenschaftlich fundierte Analyse des bevorstehenden Paradigmenwechsels auf unserem Planeten unter Einbeziehung der philosophischen Implikationen der Quantenphysik sowie der soziokulturellen Herausforderungen, die mit diesem bedeutsamen planetaren Wandel einhergehen«. Der Begriff »Exopolitik« wird dabei folgendermaßen definiert: »Exopolitik beschäftigt sich mit Personen, politischen Institutionen und Prozessen, die Einfluss auf die offizielle Bekanntgabe außerirdischen Lebens haben. Darüber hinaus steht Exopolitik für verantwortliches politisches Handeln im Sinne der gesamten Menschheit, welche als Teil des Universums begriffen wird.«¹⁴⁰

Der Bezug auf das »Disclosure Project« macht dabei ausdrücklich nur einen Teil des Mission Statements der Bewegung aus, ebenso wie dieses noch um ein politisches Bekenntnis ergänzt wird – nämlich mit der Absicht, sich mit den »Hintergründe(n) des „weltweiten Terrorismus“ als künstlich geschaffener Vorwand für Krieg und Beschneidung von Freiheitsrechten« zu befassen. Dementsprechend umfassen die thematischen Rubriken der mit repräsentativem Anspruch für die deutsche Bewegung auftretenden Website nicht nur »UFO-Sichtungen«, »Wissenschaft«, »Politik« und »Exopolitik«, sondern ebenso auch »Geheimdienste«, »Geheimdokumente« und »9/11 & Co«.

Das Selbstverständnis der deutschen Exopolitik-Bewegung ist also nicht in erster Linie durch prozedurale oder methodische Bekenntnisse, sondern durch spezifische inhaltliche Überzeugungen festgelegt. Diese laufen darauf hinaus, das (1) der anomale Kern des UFO-Phänomens auf eine Präsenz außerirdischer Intelligenzen zurückzuführen ist, dass (2) eine anhaltende Vertuschung des Wissens darum seitens politischer Behörden stattfindet und dass (3) bestimmte staatliche Akteure im Zusammenhang mit oder unabhängig von dieser Vertuschung illegale Formen politischer Macht ausüben und illegale politische Ziele verfolgen. Die deutsche Bewegung ist von ihrem amerikanischen Vorbild organisatorisch unabhängig, weist aber eine vergleichbare Breite des repräsentierten Themenspektrums auf. Das Selbstverständnis als Exopolitik-Bewegung geht bereits im Namen über den Anspruch eines »Disclosure Movements« hinaus. Inmitten dieser Selbstdarstellung, die nun eigentlich im nächsten Schritt die Formulierung von Strategien zur argumentativen Einflussnahme auf die öffentliche Meinung erwarten lässt, findet sich dann die folgende Aussage, die den Eindruck erweckt, als sei eben diese Überzeugungsarbeit nicht erst zu leisten, sondern bereits abgeschlossen: »Die überwältigenden Beweise für außerirdische Besucher machen die in den Massenmedien geführte hypothetische Debatte über deren Existenz überflüssig«. Meines Erachtens ist diese Aussage einerseits in einem sprachpragmatischen Sinne erklärbar und nachvollziehbar, andererseits aber im Sinne einer rationalen Programmatik für die Öffentlichkeitsarbeit in schwerwiegender Weise problematisch.

Sie ist einerseits verständlich insofern, als man meiner Ansicht nach das offensive Bekenntnis der Exopolitik-Bewegung zum Glauben an die Präsenz von Außerirdischen und hierauf bezogene Verschwörungen als einen Vorgang der »Stigma-Umkehr« verstehen kann. Hierbei wird das eine öffentliche Ausgrenzung oder Abwertung, also eine Diskriminierung, begründende Merkmal einer Person oder Gruppe offensiv vertreten und die damit verbundene Wertung umgekehrt. Historische Beispiele sind die Emanzipationsbewegungen der Schwarzen und Homosexuellen, die in Schlagwörtern wie *Black is beautiful* und *Gay and Proud* das als Grund der Diskriminierung dienende Merkmal programmatisch zu einer Quelle des Stolzes und der Selbstachtung umwidmen. Eine solche Stigma-Umkehr ist nicht primär eine argumentative, sondern eine symbolische Strategie. Der Glaube an die Präsenz von Außerirdischen ist als privater Standpunkt so alt wie das moderne UFO-Phänomen selbst, aber ebenso lang ein Gegenstand von öffentlichkeitswirksamen Taktiken des Lächerlichmachens gewesen. Infolge dessen haben entsprechende Überzeugungen vorwiegend ein Dasein als reine Privatmeinung oder als Überzeugung einer vom »Mainstream« abgekoppelten und diskursiv immunisierten Subkultur geführt. Das Selbstverständnis der Exopolitik-Bewegung ist hier insofern eine Neuerung, als die entsprechende »ufologische« Grundüberzeugung eben nicht im Sinne eines sektiererischen Rückzugs, sondern als offensiv vorgetragene Auseinandersetzung mit der Mehrheitsmeinung gepflegt wird. Insofern überrascht es auf der anderen Seite auch nicht, dass eine skeptische Gruppierung wie die CENAP, die ihre Sachargumente regelmäßig mit einem pejorativen Grundton begleitet hat, auf diese Stigma-Umkehr nun ihrerseits mit dem Versuch einer Verschärfung der Stigmatisierung in Form eines niemals analytisch begründeten Sekten-Vorwurfs und einer mehr als fragwürdigen Scientology-Assoziation reagiert. Als symbolische Strategie ist diese Vorgehensweise daher mit einiger Wahrscheinlichkeit geeignet, ein öffentliches »UFO-Tabu« zu durchbrechen.

¹⁴⁰ http://www.exopolitik.org/index.php?option=com_content&task=view&id=37&Itemid=49

Andererseits geht es beim UFO-Thema immer noch um die Frage nach dem Vorliegen von Sachverhalten. Eine symbolische Strategie kann eine beharrliche, rationale Argumentation nicht ersetzen. In diesem Lichte erscheint die betreffende programmatische Aussage, welche die Debatte um die Existenz von außerirdischen Besuchern für beendet erklärt, ebenso fragwürdig wie kontraproduktiv. Meines Erachtens läuft die Exopolitik-Bewegung auf diese Weise Gefahr, sich ein zum Verhalten des ideologisch-skeptischen Diskurses spiegelbildliches instrumentelles Verständnis von Medienarbeit zu eigen zu machen, das eine rationale Argumentation zum Thema unterläuft und für eine wissenschaftliche Erforschung des UFO-Themas durchaus zum Hindernis werden kann. Denn welche Indizien sollten geeignet sein, diese These öffentlich unstreitig zu belegen? Wie oben bereits gesagt, stellen die auf den Pressekonferenzen von 2001 und 2007 getätigten Aussagen noch keinen Beweis dar, weil hierzu ein öffentlicher Prozess der Beweiswürdigung und Wahrheitsfindung erforderlich ist. Die Definition der exopolitischen Aufgabenstellung fordert andere Umsetzungen der Belegpflicht als eine Bewertung empirischer Daten. Hier sind forensische Verfahren aus der Glaubwürdigkeits-, Beweis- und Vernehmungslehre sowie Aussagenpsychologie gefordert, gegebenenfalls auch eine politische Auseinandersetzung um die Berufung von Zeugen. Die betreffenden Zeugenaussagen begründen daher allenfalls Verdachtsmomente. Der Glaube an die Validität dieser Aussagen ist bis auf weiteres ebenso wie der Glaube an die generelle Aufgabenstellung der Disclosure-Bewegung ein nicht übertragbarer Akt des persönlichen Vertrauens. Eine Verstärkung der medialen Präsenz der exopolitischen Themen verstärkt daher nicht den (bisher nicht in einem öffentlichen Diskurs nachgewiesenen) Belegwert der vorgebrachten Indizien, sondern multipliziert nur die öffentliche Sichtbarkeit entsprechender Vertrauensakte. Diese Sichtbarkeit kann zwar in sich selbst durchaus die Funktion erfüllen, für das exopolitische Anliegen zu werben, darf aber nicht mit der Durchführung wissenschaftlicher und forensischer Beweisverfahren verwechselt werden. Die von der Exopolitik-Bewegung aufgestellten sehr weitreichenden Behauptungen und Vorwürfe werden nicht dadurch plausibler, dass man ihnen eine bessere mediale Präsenz verschafft. Das genannte Statement unterläuft dieselbe Norm einer Verständigungsorientierung des öffentlichen Diskurses, mittels derer ich oben die Vorgehensweise des ideologisch-skeptischen Diskurses kritisiert habe.

Zum einen findet man auf der Exopolitik-Website eine Berichterstattung zu Themen, derer sich die etablierten Medien nicht oder nicht in dieser Regelmäßigkeit annehmen. Insofern ist sie Teil der alternativen Medienöffentlichkeit des Internets. Sie bietet einer Reihe von Standpunkten, die die Filter der so genannten »Mainstream-Medien« normalerweise nicht passieren, die Möglichkeit zur Selbstdarstellung. Dies können beispielsweise ausgewählte UFO-Sichtungen¹⁴¹, Arbeiten aus dem Bereich der so genannten »Freien Energie«, Stellungnahmen von prominenten Persönlichkeiten aus der UFO-Szene wie Edgar Mitchell¹⁴² oder Jesse Marcel Jr¹⁴³, Standpunkte aus dem Bereich politischer Verschwörungstheorien und im engeren Sinne politische Themen sein, die überwiegend dem Themenfeld »Geheimdienste« oder »Überwachungsstaat« angehören. Diese Darstellungen machen im Allgemeinen einen sachlichen und fairen Eindruck und nehmen gelegentlich auch (wie z. B. im Falle der UFO-Sichtung des Lufthansa-Piloten Werner Utter) kritische Einwände von Skeptikern auf¹⁴⁴. Andererseits werden kontroverse Standpunkte primär dann dargestellt, wenn den Mainstream-Medien eine verzerrte Darstellung vorgeworfen wird, wie im Falle der Pressekonferenz des Disclosure-Projekts von 2007¹⁴⁵ oder der Freigabe von UFO-Akten durch das britische Verteidigungsministerium¹⁴⁶. Standpunkten, die man für falsch repräsentiert oder unterrepräsentiert hält, eine Plattform in der alternativen Öffentlichkeit zu bieten, ist zunächst einmal ein vertretbarer Ansatz, sofern man bei der Auswahl dieser Standpunkte nicht beliebig vorgeht und bestimmte ethische Regeln einhält.

Gleichwohl bin ich der Ansicht, dass zwischen Anspruch und medialer Präsentation der deutschen Exopolitik-Bewegung ein grundsätzlicher Widerspruch besteht: denn dem Anspruch nach zielt die mediale Präsenz der Exopolitik-Bewegung auf eine *skeptische* Öffentlichkeit – als Adressaten genannt werden staatliche Behörden, die Vereinten Nationen, die Wissenschaften und nicht zuletzt die Medien. Die tatsächliche Präsentation dagegen zielt offenbar auf eine thematisch bereits *überzeugte* Öffentlichkeit. Denn was exopolitik.org nur vereinzelt sichtbar werden lässt, was aber genau genommen für den größten Teil der repräsentierten Themenfelder gilt, ist die zutiefst antagonistische Struktur der

¹⁴¹ http://www.exopolitik.org/index.php?option=com_content&task=view&id=16&Itemid=32

¹⁴² http://www.exopolitik.org/index.php?option=com_content&task=view&id=242&Itemid=1

¹⁴³ http://www.exopolitik.org/index.php?option=com_content&task=view&id=216&Itemid=32

¹⁴⁴ http://www.exopolitik.org/index.php?option=com_content&task=view&id=89&Itemid=1

¹⁴⁵ http://www.exopolitik.org/index.php?option=com_content&task=view&id=129&Itemid=30

¹⁴⁶ http://www.exopolitik.org/index.php?option=com_content&task=view&id=241&Itemid=1

Kontroversen zu den betreffenden Themen, eine Struktur, die nahezu keinen *common ground* geteilter Annahmen oder Überzeugungen aufweist und praktisch keinerlei echte Verständigung zwischen Vertretern der antagonistischen Standpunkte zulässt. Die nicht direkt falsche, aber tendenziell einseitige Präsentation von Standpunkten macht die tatsächlich bestehenden Kontroversen zu diesen Standpunkten unsichtbar, und die Berichterstattung suggeriert somit eine falsche Klarheit. Diese Klarheit kann aber nur begrüßen, wer den entsprechenden Standpunkten mit einem persönlichen Vertrauensvorschuss auf ihre schließliche Richtigkeit zu begegnen bereit ist. In diesem Sinne predigt die Exopolitik-Bewegung den Bekehrten. Einen ähnlichen Eindruck erweckt die breite Streuung repräsentierter Themen. Einer bereits überzeugten in-group wird diese thematische Vielfalt willkommen sein – im Hinblick auf eine skeptische Öffentlichkeit bedeutet diese Vielfalt jedoch, sich parallele Argumentationslasten aufzubürden, die von einer einzelnen Bewegung wahrscheinlich nicht zu tragen sind. Ich möchte noch einmal die Kritik von Richard Dolan an der Vorgehensweise von Steven Greers Disclosure Project zitieren:

»In a fight such as this, you can only prove one big thing at a time. Proving the reality of the UFO phenomenon to the public, and (the crux of the matter) gaining official acknowledgment, is quite enough to tackle. The mission was not to preach to the converted, but to persuade the skeptics that UFOs are real, they do not originate from us, and our government knows this. Quite enough!«¹⁴⁷

Wenn die Exopolitik-Bewegung nur einen stigmatisierungsfreien Binnenraum innerhalb einer allgemeinen Öffentlichkeit schaffen will, welche die Überzeugungen einer nunmehr konsequente mediale Selbstvermarktung betreibenden UFO-Szene vermutlich über kurz oder lang als weitere folkloristische Geschmacksrichtung in einer diversifizierten Öffentlichkeit akzeptieren wird, wird sie wohl damit Erfolg haben. Nur will diese Bewegung, wenn ich recht sehe, ihrem Selbstverständnis nach mehr bzw. etwas anderes sein als nur ein weiterer Farblecks auf der subkulturellen Regenbogenfahne. Für die Adressierung einer skeptischen Öffentlichkeit ist aber die thematische Anwaltschaft für marginalisierte Standpunkte nicht ausreichend. Sie ist, so meine These, im Sinne des weiter oben dargestellten Konzepts eines »diskursiven Journalismus« zu einer *Diskurs-Anwaltschaft* zu erweitern. In diesem erweiterten Sinne geht es gerade um die Fähigkeit, mit thematischen *Kontroversen* diskursiv rational umzugehen. Dies wiederum schließt die *systematische* Berücksichtigung aller Standpunkte und eine Ergebnisoffenheit hinsichtlich der Resultate solcher Kontroversen ein. Hinzu kommt, dass prominente Gewährsleute zumindest der amerikanischen Exopolitik-Bewegung, wie oben am Beispiel von Steven Greer und Michael Salla dargelegt, vom Standpunkt einer wissenschaftlichen Vorgehensweise aus in einem Grade und Umfang Angriffsflächen bieten, die die Exopolitik-Bewegung schon aus Eigeninteresse nicht ignorieren darf. Eine diskursive Anwaltschaft in diesem Sinne sehe ich in der Praxis der Medienpräsenz der Exopolitik-Bewegung zumindest derzeit nicht gegeben. Aus diesem Grund möchte ich abschließend dieses Konzept der Diskursanwaltschaft in Relation zu den Begriffen der Diskursanalyse und Diskursethik setzen.

4 Ausblick: Von der Diskursanalyse zur Diskursethik

Wenn wir den skeptischen Diskurs mit dem der Exopolitik-Bewegung vergleichen, erkennen wir schnell, dass die UFO-Szene in völlig unvereinbare kognitive Parallelwelten zerfallen ist. Zwischen Akteuren aus antagonistischen »Lagern« des Themenfeldes erscheint so etwas wie eine sachliche Verständigung derzeit ausgeschlossen. Wenn wir daher diese inkompatiblen Welten auf einen gemeinsamen Boden bringen wollen, können wir das, so meine These, nur tun, indem wir uns auf die Ebene der einzigen verbleibenden Gemeinsamkeit begeben: dem Gebrauch derselben natürlichen Sprachen. Das bedeutet, dass wir uns mit der Ebene des öffentlich verfügbaren sprachlichen Materials selbst befassen müssen, und es bedeutet, dass wir nicht nur zur logischen Struktur von Argumenten, sondern auch zum konkreten Sprachgebrauch, den Sprechhandlungen selbst, ein reflexives Verhältnis entwickeln müssen. Eine erfolgreiche wissenschaftliche Institutionalisierung eines Themenfeldes bedeutet immer auch eine Normierung und Reglementierung des konkreten Diskursverhaltens zu diesem Thema. Ein Themenfeld, dem die Qualität der Wissenschaftlichkeit seitens der Öffentlichkeit abgesprochen wird und das zum größten Teil durch Laienforscher bearbeitet wird, kann eine solche wissenschaftliche Normierung und Reglementierung nicht voraussetzen, auch wenn sie auf lange Sicht erwünscht ist. Aus diesem Grund kann der Versuch einer Normierung nicht bereits an einer spezialisierten Menge wissenschaftlicher Diskursregeln ansetzen, sondern muss zunächst *allgemeine* diskursethische Regeln zu etablieren versuchen. Um dies leisten zu

¹⁴⁷ <http://rdolan.hostcentric.com/stevengreer.html>

können, muss wiederum das verfügbare Material in einer nachvollziehbaren und inhaltlich unparteiischen Weise beschrieben und untersucht werden können. Hierzu empfiehlt sich meines Erachtens das mittlerweile etablierte Instrumentarium der Diskursanalyse¹⁴⁸. Insbesondere macht diese Vorgehensweise es möglich, auch erforderliche *Kritik* in beide Richtungen zu formulieren. Wie ich in diesem Aufsatz hoffe gezeigt zu haben, geht es nicht allein darum, eine neureligiöse ufologische Glaubenswelt mit dem Katechismus der wissenschaftlichen Methode zu missionieren, sondern eben *auch* darum, einen ideologisch verzerrten öffentlichen Diskurs mit der eigenen intellektuellen Unaufrichtigkeit zu konfrontieren. Diese Unaufrichtigkeit ist dabei nicht einmal für das UFO-Thema spezifisch (obwohl sie sich hier mit den relativ geringsten Widerständen entfalten kann), sondern ist – und hier gewinnen wir Anschluss an das allgemeine Thema der Medienkritik – systematisch in die aktuelle Struktur der massenmedialen Öffentlichkeit eingebaut.

Andererseits ermöglicht es der Einsatz eines diskursanalytischen Instrumentariums meiner Meinung nach grundsätzlich auch, einen seitens der GWUP formulierten Kritikpunkt am Projekt einer Anomalistik im Sinne der »Gesellschaft für Anomalistik« aufzunehmen. Diese Kritik läuft darauf hinaus, dass sich die Anomalistik auf das schmale Brett der akademischen Auseinandersetzung mit einer Minderheit von Texten und Personen außerhalb des Mainstreams zurückziehe, welche wissenschaftlichen Standards genügen, aber den größten Teil einer »Gebrauchsesoterik« außer Betracht lasse, welche diesen Standards nicht genüge:

»Von Anfang an hatte die GWUP daher neben der Untersuchung der und einem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn über die verschiedenen „Parawissenschaften“ stets auch die profane, ganz alltägliche Gebrauchsesoterik im Blick. Diesen Bereich spart die Gesellschaft für Anomalistik bewusst und vollständig aus - was es natürlich leicht macht, die von Herrn Matthiesen beschriebene „offene, freundliche und konstruktive Atmosphäre“ herzustellen (...) Die Gesellschaft für Anomalistik ... gibt vor, einen „Dialog“ über Parawissenschaften und anomalistische Phänomene zu führen; daran beteiligt sind indes stets nur solche Personen, die die GfA selbst als dialogfähig und -willig definiert hat: nämlich eine zahlenmäßig winzige Gruppe von Experten aus dem akademischen Bereich ohne Einfluss in und Bedeutung für die Esoterik-„Szene“.«¹⁴⁹

Die Anwendung diskursanalytischer Verfahren erlaubt es hier, eine Kritik von Diskursteilnehmern, die sich aus verschiedenen Gründen als Teilnehmer eines wissenschaftlichen Diskurses nicht qualifizieren, gleichwohl auf der Grundlage einer etablierten fachlichen Methodik durchzuführen – weshalb eine solche Kritik darauf verzichten kann, auf jene polemischen und zum Teil denunziativen sprachlichen Verhaltensweisen zurückzugreifen, mit denen sich der ideologische Skeptizismus angreifbar macht. Im Idealfall kann man durch entsprechende Exempel auch den Sinn für ein sachbezogenes, reflektiertes und verständigungsorientiertes Diskursverhalten fördern, der heute auf beiden Seiten der einschlägigen Kontroversen so selten anzutreffen ist.

Ich möchte diesen Aufsatz mit folgendem Hinweis abschließen: ich habe auf der Erfurter DEGUFUO-Tagung im April 2008 ein Projekt vorgestellt, das den öffentlich verfügbaren Textkorpus zum so genannten »Roswell-Zwischenfall« diskursanalytisch untersuchen soll. Ich verstehe dieses Projekt, dessen detailliertes Exposé ich einem weiteren Aufsatz vorbehalten muss, als explorativen Anwendungsfall diskursanalytischer Verfahren auf eine zentrale Kontroverse der UFO-Szene. Ich möchte hier erstens darauf hinweisen, dass die Auswahl des Roswell-Themas auf meiner persönlichen Präferenz beruht und im Prinzip gegen jede beliebige Kontroverse aus dem ufologischen Themenfeld austauschbar ist – ebensogut ließe sich beispielsweise die belgische Sichtungswelle von 1989 oder das Thema der UFO-Entführungen auswählen. Ich möchte zweitens darauf hinweisen, dass dieses Projekt auch die Möglichkeiten explorieren soll, eine solche Diskursanalyse mit den aktuellen technischen Mitteln der elektronischen Datenverarbeitung und Datenauswertung zu unterstützen. Exploriert werden soll insbesondere die Möglichkeit, ein technisches *Diskursgedächtnis* als Kern einer Institutionalisierung von diskursiven Verhaltensregeln zu schaffen, indem der Ertrag der Auseinandersetzung mit einer exemplarischen Kontroverse in einer leicht zugänglichen Form abrufbar wird und auf diese Weise Lerneffekte ermöglicht. Die Ausführungen dieses Aufsatzes verstehe ich teilweise auch als Vorüberlegungen zu jenem Projekt, weshalb ich den intendierten Zusammenhang bereits an dieser Stelle avisieren möchte.

¹⁴⁸ Vgl. zum Thema Diskursanalyse z. B. Keller et al. 2004, Keller et al. 2006, Keller 2008 und Brosda 2008

¹⁴⁹ <http://www.gwup.org/themen/texte/skeptikerpuc/gwupkritikmatthiesen.html>

5 Literaturliste

- Agamben, Giorgio (2002), Homo Sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Ammon, Danny (2008), Das UFO-Phänomen und (Exo-)Politik – wahre Grundlage oder additiver Aspekt? Vorabdruck aus dem Journal für UFO-Forschung.
- Arendt, Hannah (2002), Vita Activa oder Vom tätigen Leben. München: Piper
- Assmann, Jan (2003), Die Mosaische Unterscheidung oder der Preis des Monotheismus. München – Wien: Carl Hanser
- Bermbach, Udo (1985), Widerstandsrecht, Souveränität, Kirche und Staat: Frankreich und Spanien im 16. Jahrhundert. Kapitel III in Fetscher/Münkler 1985, S. 101-162
- Blume, Michael (2008), UFO-Glauben als neureligiöses Phänomen. In: Journal für UFO-Forschung 175 (1-2008), S. 6-17.
- Bourdieu, Pierre (1988), Die politische Ontologie Martin Heideggers. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Breuer, Stefan (1990), Der archaische Staat. Zur Soziologie charismatischer Herrschaft. Berlin: Reimer
- Brosda, Carsten (2008). Diskursiver Journalismus. Journalistisches Handeln zwischen kommunikativer Vernunft und mediensystemischem Zwang. Wiesbaden: VS Verlag
- Bürgin, Luc (2008), „UFOs eröffnen uns völlig neue Perspektiven“, in: mysteries 6, 2008, S. 12-16
- Crouch, Colin (2008), Postdemokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Dean, Jodi (1998), Aliens in America. Conspiracy Cultures from Outerspace to Cyberspace. Ithaca – London: Cornell University Press
- Dolan, Richard (2001), Steven Greer and the Disclosure Project. <http://rdolan.hostcentric.com/stevengreer.html> Deutsche Übersetzung verfügbar auf <http://www.mufon-ces.org/text/deutsch/dolan5.htm>
- Dux, Günter (1992), Die Spur der Macht im Verhältnis der Geschlechter. Über den Ursprung der Ungleichheit zwischen Mann und Frau. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Euchner, Walter (1985), Thomas Hobbes. Kap. VIII/1 in Fetscher/Münkler 1985, S. 353-368
- Fetscher, Iring; Münkler, Herfried (Hrsg.)(1985), Pipers Handbuch der Politischen Ideen. Bd. 3: Neuzeit: Von den Konfessionskriegen bis zur Aufklärung. München: Piper
- Foucault, Michel (1973), Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp (frz. Orig. 1961)
- Foucault, Michel (1978), Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve
- Foucault, Michel (2001), In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-76) Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Foucault, Michel (1994), Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. a. M.: Suhrkamp (frz. Orig. 1975)
- Foucault, Michel (2005), Analytik der Macht. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Gehring, Heiner; Zunneck, Karl-Heinz (2005), Flugscheiben über Neuschwabenland. Die Wahrheit über »Vril«, »Haunebu« und die Templer-Erbengemeinschaft. Rottenburg: Kopp
- Goffman, Erving (1973), Asyl. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp (amerik. Orig. 1961)
- Greer, Steven M. (2007), Verborgene Wahrheit – Verbotenes Wissen. Die Zeit ist reif, um zu wissen. Potsdam: Mosquito Verlag

- Gundlach, Rolf (1998), Der Pharao und sein Staat. Die Grundlegung der ägyptischen Königsideologie im 4. und 3. Jahrtausend. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- GWUP (o. J.), Kritiker der GWUP (<http://www.gwup.org/themen/texte/skeptikerpuc/gwupkritikmatthiesen.html>)
- Habermas, Jürgen (1981), Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. In: ders. (1981), Kleine Politische Schriften I-IV. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 444-464
- Habermas, Jürgen (1962, ¹⁷1987), Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Darmstadt und Neuwied: Luchterhand
- Habermas, Jürgen (1988), Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Hauser, Linus (2004), Kritik der neomythischen Vernunft. Band 1. Menschen als Götter der Erde. 1800-1945. Paderborn: Schöningh
- Helsing, Jan van (2000), Unternehmen Aldebaran. Kontakte mit Menschen aus einem anderen Sonnensystem. Die sensationellen Erlebnisse der Familie Feistle. Fichtenau: Ama Deus Verlag
- Henke, Rudolf (o. J.), Vom Regen in die Traufe. Erfahrungen eines Insiders mit der deutschen Skeptikerbewegung. (<http://www.skeptizismus.de/henke.html>)
- Hesse, Hermann (2007), Unterm Rad. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Hesse, Konrad (²⁰1999), Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Heidelberg: C. F. Müller
- Hofstadter, Richard (2008), The Paranoid Style in American Politics and Other Essays. New York: Vintage Books
- Kagan, Robert (2003), Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin: Siedler
- Kant, Immanuel (1983), Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Was ist Aufklärung? Thesen und Definitionen. Stuttgart: Reclam, S. 9-17
- Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willy (Hrsg.)(2004), Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag
- Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willy (Hrsg.)(2006), Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Wiesbaden: VS Verlag
- Keller, Reiner (2005, ²2008), Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag
- Lasch, Christopher (1979), Culture of Narcissism. American Life in An Age of Diminishing Expectations. New York – London: Norton
- Ley, Michael (2005), Zivilisationspolitik. Zur Theorie einer Weltökumene. Würzburg: Königshausen & Neumann
- Mann, Michael (1986), The Sources of Social Power. Vol. 1: A history of power from the beginning to A.D. 1760. Cambridge: Cambridge University Press
- Matthiesen, Stephan (o. J.), Mein Standpunkt als Skeptiker-Redaktionsleiter. (http://xweb.geos.ed.ac.uk/~stephan/text_SkeptikerPosition.de.html)
- Mayer, Gerhard (2004), Phantome – Wunder – Sensationen. Das Übernatürliche als Thema der Presseberichterstattung. Sandhausen: Gesellschaft für Anomalistik.
- Mayer, Gerhard (2008), UFOs in den Massenmedien – Anatomie einer Thematisierung. In Schetsche, Michael / Engelbrecht, Martin (Hrsg.)(2008), Von Menschen und Außerirdischen. Transterrestrische Begegnungen im Spiegel der Kulturwissenschaft. Bielefeld: transcript, S. 105-132.

- Mommsen, Hans (2001), Barbarei und Genozid. In ders. (2001), Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche. München: Ullstein, S. 268-282.
- Musil, Robert (1959, 612008), Die Verwirrungen des Zöglings Törleß. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Rousseau, Jean-Jacques (1983), Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Stuttgart: Reclam
- Salla, Michael (2004), Exopolitics. Political Implications Of The Extraterrestrial Presence. Tempe, AZ: Dandelion Books
- Salla, Michael (2008), UFOs, Sovereignty and Politics.
<http://www.exopolitics.org/Exo-Comment-78.htm> Deutsche Übersetzung unter dem Titel »Exonews, Ignoranz ist politisch motiviert.« auf
<http://exonews.blogspot.com/2008/08/fachpublikation-ufo-ignoranz-ist.html>
- Schetsche, Michael (Hrsg.)(2004), Der maximal Fremde. Begegnungen mit dem Nichtmenschlichen und die Grenzen des Verstehens. Würzburg: Ergon
- Schetsche, Michael (2004), Der maximal Fremde – eine Hinführung. In Schetsche 2004, S. 13-21
- Schetsche, Michael (2008), Auge in Auge mit dem maximal Fremden. Kontaktszenarien aus soziologischer Sicht. In ders. / Engelbrecht, Martin (Hrsg.)(2008), Von Menschen und Außerirdischen. Transterrestrische Begegnungen im Spiegel der Kulturwissenschaft. Bielefeld: transcript, S. 227-254
- Schmitt, Carl (1922, 82004), Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität. Berlin: Duncker & Humblot
- Sennett, Richard (1986), Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. Frankfurt a. M.: Fischer
- Stache, Rainer (1986, 2002), Perry Rhodan. Überlegungen zum Wandel einer Heftromanserie. Berlin: Shayol
- Veyne, Paul (2008), Die griechisch-römische Religion. Kult, Frömmigkeit und Moral. Stuttgart: Reclam
- Wendt, Alexander; Duvall, Raymond (2008), Sovereignty and the UFO. In: Political Theory, Volume 36, Nr. 4, 607-633.
- Wunder, Edgar (1999), Die „Skeptiker“-Bewegung in der kritischen Diskussion. (<http://www.skeptizismus.de/skepreview.pdf>)
- Wunder, Edgar (2000), Das Skeptiker-Syndrom. (<http://www.skeptizismus.de/syndrom.html>)